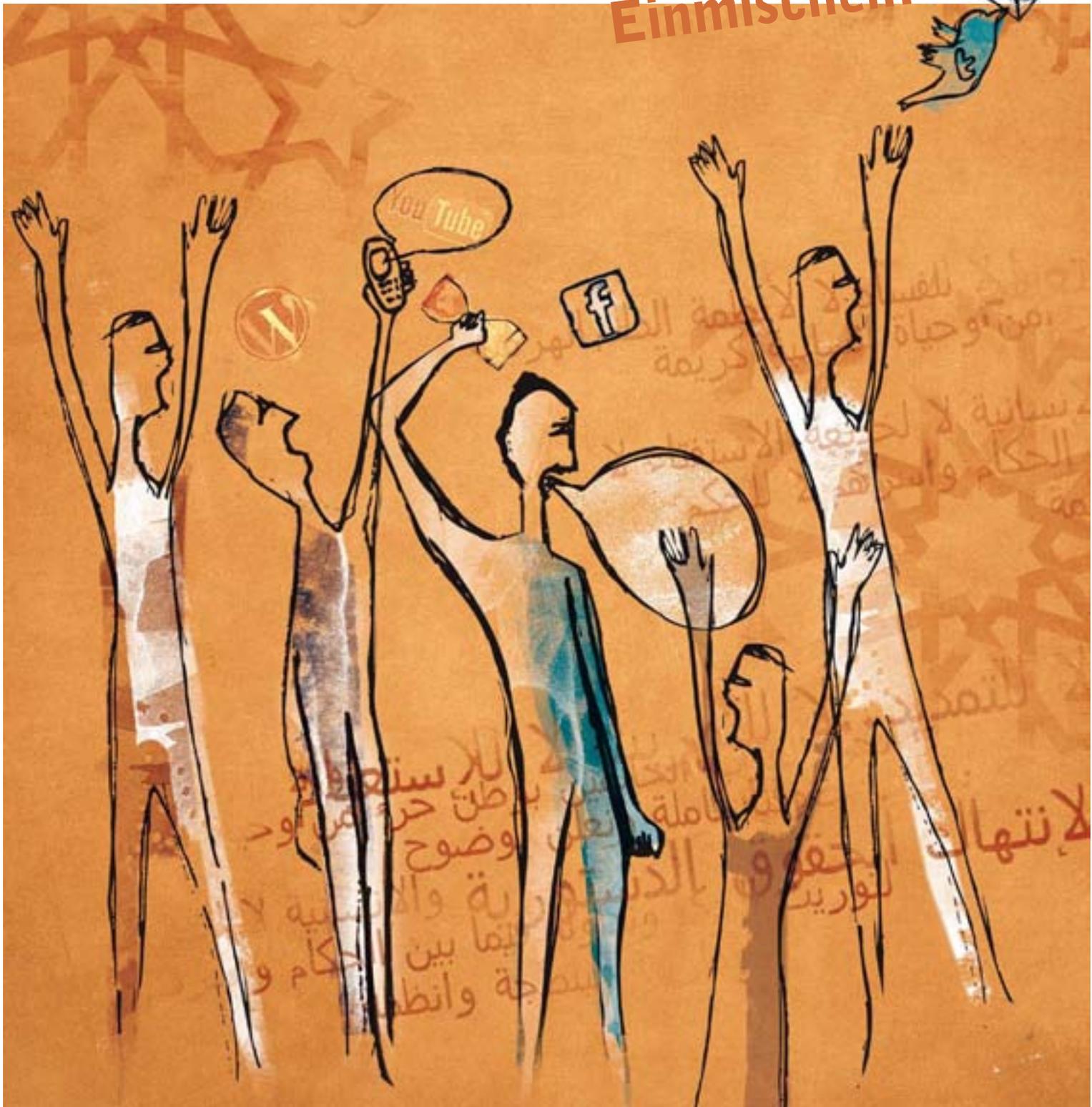


Jahresbericht 2011

Einmischen!





Inhalt



Seite 4



Seite 32



Seite 44

Vorwort	1
Auf einen Blick	2
Gesellschaftliche Transformation und demokratische Teilhabe	4
Europapolitik	18
Globalisierung und Nachhaltigkeit	22
Green New Deal – nachhaltiges Wirtschaften	32
Außen- und Sicherheitspolitik	36
Geschlechterpolitik / LGBTI	40
Gunda-Werner-Institut	42
Bildung, soziale Teilhabe und Aufstiegschancen	44
Studien- und Promotionsförderung	48
Kunst, Kultur und Öffentlichkeit	52
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	58
GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management	60
Archiv Grünes Gedächtnis	61
Rückblick 2011	62
Stiftungsmanagement	64
Gremien	72
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	73
Adressen	76
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung	79

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern.

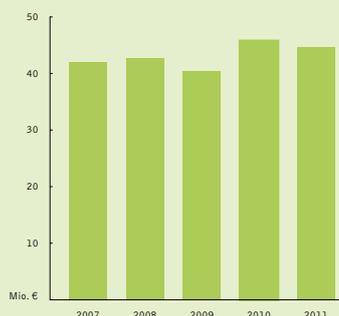
Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 28 Auslandsbüros verfügen wir über eine weltweit vernetzte Struktur. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Zuwendungen

2007-2011



Mittelverwendung

2011



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Addis Abeba (Äthiopien)
- 2 Kapstadt (Südafrika)
- 3 Abuja (Nigeria)
- 4 Nairobi (Kenia)

Asien

- 5 Bangkok (Thailand)
- 6 Kabul (Afghanistan)
- 7 Lahore (Pakistan)
- 8 Neu Delhi (Indien)
- 9 Peking (China)
- 10 Phnom Penh (Kambodscha)

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kiew (Ukraine)
- 16 Prag (Tschechische Republik)
- 17 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 18 Tbilisi (Georgien)
- 19 Thessaloniki (Griechenland)*
- 20 Warschau (Polen)
- 21 Zagreb (Kroatien)

Lateinamerika

- 22 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 23 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 24 San Salvador (El Salvador)
- 25 Santiago de Chile (Chile)

Naher und Mittlerer Osten

- 26 Beirut (Libanon)
- 27 Ramallah (Palästina)
- 28 Rabat (Marokko)*
- 29 Tel Aviv (Israel)
- 30 Tunis (Tunesien)*

Nordamerika

- 31 Washington (USA)

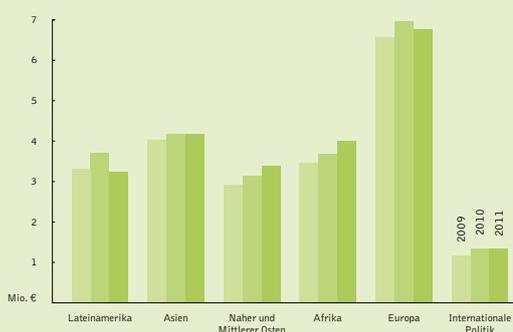
Russische Föderation

- 32 Moskau (Russland)

* im Aufbau

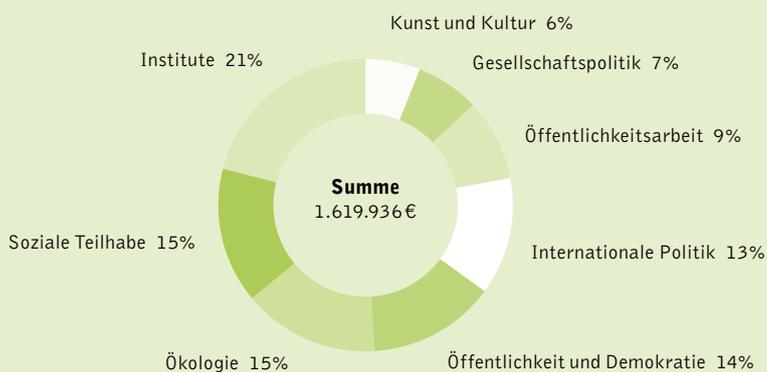
Internationale Zusammenarbeit

2009-2011



Politische Bildung Inland

2011



Vorwort



Ralf Fücks



Barbara Unmüßig

Mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie ist Deutschland zum globalen Vorreiter für die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie geworden. Ein Erfolg dieses Projekts kann die ökologische Transformation des Wirtschaftssystems über Deutschland hinaus beflügeln. Die Heinrich-Böll-Stiftung begleitet diesen Prozess national wie international. Wir geben Anstöße für den Umbau: für zukunftsfähige Mobilitätskonzepte, für die Erneuerung unserer Städte und für einen nachhaltigen Umgang mit knappen Ressourcen. Wir unterstützen Menschen, die sich gegen Fehlentwicklungen stemmen und für Alternativen eintreten – ob in der Landwirtschaft, im Bergbau- oder im Energiesektor. Die Ressourcen-, Klima- und Ernährungskrisen verschärfen sich wechselseitig. Wir suchen deshalb mit unseren Partnerinnen und Partnern nach neuen transdisziplinären Strategien.

Europa wird von einer hartnäckigen Finanz- und Schuldenkrise erschüttert. Sie stellt die Mitgliedsstaaten wie die europäischen Institutionen vor gewaltige Herausforderungen. Während die Finanzmärkte kurzfristig reagieren, sind transnationale Entscheidungsprozesse langwierig. Wie können wir die Europäische Union handlungsfähiger machen und zugleich die Transparenz europäischer Politik verbessern? «Mehr Europa» und mehr demokratische Beteiligung müssen Hand in Hand gehen. Das ist auch das beste Gegenmittel gegen populistische Bewegungen, die sich gegen die europäische Integration wie gegen die Rechte von Minderheiten wenden. Grund genug für uns, unser Engagement für ein vereintes, demokratisches Europa zu verstärken.

Die Umbrüche in der arabischen Welt, in Libyen, Tunesien und Ägypten bedeuten eine historische Zäsur. Dies gilt sowohl für deren innere Verfasstheit, für die internationale Zusammenarbeit als auch für die Politik der arabischen Länder untereinander. Die Massenproteste in Tunis und Kairo haben die alten Regime hinweggefegt und das Tor zu einer demokratischen Entwicklung der Region aufgestoßen. Gleichzeitig wird deutlich, wie langwierig und kompliziert die politische, soziale und ökonomische Modernisierung der arabischen Welt sein wird. Die aktuellen Entwicklungen nehmen großen Einfluss auf unsere Arbeit vor Ort und in Deutschland. Wir informieren mit Analysen aus und zu der Region und unterstützen demokratische Kräfte vor Ort. Wir bauen zudem mit Vertretungen in Ägypten, Tunesien und Marokko unsere Präsenz aus.

Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Sexualität sind weltweit noch immer an der Tagesordnung. In Deutschland und in vielen Regionen der Welt arbeiten wir mit mutigen Partnerinnen und Partnern für eine geschlechtergerechte Gesellschaft und zum Schutz sexueller Minderheiten zusammen. Wir bündeln Kräfte, bauen vorhandene Netzwerke aus und erschließen neue. Auch über diese Arbeit legt dieser Bericht Zeugnis ab.

Das Wissen und das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Fundament für unseren Erfolg. Er gründet auch auf vielfältigem ehrenamtlichem Engagement: in den Fachbeiräten und Fachkommissionen, dem Frauenrat, dem Aufsichtsrat, der Mitgliederversammlung und der Grünen Akademie. Allen, die zur Wirksamkeit der Heinrich-Böll-Stiftung beigetragen haben, gilt unser herzlicher Dank.

Berlin, im April 2012

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung



Auf einen Blick

4 Demokratie und Menschenrechte

Der Arabische Frühling steht für den großen Wunsch der Menschen nach Freiheit. Doch der Wechsel von einem autokratischen Regime zu einer Demokratie vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Es müssen entsprechende Institutionen aufgebaut, Korruption bekämpft und alte Herrschaftsstrukturen aufgelöst werden. Wir unterstützen die Gesellschaften auf ihrem schwierigen Weg in Richtung Demokratie – in der arabischen Welt, aber auch anderswo. Im Jahr 2011 waren wir mit entsprechenden Projekten u.a. in Afghanistan, Pakistan, Myanmar oder Russland aktiv.

18 Europapolitik

Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. In der aktuellen Finanzkrise wird sich zeigen, wie weit die EU noch zukunftsfähig ist. Eine Expertenkommission hat in unserem Auftrag konkrete Handlungsvorschläge für die Zukunft der EU erarbeitet. Mehr Europa und mehr Demokratie wagen – so lautet das Fazit. Als Thinktank unterstützen wir den europäischen Einigungsprozess und entwickeln Visionen für ein zukunftsfähiges Europa. Populistischen Bestrebungen, die die europäische Solidarität untergraben, arbeiten wir entgegen.

22 Globalisierung und Nachhaltigkeit

Die Energiewende in Deutschland zeigt: auch ein hochindustrialisiertes und exportorientiertes Land kann auf erneuerbare Energien umsteigen. Seit Jahren engagieren wir uns für einen globalen Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und für eine ressourcenschonende, nachhaltige Entwicklung. Trotz der vielfältigen Krisen tut sich die Weltgemeinschaft schwer, entsprechend zu handeln. Wir begleiten daher internationale Verhandlungen kritisch, analysieren die Ergebnisse, klären auf und geben Impulse für mehr Ökologie, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit – zuletzt u.a. im Bereich der Klimafinanzierung und dem gefährlichen Abbau von Teersanden.

32 Green New Deal

Unser derzeitiges Wirtschaften bedroht nicht nur Klima und Umwelt, sondern auch Wohlstand und Zivilisation. Wenn wir nicht noch schlimmere Krisen und Konflikte in Kauf nehmen wollen, müssen wir in den kommenden Jahren umsteuern. Mit einem «Green New Deal» wollen wir die ökologische Transformation unseres Wirtschaftssystems möglich machen. Im Jahr 2011 haben wir dazu zahlreiche Diskussionen und Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik veranstaltet.

36 Außen- und Sicherheitspolitik

Von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die EU noch weit entfernt. Will sie auch in Zukunft eine tragende Rolle bei der Lösung globaler Herausforderungen übernehmen, müssen ihre Mitgliedsländer gemeinsame Leitlinien für eine «Weltinnenpolitik» entwerfen. Mit unserer Arbeit wollen wir dies voranbringen und Raum bieten für den internationalen Austausch über sicherheitspolitische Fragen. Themenschwerpunkte waren im Jahr 2011 u.a. die Bilanz nach zehn Jahren 9/11, der Wandel in der arabischen Welt und der ungelöste Israel-Palästina-Konflikt.

40 Geschlechterpolitik / LGBTI

Die Gleichberechtigung aller Menschen ist unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Frauen und die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LGBTI). Im Jahr 2011 unterstützten wir u.a. Programme zum Schutz sexueller Minderheiten in Israel, der Türkei und dem arabischen Raum.

42 Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) bündelt Themen und aktuelle Fragestellungen rund um Geschlechterpolitik und fördert so die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie. Im vergangenen Jahr begleitete es z.B. die Frauenfußball-WM mit der Kampagne GENDER KICKS und einem Green Ladies Lunch. Zum 100. Jubiläum des Internationalen Frauentags stellte das GWI (un)bezahlte Haus- und Pflegearbeit zur Diskussion.

44 Bildung, soziale Teilhabe und Aufstiegschancen

Seit Jahren setzen wir uns für eine Politik der sozialen Durchlässigkeit ein, die faire Aufstiegschancen ermöglicht und strukturelle Blockaden auflöst. Die besonderen Chancen liegen im Zugang zu Bildung und Kommunikation, in der Stärkung der Eigeninitiative und der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Im Jahr 2011 diskutierten wir das Verhältnis von gesellschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich und veröffentlichten eine Studie zu Migrantinnen und Migranten in der Kommunalpolitik.

48 Studien- & Promotionsförderung

Wie auch in den Vorjahren haben wir studierende und promovierende Fach- und Führungskräfte gefördert, die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft Verantwortung übernehmen können. Mit der Förderung des internationalen Austauschs, des interkulturellen Dialogs und der Vernetzung leisten wir einen Beitrag zur internationalen Verständigung.

52 Kunst, Kultur und Öffentlichkeit

In Krisenzeiten kommt der Kunstszene eine besondere Bedeutung zu: Fotografien, Filme, Videoinstallationen, Theater, Performances, Literatur – sie alle lassen scheinbar Alltägliches und oft Besprochenes neu wahrnehmen und überdenken. Wir fördern daher Kunst und Kultur als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung und Reflexion. Besondere Aufmerksamkeit schenken wir den Veränderungen in der politischen Öffentlichkeit und den Medien in Zeiten des Internets. Im Jahr 2011 veranstalteten wir u.a. eine Ausstellung über neue religiöse Bewegungen in Metropolen und die Fachtagung «netz:regeln».

58 Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

In vielen Ländern sind Künstlerinnen und Künstler durch ihren Einsatz für die Freiheit Repressionen ausgesetzt. Mit dem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bieten wir Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert arbeiten zu können. Im Jahr 2011 begrüßten wir u.a. Künstler aus dem arabischen Raum, aus Belarus, Serbien und China.

60 GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von Green Campus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Ziel ist es, ehrenamtlich Aktiven und Profis das Rüstzeug für eine erfolgreiche politische Arbeit zu vermitteln. Im Jahr 2011 bot GreenCampus wieder das Politikmanagementzertifikat an. Derzeit werden gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation angeboten.

61 Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv dient der historischen Überlieferungen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Alle Unterlagen stehen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Darüber hinaus veranstaltet das Archiv u.a. Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und macht so grüne Geschichte lebendig.

62 Rückblick 2011

Im Jahr 2011 konnten wir zwei langjährigen Wegbegleitern gratulieren: Bahman Nirumand zum 75. Geburtstag und Milan Milan Horáček zu seinem wohlverdienten Ruhestand. Auch unser Vorstand Ralf Fücks feierte seinen 60. Geburtstag. Navid Kermani bekam den Hannah-Arendt-Preis und Dorota Kedzierzawska den Friedensfilmpreis der Berlinale, dessen Preisgeld die Stiftung stellt. Mit Wangari Maathai und Vaclav Havel verloren wir zwei großartige Menschen, die uns über viele Jahre sehr verbunden waren.

64 Stiftungsmanagement

Wir finanzieren uns fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Jahr 2011 standen uns rund 44,6 Millionen Euro zur Verfügung. Knapp die Hälfte wurde für Projekte der internationalen Zusammenarbeit verwendet. Der ordnungsgemäße Umgang mit unseren finanziellen Mitteln wird alljährlich von einem Wirtschaftsprüfer geprüft. Auch im Jahr 2011 kam es zu keinerlei Beanstandung.



Foto: Hossam el-Hamalawy, CC BY-NC-SA 2.0

Demokratie fördern, Menschenrechte durchsetzen

Der Arabische Frühling steht für den großen Wunsch nach Freiheit, für ein besseres Leben und Rechtsstaatlichkeit in der gesamten arabischen Welt. In Tunesien, Ägypten und Libyen wurden die autokratischen Herrscher gestürzt. In Syrien herrscht de facto Bürgerkrieg. Der Weg in demokratischere Gesellschaften ist lang und schwierig. Der Aufbau entsprechender Institutionen braucht einen langen Atem. Wir wollen unsere Partnerinnen und Partner weltweit dabei unterstützen. Wir arbeiten in etablierten Demokratien, aber auch unter autoritären und teils repressiven Bedingungen, in Regionen, die von Konflikten akut betroffen sind oder mit deren Folgen zu kämpfen haben. Wo immer wir auf mutige Partnerinnen und Partner treffen, versuchen wir, die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auszuweiten. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und demokratisch legitimerter Parlamente sind unsere großen Anliegen.

Der Arabische Frühling

Die Proteste gegen die autokratischen Regime in Libyen, Jemen, Bahrain, Syrien und anderen arabischen Ländern waren beinahe flächendeckend. So länderspezifisch verschieden die Auslöser waren, sie alle haben einen gemeinsamen Kern: Die Demonstrantinnen und Demonstranten wollen Freiheit, Gerechtigkeit und Würde. Sie verlangen politische Bürgerrechte, das Ende von verkrusteten Herrschaftsstrukturen, von Korruption und Nepotismus und vor allem soziale und wirtschaftliche Chancen für die junge Generation.

Mit Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten wurden zunächst nur die autokratischen Herrscher gestürzt. In Tunesien ist seither ein Transformationsprozess im Gang, der große Teile der Bevölkerung mit einbezieht. In Ägypten gestaltet sich dieser Prozess widersprüchlicher und ist von unterschiedlichen Machtinteressen geprägt. In Libyen muss die Bevölkerung mit den Folgen des Krieges zurechtkommen. Dennoch bietet sich die Chance, dass es künftig gerechter, demokratischer und partizipativer zugeht als bisher.

Was kann die Heinrich-Böll-Stiftung tun?

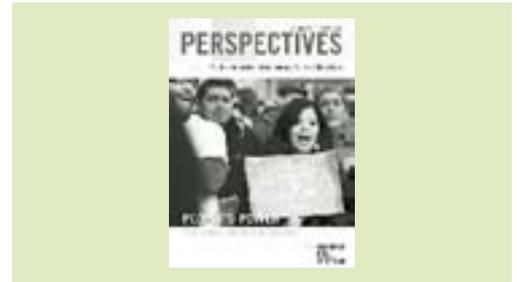
Ein Jahr nach Beginn des demokratischen Aufbruchs steht die arabische Welt vor enormen Herausforderungen. Die Heinrich-Böll-Stiftung baut ihre Präsenz in der Region aus: In Ägypten wollen wir den Aufbau demokratischer Institutionen stärken, Frauenrechten Gehör verschaffen und die sozioökonomische Entwicklung mit ökologischen Themen der Region verknüpfen. Von Tunis aus möchten wir vor allem die regionale Vernetzung fördern. Die sozialen und politischen Akteurinnen und Akteure der Region haben einen großen Wunsch nach Austausch und gegenseitigem Lernen. Diese Prozesse unterstützen wir mit entsprechenden Foren. Darüber hinaus weiten wir 2012 unsere Arbeit auf Marokko aus. Auch hier finden wir viele veränderungsbereite und vor allem junge Demokratieaktivistinnen und -aktivisten. Außerdem werden wir in Marokko einen Schwerpunkt auf regionale Energiepolitik und die Förderung alternativer Energien legen.

Beispiel: Wahlbeobachtung in Tunesien

Die Revolution in Tunesien war der Auftakt des Arabischen Frühlings; die ersten demokratischen Wahlen im Oktober 2011 ein Meilenstein des demokratischen Übergangs. Nach Jahrzehnten der Diktatur war die Erfahrung mit Wahlen naturgemäß begrenzt, insbesondere im Hinblick auf Wahlbeobachtung. In Zusammenarbeit mit der Lebanese Association for Democratic Elections (LADE) unterstützte unser Beirut Büro die Ausbildung der neuen tunesischen Organisation Association Tunisienne pour L'Eveil Démocratique (ATED). Hunderte Wahlbeobachterinnen und -beobachter wurden binnen weniger Wochen im ganzen Land trainiert, Wahlkabinen gebaut und der Wahlablauf getestet. Ein Fachseminar mit Teilnehmenden aus dem gesamten arabischen Raum bot zudem die Gelegenheit, die Reform des tunesischen Wahlsystems zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und Reformvorschläge zu erarbeiten. Diese werden derzeit von der tunesischen Zivilgesellschaft in den Reformprozess eingebracht.

Beispiel: Stärkung unabhängiger Richterinnen und Richter

Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten gibt es seit Jahren reformorientierte Richterinnen und Richter. Sie hatten sich ihre Unabhängigkeit bewahrt und versuchten, Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Mit den revolutionären Umwälzungen im Jahr 2011 kam die Chance, die Reform der Rechtssysteme auf die politische Tagesordnung zu setzen. Unsere Stiftungsbüros in Beirut und Ramallah luden in Kooperation mit der libanesischen Organisation Legal Agenda Richter/innen, Anwält/innen



People's Power

The Arab World in Revolt

Perspectives Middle East, May 2011

Sonderausgabe. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin 2011, 278 Seiten, 10 Euro



Cover der Zeitschrift von Legal Agenda

und Rechtsexpert/innen aus Tunesien, Ägypten und dem Libanon zu zwei Konferenzen nach Beirut und Tunis ein, um über Reformschritte zu diskutieren. Beide Veranstaltungen fanden großen Anklang, da sie erstmalig nach den Revolutionen die Akteure zusammen an einen Tisch brachten. Die Teilnehmenden tauschten sich über die traditionelle autoritäre Einflussnahme auf die Judikative aus, erörterten Möglichkeiten des Schutzes von Richterinnen und Richtern und debattierten ihre Rolle im Kampf gegen Korruption und in Prozessen der «Übergangsjustiz».

Beispiel: Unterstützung arabischer Bloggerinnen und Blogger

Eine Schlüsselrolle in der friedlichen Demokratiebewegung wird den Internetaktivistinnen und -aktivisten zugerechnet. Arabische Bloggerinnen und Blogger nutzen das Internet schon seit Jahren für ihren Kampf um Demokratie und Meinungsfreiheit. Wir unterstützen die Bloggerszene, indem wir Möglichkeiten der Vernetzung bieten. So veranstalteten wir Anfang Oktober 2011 zusammen mit den Internetplattformen Global Voices (International) und Nawat (Tunesien) das 3. Arabische Bloggertreffen in Tunis. Über hundert Bloggerinnen und Blogger aus mehr als 20 Ländern waren gekommen, um Erfahrungen auszutauschen und ihre Rolle im Arabischen Frühling zu diskutieren. Das Medienecho auf diese Veranstaltung war enorm, sowohl regional als auch international. Im Jahr 2008 und Ende 2009 waren die Treffen noch ohne jegliche Öffentlichkeit verlaufen. Die frühen Treffen haben aber zu einer Vernetzung der sogenannten Bürgerjournalisten mit den großen regionalen Nachrichtenkanälen beigetragen. Als 2011 die Proteste losgingen, konnten die Blogger und Bloggerinnen den Sendern Informationen liefern, die diese einem breiten Publikum zugänglich machten. «Die Blogger und Internetaktivisten haben es geschafft, das Informationsmonopol der staatlich dominierten arabischen Medien zu brechen und durch Gegeninformation die Legitimation der Regime infrage zu stellen», so der Blogger Nasser al-Weddady. «In den letzten Jahren haben wir gespürt, dass es unter der Oberfläche der scheinbar stabilen Diktaturen gärt. Die Unterdrückung der Menschen hat Wut und Verzweiflung hervorgerufen, für die es kein Ventil gab.» Auf dem viertägigen Treffen in Tunis ging es nicht nur um diese freiheitsstiftende Kraft des Internets, es ging auch um seine Grenzen. «Das Zusammenspiel von Online-Aktivismus, Demonstrationen und Kreativität lässt sich nicht einfach auf andere Zusammenhänge übertragen», so ein Teilnehmer aus Ägypten. Welchen Gefahren und Herausforderungen Bloggerinnen und Blogger ausgesetzt sind, zeigt die Situation in Syrien.



Plakat des 3. Bloggertreffens in Tunis

Beiträge zum Protest in Israel

→ www.boell.de



Zelte auf dem Boulevard Rothschild, mitten in Tel Aviv Foto: Marc Berthold

Israel: Sommer der Proteste

Auch in Israel kam es zu wochenlangen Protesten. Als die Studentin Daphni Leef am 14. Juli 2011 aus Ärger über zu hohe Mieten ein Zelt mitten in Tel Aviv aufschlug, ahnte sie nicht, dass sie damit eine Protestwelle mit über 100 Zeltstädten in ganz Israel und wöchentlichen Demonstrationen auslösen würde. Der vorläufige Höhepunkt war eine landesweite Großdemonstration am 3. September mit rund 500.000 Menschen, ca. 8 Prozent der israelischen Bevölkerung. Aus der Kritik an hohen Lebenshaltungskosten wurden schnell umfassende Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit. Auf einer Veranstaltung unseres Büros in Tel Aviv informierten Stav Shaffir, eine der Organisatorinnen der Sozialproteste, und der Kolumnist Carlo Strenger über die Proteste. Auch zahlreiche Partnerinnen und Partner der Stiftung engagierten sich, wie zum Beispiel der Philosophieprofessor und Bürgerrechtsaktivist Yossi Yonah, der zusammen mit dem ehemaligen stellvertretenden Chef der israelischen Nationalbank Avia Spivak die Alternativkomitees der Protestbewegung koordinierte, oder der Umwelt-Thinktank Heschel Center, der in Zeltstädten die Frage nach Umweltgerechtigkeit stellte.

Afghanistan – zehn Jahre nach Beginn des internationalen Einsatzes

Politikempfehlungen der afghanischen Zivilgesellschaft

Auf der ersten Afghanistan-Konferenz im Jahr 2001 war mit dem Petersberger Abkommen ein Stufenplan zur Machtübergabe an eine demokratisch legitimierte Regierung nach der Entmachtung der Taliban vorgelegt worden. Er sollte zur Demokratisierung und Befriedung des Landes führen. Im Dezember 2011 trafen sich die Außenminister der internationalen Gemeinschaft erneut in Bonn – Zeit für eine Bilanz. Auch eine Delegation von 34 Vertreterinnen und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft war angereist. Sie stellten auf dem Zivilgesellschaftlichen Forum Afghanistan, das unmittelbar vor der internationalen Konferenz stattfand, die politischen Empfehlungen der afghanischen Zivilgesellschaft vor.

Dem vorausgegangen war ein umfassender Abstimmungs- und Konsultationsprozess, der in Kabul von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet wurde. Seit Juni 2011 tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft darüber aus, was sie sich für die Zukunft ihres Landes erhofften und wie diese Ziele erreicht werden könnten. In regelmäßigen Arbeitssitzungen und Komitees sammelten sie Ideen, die auf zwei Konferenzen in Kabul mit afghanischen Organisationen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen diskutiert wurden. Dabei konkretisierten sich die Debatten zu den Politikempfehlungen, wie sie in Bonn präsentiert wurden. Schwerpunkte waren neben der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft, die Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände sowie der Friedens- und Reintegrationsprozess. Demokratisch gewählt wurden auch die 34 Delegierten, die nach Bonn reisen sollten. Der transparent und partizipativ angelegte Prozess war bis dato einmalig und hat der Stimme der afghanischen Zivilgesellschaft in Bonn eine hohe Legitimität verliehen. Die von den unterschiedlichsten Interessen geprägte Zivilgesellschaft hat sich durch diesen Prozess an einem Tisch zusammengefunden – und zudem demokratische Beteiligung an nationalen und internationalen politischen Entscheidungsprozessen unmittelbar erfahrbar gemacht. Die Bonner Erklärung von 2011 verwies auf die besondere Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratieprozess.

Das Zivilgesellschaftliche Forum Afghanistan war eine gemeinsame Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung.



Selay Ghaffar stellte als Sprecherin des Zivilgesellschaftlichen Forums Afghanistan die Politikempfehlungen auf der Außenministerkonferenz in Bonn vor. Foto: Marco Urban

Von links: Die beiden Sprecher der Delegierten, Barry Salaam und Selay Ghaffar, diskutierten unter der Moderation von Babara Unmüßig, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, mit dem deutschen Außenminister Dr. Guido Westerwelle, dem afghanischen Außenminister Dr. Salmai Rassoul und Gudrun Kopp MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Entwicklungsministerium. Foto: Marco Urban



Seit 2003 arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung mit Projektpartnerinnen und -partnern in Afghanistan zusammen. Barbara Unmüßig, Vorstand der Stiftung, reiste 2011 nach Kabul, um sich einen Eindruck über die Lage im Land zu verschaffen. Fragen der Redaktion an Barbara Unmüßig:

In den Medienberichten über Afghanistan dominieren vor allem die negativen Schlagzeilen: Anschläge, Proteste, Unruhen. Wie erlebten Sie Ihren Aufenthalt in Afghanistan?

Die Hoffnungen, die mit der militärischen Intervention vor über zehn Jahren verbunden waren, sind weitgehend zerstoßen. Die Abzugsperspektive 2014 macht den Menschen jedoch große Angst. Sie fürchten sich vor einem neuen Bürgerkrieg und der Rücknahme der wenigen sozialen und demokratischen Errungenschaften der letzten Jahre. Wie angespannt die Sicherheitslage ist, zeigt die Tatsache, dass ich zu wichtigen Partnerinnen und Partnern im Land gar nicht mehr reisen konnte. Für demokratische Kräfte ist der Handlungsspielraum zunehmend eingeschränkt. Korruption und Intransparenz auf allen Ebenen haben zudem eine Desillusionierung vieler Afghanen und Afghaninnen zur Folge. Gleichwohl: Ich habe viele mutige und engagierte Menschen getroffen, die sich mit ungebrochener Entschlossenheit für mehr Demokratie und Frauenrechte einsetzen. Ihr unermüdliches Wirken für eine friedliche Zukunft Afghanistans beeindruckt mich tief. Viel zu wenig wird vom Mut dieser Menschen erzählt. Die militärischen Perspektiven vor und nach dem Abzug prägen viel zu sehr die hiesige Berichterstattung.

Verglichen mit Ihrem Besuch im Jahr 2007, was hat sich seitdem verändert, zum Positiven wie zum Negativen?

Der Aufbau politischer Institutionen geht weiterhin viel zu langsam voran. Und ihre bloße Existenz reicht ja nicht aus. Leider gibt es immer wieder Versuche, wichtige Vorgaben der Verfassung zu unterlaufen. Gleichzeitig werden in Politik und Gesellschaft die konservativen Stimmen immer lauter. Ein Beispiel sind die Forderungen des afghanischen Religionsrates nach strikteren Einschränkungen der Mobilität von Frauen in der Öffentlichkeit, bezüglich ihrer Kleidung und ihres Kontaktes mit fremden Männern. Es sind solche Forderungen, die hinter die Grundsätze der afghanischen Verfassung zurückfallen und grundlegende Menschenrechte ignorieren. Darüber hinaus sieht man immer häufiger, wie sich Regierungsvertreterinnen und -vertreter undemokratisch und entgegen der Verfassung verhalten. Beispielsweise wird die Legitimität der Wahlen angezweifelt, und nach wie vor ist die Verurteilung von Kriegsverbrechen nicht geklärt. Dies erschüttert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Demokratieprozess.

Ende 2011 haben Sie am Afghanistan Forum im Vorfeld der Bonner Außenministerkonferenz zu Afghanistan teilgenommen. Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Es war ein großer Erfolg, dass 18 männliche und 16 weibliche Repräsentanten der afghanischen Zivilgesellschaft mit ihren Forderungen rund um die Außenministerkonferenz in Bonn von der Weltöffentlichkeit und den Außenministern und Außenministerinnen gehört wurden. Beinahe noch wichtiger war, wie diese Delegation zustande kam: durch eine partizipative und demokratisch legitimierte Wahl.

Es hat mich sehr gefreut, als mir mehrere Beteiligte gesagt haben, dass das eine einmalige Erfahrung war, in einem transparenten und demokratischen Prozess, der dann auch Bestand hatte, die Repräsentantinnen und Repräsentanten zu wählen. Die Botschaft war: Demokratische Aushandlung lohnt sich. Diese Erfahrung war für die ansonsten fragmentierte afghanische Zivilgesellschaft sehr wichtig. Sie gilt bis heute als Beispiel, wenn es darum geht, dass sich die demokratische



Barbara Unmüßig während ihres Besuchs in Afghanistan Fotos: Bente Scheller

afghanische Zivilgesellschaft möglichst abstimmen sollte, um wichtige Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene beeinflussen zu können.

Vor welcher Herausforderung stehen Akteure wie die Heinrich-Böll-Stiftung, die vor Ort mit der afghanischen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten?

Das größte Problem ist die Sicherheitslage. Wir können kaum abschätzen, wie sich unsere Arbeitsbedingungen vor Ort weiter verändern werden, wenn die Sicherheitssituation in Folge des Abzugs der NATO-Truppen eine andere sein wird. Wie werden sich die Handlungsspielräume insbesondere für Frauenorganisationen verändern, wenn es zu Gesprächen zwischen der Regierung Karzai und den Taliban kommt? Langfristige Planungen sind derzeit eigentlich nicht möglich. Wir loten permanent aus, was wir politisch und aus Sicherheitsgründen noch verantworten können.

Konferenz «Zehn Jahre nach Petersberg: Wo steht Afghanistan heute?»

Der Truppenabzug aus Afghanistan ist beschlossene Sache: Bis Ende 2014 soll die afghanische Regierung in der Lage sein, selbst für die Sicherheit im Land zu sorgen. Eine Strategie hierfür gibt es jedoch noch nicht. Am 23. November 2011, unmittelbar vor der Außenministerkonferenz zu Afghanistan in Bonn, luden wir Vertreterinnen und Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft sowie internationale Fachleute zu einer Konferenz nach Berlin ein, um über den aktuellen Stand der politischen Entwicklungen zu diskutieren.

Im Mittelpunkt standen insbesondere Fragen nach der Tragfähigkeit der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan. Noch mangle es hierfür an den nötigen Fähigkeiten, an einer professionellen Herangehensweise und auch am politischen Willen, so die einhellige Meinung. Außerdem müsse das Land eine nachhaltige Wirtschaft abseits von Drogen und Korruption verfolgen, wobei auch die Nachbarstaaten zu einer verstärkten Kooperation mit Afghanistan aufgerufen wurden. Damit die regionalen Akteure überdies eine positive Rolle spielen können, müsse auf eine bessere Zusammenarbeit zur Stärkung der Sicherheitslage gesetzt werden.

Mit der Konferenz hatte die Stiftung zu einem entscheidenden Zeitpunkt einen wichtigen Beitrag zur Afghanistan-Debatte geleistet, in der vor allem die Stimme der afghanischen Zivilgesellschaft zum Tragen kam. Wir sehen unsere Aufgabe auch weiterhin darin, der Zivilgesellschaft Raum zu bieten, damit sie in Zukunft gestärkt an der Demokratisierung des Landes mitwirken kann.

Shinkai Karokhail, seit 2005 Parlamentsabgeordnete in Afghanistan, und Aziz Rafiee, Direktor der Afghan Civil Society Forum Organization, diskutierten in der Heinrich-Böll-Stiftung über die demokratische Entwicklung ihres Landes. **Fotos: Stephan Röhl**





Zeya Thu, ehemaliger Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: Zeya Thu

Für Myanmar, das frühere Burma, war 2011 ein Jahr großer Veränderungen. Nach Antritt der neuen halbzivilen Regierung unter Präsident Thein Sein folgte für viele unerwartet eine Welle von Reformen. Die aktuellen Herausforderungen auf dem Weg der Öffnung sind jedoch vielfältig. Es fehlt vor allem an qualifizierten und gut ausgebildeten Kräften, die den Wiederaufbau des einstmals blühenden Landes in die Hand nehmen könnten. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Bangkok vergibt daher seit 2004 Stipendien für MA-Programme an thailändischen Universitäten. Eines dieser Stipendien erhielt Zeya Thu, der 2006 an der Chulalongkorn-Universität seinen Master-Abschluss in «International Development Studies» erworben hat und im Gespräch mit der Heinrich-Böll-Stiftung über die jüngsten Veränderungen in Myanmar berichtet.

Myanmar im Wandel – Interview mit dem Heinrich-Böll-Stipendiaten und Zeitungsredakteur Zeya Thu

Was haben Sie nach Ihrem Hochschulabschluss gemacht? War das Master-Programm für Ihre Arbeit hilfreich?

Da ich seit 2004 leitender Redakteur bei der regionalen Wochenzeitung «The Voice» war, bin ich 2006 nach meinem Master-Abschluss in mein Heimatland zurückgekehrt und habe meine frühere Arbeit wieder aufgenommen. Mein Arbeitsplatz war also der gleiche, aber ich brachte jetzt ein neues Rüstzeug mit. «Development Studies» ist ja eine multidisziplinäre Fachrichtung, die die Entwicklung eines Landes aus unterschiedlichen Blickwinkeln untersucht. Genau das hilft mir bei meiner Arbeit als Redakteur, weil ich ein tieferes und umfassenderes Verständnis entwickelt habe. Ich bin, so würde ich sagen, dank des Programms heute ein besserer Journalist. Als ich in mein Land zurückkehrte, wurde gerade eine neue lokale Nichtregierungsorganisation namens Myanmar Egress gegründet. Sie ist zum einen ein Ort, an dem Kompetenz vermittelt werden soll, und zum anderen eine Ideenschmiede. Ich wurde eingeladen, dort verschiedene Fächer zu unterrichten: «Entwicklungstheorie und -praxis», «Leadership» und «Theorien der Massenkommunikation». Das Fach «Entwicklung» könnte ich ohne das MA-Programm nicht unterrichten. Die Menschen, die ich unterrichtete, kommen aus allen Lebensbereichen in Myanmar – es sind Politiker, Geschäftsleute, Studenten und Beamte. Gleichzeitig nehme ich als Kolumnist für «The Voice» Stellung zu Entwicklungsfragen und politischen Themen, mit denen sich das Land auseinandersetzen muss. Dabei kommt mir zugute, dass ich durch das Programm in Bangkok mein Wissen und meinen Horizont erweitern konnte. Ich habe vor der Wahl 2010 zwei Bücher in meiner Landessprache geschrieben: «Der Reichtum einer Nation: Strategien und Taktiken der Entwicklung» und «Auf der Suche nach Führung: Die Geschichte von Aung San». Das erste Buch beschäftigt sich mit Entwicklungsproblemen und der Frage, wie die Entwicklung von Myanmar insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Ostasien gestaltet werden kann. Das zweite Buch behandelt das Thema «Leadership» am Beispiel des Unabhängigkeitshelden Aung San, des Vaters von Aung San Suu Kyi. Beide Bücher wurden Bestseller, die nicht nur, aber auch von Politikern nach eigenem Bekunden als hilfreiche Begleiter in der Phase des Übergangs empfunden werden. Das Studium in Thailand war übrigens mein erster Auslandsaufenthalt überhaupt. Es hat meinen Horizont erweitert und nicht nur wissenschaftlich, sondern auch persönlich mein Selbstvertrauen gestärkt.

Wie haben Sie die Veränderungen erlebt, die sich im vergangenen Jahr in Myanmar vollzogen haben? Waren Sie überrascht?

Nachdem die neue Regierung hundert Tage im Amt war, brach über das Land eine regelrechte Welle von Reformen herein. Einiges kam ziemlich unerwartet, wie zum Beispiel der Baustopp des umstrittenen Staudamms im Norden Myanmars unweit der Grenze zu China. Hier ging es nicht bloß um eine inländische Angelegenheit, sondern um eine außenpolitische Frage, die einen sehr großen Nachbarn betrifft, der zugleich eine künftige Supermacht, ein wichtiger Handelspartner und der größte Investor im Lande ist. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, Myanmar wolle im Eiltempo die Zeit aufholen, die das Land in der Vergangenheit verschwendet hat. Damit die Reformen ein Erfolg werden können, brauchen wir allerdings Kapazitäten oder Humanressourcen in jedem Sektor: in der öffentlichen Verwaltung, im privaten Sektor, in der Zivilgesellschaft – einfach überall. Eine wirksame Umsetzung von Reformen ist, auch wenn die Absichten noch so gut sind, ohne fähige Personen nicht möglich.

Wie hat sich seit dem letzten Jahr die Situation für Sie als Journalist verändert?

Ich habe mehr zu tun. Alle Journalisten haben mehr zu tun. Früher gab es einige Tabuthemen, über die wir nichts veröffentlichen durften. Dazu zählten zum Beispiel Aung San Suu Kyi und die Menschenrechte. Heute ist Aung San Suu Kyi auf den Titelseiten abgebildet und eine Menschenrechtskommission wurde ins Leben gerufen. Zwar gibt es nach wie vor eine Zensurbehörde, aber die Regeln wurden gelockert, sodass wir mehr Spielraum haben. Wir können also viel mehr Themen behandeln als früher – und haben deshalb mehr zu tun. Die Medien werden heute verstärkt als Informationsquelle genutzt. Früher hatten die Nachrichten schon keinen Neuigkeitswert mehr, als man sie am Kiosk kaufen konnte. Sie waren durch das Zensurverfahren veraltet, die Neuigkeiten hatten sich schon herumgesprochen. Heute sind die Nachrichten, die in den Zeitungen stehen, echte Neuigkeiten. Darum lesen die Menschen auch verstärkt Zeitung. Die Auflagen der Zeitungen steigen rasant. Wir fühlen uns stärker verantwortlich, weil die Menschen mehr auf uns bauen. In seiner Antrittsrede hat der Präsident die Medien neben den drei Gewalten – Exekutive, Legislative und Judikative – ausdrücklich als vierte Stütze des Staates bezeichnet. Dergleichen hatte man in der jüngeren Geschichte unseres Landes noch nie gehört. Für viele – auch für mich – kam das überraschend. Damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, müssen die Medienleute mit den entsprechenden Fähigkeiten und Kenntnissen ausgerüstet werden. In unserer Redaktion werden die Journalisten zum Beispiel von uns fortgebildet. Wir vermitteln ihnen unter anderem, wie man Wahlberichterstattung macht, was politischer Journalismus bedeutet etc.

Wie sehen Ihre Zukunftspläne aus?

Ich möchte an der Ideenschöpfung für die Entwicklung des Landes mitwirken, weil wir ganz dringend solche Ideen brauchen. Ich werde schreiben, reden und unterrichten. Ich möchte zum Aufbau einer qualitativ hochwertigen politischen Diskussionskultur beitragen, denn je gehaltvoller die politische Debatte ist, umso bessere Politikentwürfe kann das Land formulieren. Wenn es uns gelingt, Ideen zu entwickeln, kommt das allen Sektoren zugute.

Wie sollte eine gemeinnützige Organisation wie die Heinrich-Böll-Stiftung den demokratischen Wandlungsprozess unterstützen? Was meinen Sie?

Die Heinrich-Böll-Stiftung war eine der ersten Organisationen, die den Menschen im Land geholfen hat, als das noch nicht populär war. Als frischgebackene Demokratie oder als Land im Übergang sind wir auf die Unterstützung von Freunden wie der Heinrich-Böll-Stiftung angewiesen. Da es uns in vielen Bereichen an den nötigen Kapazitäten fehlt, ist der Kapazitätsaufbau natürlich ein Hauptschwerpunkt. Sie könnten zum Beispiel unsere Parlamentarier in den Deutschen Bundestag einladen, damit sie dort von Ihren Erfahrungen lernen, auch wenn die Situation dort eine andere ist. Ein weiteres dringendes Anliegen ist der Kapazitätsaufbau im öffentlichen Dienst. Auch die Medien stecken noch in den Kinderschuhen und brauchen ebenfalls mehr Praxis sowie Aus- und Weiterbildung. Die Liste lässt sich noch lange, lange fortsetzen, da wir noch in vielen Bereichen Defizite haben. Welche Unterstützung möglich ist, hängt möglicherweise auch von den Schwerpunkten ab, die die NGOs setzen.

Dossier «Myanmar/Burma: Einen Schritt weiter auf dem Weg zur Demokratie?»
→ www.boell.de/burma

Die Fragen stellte Rainer Einzensberger, Koordinator des Myanmar-Programms unseres Büros in Thailand.

Mexiko-Stadt: Zivilgesellschaftliches Forum zur Prävention von Gewalt

Gewalt und Unsicherheit prägen das öffentliche und private Leben in Mexiko und Zentralamerika. Maßgeblich verantwortlich dafür sind Drogenkartelle, das organisierte Verbrechen und die «Maras», die kriminellen Jugendbanden. Doch häufig sind auch Polizei und Militär an den Verbrechen beteiligt. Die Bevölkerung ist praktisch von beiden Seiten bedroht. Die Regierenden versprechen sich eine Reduzierung der Gewalt vor allem durch staatliche Maßnahmen, etwa durch eine Polizei- und Justizreform. Der Zivilgesellschaft wird dabei keine Rolle zugedacht, obwohl von ihr wichtige Impulse ausgehen können, wie Beispiele aus Italien, Kolumbien oder Brasilien zeigen. Damit das nicht so bleibt, hat unser Büro in Mexiko-Stadt knapp einhundert lokale zivilgesellschaftliche Initiativen, die zu Prävention und Gewaltabwehr arbeiten, sowie Gäste aus Südamerika und Italien im November 2011 zu einem dreitägigen Forum eingeladen. Es war das erste größere Treffen dieser Art. Neben den Grenzen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, etwa bei direkter Konfrontation mit Gewalt, identifizierten die Teilnehmenden vor allem jene Bereiche, in denen Engagement notwendig und möglich ist. So zum Beispiel bei der Unterstützung der Opfer bzw. ihrer Angehörigen, die vom Staat meist alleingelassen werden. Eine wichtige Rolle spielen zivilgesellschaftliche Akteure auch bei der Entmystifizierung der Kartelle und ihrer Symbole (Kleidung, Geld, Macht, Frauen etc.). Ebenso bei der klassischen Präventionsarbeit mit Jugendlichen oder in Nachbarschaften und Gemeinden. Unerlässlich sind auch ihre Bemühungen um eine «Kultur des Friedens» und eine zivile Ethik, beides ist nach jahrelangen Bürgerkriegen verlorengegangen. In Anbetracht von Zehntausenden von Toten, die von der Öffentlichkeit häufig nur als Zahlen und nicht als Einzelschicksale wahrgenommen werden, muss das Leben wieder einen Wert bekommen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt und stärkt diese Ansätze, im Jahr 2012 zum Beispiel mit der Herausgabe einer Publikation mit Best-Practice-Beispielen in diesem Bereich.

Mexiko-Stadt, Mai 2011: «Estamos hasta la madre», nationaler Marsch für Gerechtigkeit und gegen Straffreiheit Fotos: Claudia Wondratschke

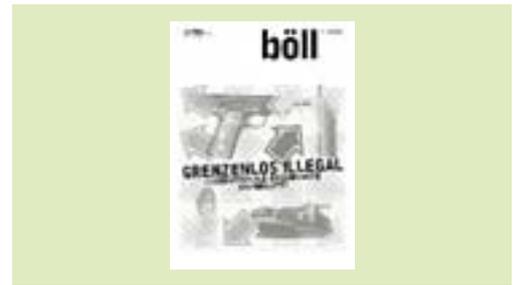


Berlin: «Grenzenlos illegal» – Konferenz zu transnationaler organisierter Kriminalität

50.000 Tote im Drogenkrieg in Mexiko in den letzten fünf Jahren – das ist nur die Spitze des Eisbergs. Organisierte Kriminalität ist längst permanenter Bestandteil wirtschaftlicher Transaktionen, weltweit und auch bei uns in Deutschland. Geldwäsche, Korruption, Menschenhandel sowie Drogen- und Waffenhandel gehören zu den Kernaktivitäten des transnationalen organisierten Verbrechens. Dieses gefährdet die Legitimität von Staaten und stellt je nach Weltregion eine schleichende oder auch offene Bedrohung demokratischer Strukturen dar. Das Problem ist sehr ernst zu nehmen. Um die Politik und Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, veranstalteten wir im Juni 2011 eine große internationale Konferenz, die sich mit den Antriebskräften für Kriminalität beschäftigte sowie dem Dilemma der transnationalen ökonomischen Strukturen, bei denen die Grenze zwischen Legalität und Illegalität immer mehr verwischt. Als ein Resümee lässt sich festhalten, dass eine effektive Eindämmung der organisierten Kriminalität über Staatsgrenzen hinweg heute nur in Zusammenarbeit von Politik, Strafverfolgungsbehörden und Zivilgesellschaft entstehen kann. Offen blieb die Frage, inwieweit Kriminalität im Zeitalter der Globalisierung überhaupt auf nationalstaatlicher Ebene bekämpft werden kann: Während einerseits die internationale Kooperation zwischen allen relevanten Akteuren vertieft werden sollte, sind es andererseits oft nur lokal begrenzte Initiativen, welche sich erfolgreich gegen eine wachsende Kriminalisierung durchsetzen können. Eine Publikation, die auf den Beiträgen der Konferenz fußt, ist in Vorbereitung.

Menschenrechte sind unteilbar – 30 Jahre UN-Frauenrechtsübereinkommen

Menschenrechte sind unteilbar. Doch insbesondere als Frauenrechte müssen sie immer wieder angemahnt werden. Dies gilt nicht nur für Länder des Südens, auch in Deutschland sind Frauenrechte noch immer nicht in allen gesellschaftspolitischen Bereichen durchgesetzt. Das machte eine Podiumsdiskussion im September 2011 anlässlich des 30. Jahrestages von CEDAW, der internationalen Frauenrechtskonvention, deutlich. Der Einladung des Gunda-Werner-Instituts (GWI) der Heinrich-Böll-Stiftung, des Deutschen Instituts für Menschenrechte und des Deutschen Frauenrates folgten mehr als 120 Interessierte. Die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, betonte die zentrale Bedeutung von CEDAW als institutionalisierte Garantie der Menschenrechte für Frauen weltweit; und sie mahnte Regierungen und NGOs, das Abkommen konsequenter in die internationalen und nationalen Politiken einzubringen und dabei auf seiner Allgemeingültigkeit zu beharren. Sie nannte dafür Beispiele: Bei den aktuellen Verhandlungen um die Zukunft Afghanistans sei die internationale Gemeinschaft «aus Gründen der Realpolitik» zu schnell bereit, die Gleichberechtigung von Frauen zur Verhandlungsmasse herabzustufen, mit der Begründung, dass dieser «westliche Wert» dort leider kulturell nicht verankert sei. Das Recht auf gleiche politische Teilhabe aber sei ein universelles Menschenrecht, es gelte für alle und sei nicht relativierbar. Vor ähnlichen Entwicklungen wie in Afghanistan warnte sie mit Blick auf die nordafrikanischen Länder: Bloggerinnen, Journalistinnen, Studentinnen seien ganz wesentlich am Arabischen Frühling beteiligt gewesen. In den neuen Machtstrukturen aber träten sie nun kaum in Erscheinung. Es sei eine internationale Verpflichtung, «die neuen Machthaber an CEDAW zu erinnern, aber auch Druck auf die eigenen Regierung auszuüben, ihre Kooperationen mit den neuen Regierungen an diesem Abkommen zu messen. Das Potenzial von CEDAW liegt entweder in uns oder nirgends», so



Böll.Thema 3/2011: Grenzenlos Illegal – Transnationale organisierte Kriminalität
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011
→ www.boell.de/thema



Marlies Brouwers, Deutscher Frauenrat, bei einer Podiumsdiskussion anlässlich 30 Jahre CEDAW Foto: Ísis Martins

«CEDAW – von Papiertigern und Tigern» – ein Beitrag von Barbara Unmüßig anlässlich 30 Jahre CEDAW
→ <http://gwi.boell.de>

Rudolf. In der Podiumsdiskussion wurde auch auf die wichtige Funktion von Alternativberichten von Frauen-NGOs zu den regelmäßigen Berichten der Regierung vor dem CEDAW-Ausschuss hingewiesen. So hat der jüngste Bericht von November 2008 zum 6. Staatenbericht der Bundesregierung viele Defizite in der Frauen-Menschenrechtspolitik der Bundesregierung offengelegt, die in Empfehlungen bzw. Rügen des CEDAW-Ausschusses an die Bundesregierung Eingang fanden.

Afrika: Mehr Frauen in die Politik

In den letzten fünfzig Jahren haben viele afrikanische Staaten nationale Programme erlassen und Quoten eingeführt, um den Anteil von Frauen in der Politik zu erhöhen. Die Ergebnisse sprechen für sich: waren im Jahr 1960 nur 1 Prozent Frauen unter den politischen Mandatsträgern, so sind es 2009 bereits annähernd 20 Prozent. Allerdings hat die Erhöhung des Frauenanteils nicht automatisch zu einer gendersensiblen Politik geführt. Frauen sind nach wie vor stärker von Armut betroffen und haben wenig Zugang zu Macht, sei es im Öffentlichen wie im Privaten. Frauen, die es dennoch nach oben geschafft haben, mussten gegen viele Widrigkeiten ankämpfen. Ein Projekt unserer Büros in Kenia, Südafrika und Nigeria hat erfolgreiche Politikerinnen aufgespürt und ihre Geschichte nachgezeichnet. Entstanden sind neun Videoporträts, die sowohl persönliche Errungenschaften als auch Niederlagen zeigen.

Teil des Projekts waren auch drei «Lernforen» zu länderspezifischen Kernfragen: für Kenia, wo sich Frauen ihren Platz in politischen Ämtern erst noch erstreiten müssen, war es die Frage nach dem Zugang zu politischen Mandaten. In Südafrika, wo dieser Zugang seit dem Ende der Apartheid leichter geworden ist, ging es um Transparenz und Rechenschaftspflicht von Politikerinnen gegenüber den Frauen, deren Interessen sie vertreten sollen. Schließlich ist es kein Automatismus, dass Frauen auch Politik für Frauen machen. Im Fall Nigeria war interessant, welche frauenpolitischen Themen das Agenda Setting bestimmen. Alle drei Länder befinden sich derzeit an einem anderen Punkt der Aushandlung von politischer Teilhabe von Frauen. Die Verzahnung der drei Lernforen mit ihrem jeweils nationalen Fokus hat sich für unsere weitere Arbeit in diesem Bereich als sehr fruchtbar erwiesen.

Pakistan: Parlamentarierinnen fordern neue Frauenquote

Ohne Quote schaffen es Frauen nur selten in Machtpositionen – das hat sich auch in Pakistan herumgesprochen. Im Parlament in Islamabad sind Frauen derzeit über reservierte Sitze mit 17,5 Prozent vertreten. Das ist den Mitgliedern des engagierten Frauenausschusses (Women's Parliamentary Caucus/WPC) bei weitem nicht genug. Denn oft werden Abgeordnete von ihren Kollegen nicht ernst genommen, weil sie «nur» wegen der Quote von ihren Parteien ernannt wurden, nicht aber in einem eigenen Wahlkreis um die Macht kämpfen mussten.

Das soll sich nun ändern. Der WPC – ein parteiübergreifender Zusammenschluss aller Frauen im pakistanischen Parlament, den wir seit 2011 unterstützen –, setzt sich dafür ein, dass zusätzlich mindestens zehn Prozent der «gewinnbaren» Sitze in den Wahlkreisen für Frauen vorbehalten werden. Die Lobbyarbeit war erfolgreich. Eine Konferenz im September 2011 zur Stärkung der Frauenrepräsentation in Politik und Gesetzgebung verabschiedete eine entsprechende Resolution, die Anfang 2012 in Form eines Gesetzesentwurfs ins Parlament eingebracht wurde. Eine Entscheidung steht noch aus, wir werden die pakistanischen Parlamentarierinnen weiter dabei unterstützen, mehr Frauen in politische Ämter zu bringen – insbesondere im bevorstehenden Wahljahr.



Julia Ojiambo war 1974 die erste direkt gewählte Frau in Kenia. [Screenshot](#)

Ansehen der Videos

→ <http://www.gwi-boell.de/web/democracy-video-research-learning-engendering-political-leadership-africa-3380.html>



Nafisa Shah, Abgeordnete der Pakistan Peoples Party (PPP) aus Karachi ist eine der treibenden Kräfte im WPC. [Foto: Nafisa Shah](#)

China: Training für Journalistinnen

Chinas Medienlandschaft ist lebendiger als es den Anschein hat. Seit einigen Jahren entwickeln sich vermehrt unabhängige und progressive Medien. Und auch die neuen Medien gewinnen an Bedeutung. Trotz Zensur lassen sich längst nicht mehr alle Nachrichten kontrollieren. Im politischen und sozialen Reformprozess spielen chinesische Medien deshalb eine zunehmend größere Rolle. Meist sind es mutige, investigative Journalistinnen und Journalisten, die Skandale aufdecken oder Debatten über Mängel im Rechtssystem anstoßen.

Im Oktober 2011 veranstaltete unser Büro in Peking gemeinsam mit der Caixin-Mediengruppe einen dreitägigen Workshop für Journalistinnen. Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt lag auf dem Thema «Gender». Weit verbreitet ist die Meinung, China habe dringendere soziale Probleme zu lösen, als Geschlechtergerechtigkeit einzufordern. Der Workshop vermittelte die Bedeutung einer gendersensiblen Berichterstattung, zeigte aber auch, dass es dafür zunächst ein Genderbewusstsein bei Journalistinnen und Medienwissenschaftlerinnen braucht.

Demokratieförderung bei Partnern und Nachbarn

Demokratieförderung in Europa und in der östlichen und südöstlichen Nachbarschaft der EU ist einer der Schwerpunkte unseres Europareferats. Wir begleiten die Entwicklung der «Östlichen Partnerschaft» und engagieren uns darüber hinaus in Belarus, beides in erster Linie durch unser Büro in Warschau. Da in den letzten Jahren (rechts)populistische Bewegungen und Parteien in vielen EU-Mitgliedsstaaten erfolgreich waren, werden wir 2012 vor diesem Hintergrund verstärkt auch zu Populismus in Europa arbeiten. Um die Entwicklung einer demokratischen Kultur voranzubringen, unterstützen wir darüber hinaus grüne Bewegungen und Parteien und kooperieren verstärkt mit der Green European Foundation (GEF) und der Europäischen Grünen Partei (EGP).

Beispiel Russland

In Moskau finden seit 2007 etwa halbjährlich die «Chodorkowski-Debatten» statt. Hier suchen Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen und liberalen Opposition, aus Thinktanks und Zivilgesellschaft Auswege aus der Stagnation im Land. Wir haben zusammen mit dem Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, Andreas Schockenhoff, die «Chodorkowski-Debatten» nach Berlin geholt, um Anschluss an die Diskussionen in Moskau zu bekommen und gemeinsam mit den russischen Kolleginnen und Kollegen über Wege zur Demokratisierung, Liberalisierung und Modernisierung Russlands zu diskutieren. Ende Oktober fanden sie zum zweiten Mal statt. Im Vorfeld der Wahlen in Russland war die Modernisierung à la Putin das alles bestimmende Thema. Der im September 2011 angekündigte Rollentausch des Tandems Putin-Medwedjew warf erneut die Frage auf, ob sich Russland modernisieren kann, ohne sich zu demokratisieren. Die Hoffnung, die sich mit den Modernisierungsaufufen von Präsident Medwedjew verbunden hatte, war einen guten Monat vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen längst verfliegen. Mascha Lipman vom Carnegie Moscow Center, Jewgenij Gontmacher vom Institut für Moderne Entwicklung sowie der oppositionelle Politiker Wladimir Ryschkow zeigten in ihren Beiträgen auf, dass immer häufiger zu hören sei, es müsse sich etwas ändern. Allerdings gebe es auch immer noch die weitverbreitete Sehnsucht nach Stabilität. Gleichzeitig zeigten Umfragen, dass das Vertrauen der Gesellschaft in die herrschenden Eliten seit Mitte 2010 zu sinken begonnen habe. Die grüne Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck kam zu dem Schluss, es gebe kaum Hoffnung, dass es ausgerechnet in der dritten Amtszeit Putins zu einer

Webdossier «Wahlen in Russland»

→ www.boell.de/russland

Hintergrundberichte und Analysen über den Wahlprozess, veröffentlicht von der Heinrich-Böll-Stiftung, der russischen Nichtregierungsorganisation GOLOS, dem Europäischen Austausch und den Russland-Analysen

Liberalisierung und Öffnung kommen werde. Gleichzeitig leide die Wirtschaft unter dem Ende des Booms der 2000er Jahre und einer überbordenden Korruption, wie der Vorstandsvorsitzende der Moskauer Deutsch-Russischen Außenhandelskammer Michael Harms beklagte. Auch hier sei eine durchgreifende Modernisierung nötig, aber leider nicht absehbar.

Beispiel Belarus

Einschüchterung, Schikane, Verfolgung – damit muss rechnen, wer sich in Belarus politisch oder zivilgesellschaftlich engagiert. Seit 1994 herrscht Alexander Lukaschenko in dem Land, das oft als letzte Diktatur Europas bezeichnet wird. Wir arbeiten seit 2009 zu Belarus. Bis vor wenigen Jahren beschränkten wir uns dabei auf Politikbeobachtung, auf Kontakte zu Einzelpersonen und auf individuelle Förderung, etwa durch Stipendien. Aufgrund der massiven Verschlechterung der Menschenrechtslage und den Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Initiativen haben wir unsere Zusammenarbeit mit wichtigen belarussischen Nichtregierungsorganisationen kontinuierlich ausgebaut. Die Schwerpunkte liegen bei der Stärkung der europäischen Integrationsperspektive für ein demokratisches Belarus und bei der Energiepolitik des Landes. Gemeinsam mit unseren Büros in Warschau und Kiew, die ebenfalls Veranstaltungen zu Belarus und Projekte mit der dortigen belarussischen Diaspora durchführen, werden wir unsere Arbeit zur Stärkung der belarussischen Demokratiebewegung weiter ausbauen. Bereits etabliert hat sich die jährliche Sommerschule für junge zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten aus Belarus. Sie fand 2011 zum dritten Mal statt und wurde erstmals in Zusammenarbeit mit vier Partnerorganisationen in Belarus organisiert. Die Sommerschule dient der Professionalisierung etwa in der Team- und Netzwerkarbeit für Nichtregierungsorganisationen, in Methoden der außerschulischen Bildungsarbeit und der Selbstevaluierung etc. Die Workshops basieren auf den «mitgebrachten» Projekten der Teilnehmenden, die während der Sommerschule präzisiert und in neue Kontexte gestellt werden.

Schweigeprotest gegen die Wahlergebnisse vor dem Palast der Republik in Minsk, in dem die Amtseinführung von Präsident Lukaschenko stattfand [Fotos: picture alliance / dpa](#)



Beispiel Ungarn

Dass es Demokratiedefizite auch innerhalb der Europäischen Union gibt, zeigt das Beispiel Ungarn. Dort sorgt die rechtspopulistische Regierung Viktor Orbáns, die eine Zweidrittelmehrheit der Mandate innehat, für Schlagzeilen. Sie setzt demokratische Grundprinzipien außer Kraft und steuert das Land auf eine autoritäre Verfasstheit zu. Ende 2010 verabschiedete die Orbán-Regierung ein neues Mediengesetz, im Juli 2011 kam es bei den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu Massenentlassungen, die Fachleute als politische Säuberungsaktion bezeichnen. Die ab 2012 gültige Verfassung, die die Regierung während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft ohne die Einbeziehung der demokratischen Opposition verabschiedete, unterminiert das Rechtsstaatsprinzip. Die rechtsextreme Partei Jobbik liegt in aktuellen Umfragen bei über 20 Prozent.

Wir haben aufgrund der besorgniserregenden Entwicklungen unser Engagement in Ungarn verstärkt und unterstützen vor allem die grüne Bewegung. Die oppositionelle LMP (Politik kann anders sein), die 2010 erstmals den Einzug ins Parlament schaffte und deren Ziel es ist, die politische Kultur in Ungarn nachhaltig zu verändern, ist seit November 2011 Mitglied der Europäischen Grünen Partei. Unser Prager Büro arbeitet intensiv mit der [Ecopolis Foundation](#), der neu gegründeten LMP-nahen politischen Stiftung zusammen. Wir thematisieren die Hintergründe für die antidemokratischen Entwicklungen, die Bedingungen für eine demokratische Erneuerung sowie Querverbindungen zur Debatte um europäische Demokratie.

Beispiel Türkei

Die politische Polarisierung in der Türkei sowie zunehmende Rückschritte im Bereich der Demokratisierung sind eine wachsende Herausforderung für unsere Arbeit in der Türkei. Wir unterstützen Initiativen und Organisationen, die sich gegen Diskriminierung und für Rechtsstaatlichkeit einsetzen, auch mit Blick auf die anstehenden Diskussionen um eine Verfassungsreform. Auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass in dieser Legislaturperiode eine neue Verfassung ausgearbeitet wird, so bemühen sich doch zahlreiche Initiativen darum, ihre Positionen zu den Mindeststandards einer demokratischen, säkularen und rechtsstaatlichen Verfasstheit der Türkei einzubringen.

Wir haben im Jahr 2011 zwei Plattformen unterstützt – KÜYEREL (www.kuyレル.com) und YAP (www.yenianayasaplatformu.org) –, die unterschiedliche Aspekte der Verfassung der Türkei diskutierten. YAP konnte mit öffentlichen Veranstaltungen wie Kaffeehaus-Treffen erstmalig eine Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber initiieren, welche Anforderungen an eine demokratische Verfassung gestellt werden sollten. Die Ergebnisse werden demnächst in einer Publikation veröffentlicht.

Zu nennen ist auch der Verein «Grünes Denken». Er hat es mit seiner Initiative «ekolojik anayasa» geschafft, endlich den Blick auf ökologische Aspekte der zukünftigen Verfassung zu lenken. Damit betreten die Grünen in der Türkei vollkommenes Neuland – zahlreiche Verfassungsrechtler zeigten sich durchaus daran interessiert.



Foto: Thierry Monasse, dpa

Für ein geeintes und demokratisches Europa

Die Europäische Union steht vor einer Zerreißprobe. Die Finanzkrise stellt die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen vor die schwierige Aufgabe, eine tragfähige Struktur für den Fortbestand der EU zu gewährleisten. In vielen Mitgliedsstaaten untergraben populistische Parteien das Prinzip der europäischen Solidarität und setzen ihre Regierungen unter Druck. Eine gemeinsame Vision scheint es nicht mehr zu geben. Auch die Energiepolitik der 27 Mitgliedsstaaten unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht. Wenn es nicht gelingt zu zeigen, dass der europäische Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann – zuverlässig und zu vertretbaren Kosten –, dann droht die Vorreiterrolle der EU in der Klimapolitik an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Mit weitreichenden Folgen für den globalen Klimaschutz. Die EU-Politik ist in allen Bereichen in der Defensive, und die nächsten zwei Jahre werden darüber entscheiden, in welcher Form das Projekt Europa fortgesetzt werden kann. Wir befördern die Debatte zu den Perspektiven der EU und geben Impulse für eine stärkere europäische Integration in zentralen Politikfeldern. Jetzt ist die Zeit, Europa politisch zu gestalten.

Empfehlungen unserer Expertenkommission zur Zukunft der EU

Mehr Europa und mehr Demokratie wagen: das ist die entscheidende Botschaft einer Expertenkommission der Heinrich-Böll-Stiftung zur Zukunft der Europäischen Union. Denn derzeit lahmt die Einigung Europas. Um sie wieder in Schwung zu bringen und die Zustimmung der europäischen Öffentlichkeit zu gewinnen, schlägt die Kommission strategische Schlüsselprojekte vor, an denen der Mehrwert europäischer Zusammenarbeit deutlich wird – Projekte, die die einzelnen Mitgliedsländer für sich nicht umsetzen können. Die Ergebnisse der Kommission haben wir auf einer Konferenz am 19. und 20. Oktober 2011 in Berlin vorgestellt und diskutiert. Die 50 namhaften Expertinnen und Experten fordern u.a. einen Green New Deal, der insbesondere den Krisenländern grüne Wachstumschancen eröffnet; eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE), die eine bezahlbare, verlässliche und umweltverträglichere Energieversorgung sicherstellt und den Weg zu 100% erneuerbaren Energien in Europa freimacht; und eine stärkere Koordination der Europäischen Außenpolitik sowie eine aktive Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD).

Trotz einiger Kontroversen überwogen am Ende zwei Erkenntnisse: Nur mit einem klaren Zuwachs an politischer Integration wird Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen können; und nur mit einem deutlichen Mehr an demokratischer Legitimierung werden die getroffenen Beschlüsse auch Bestand haben. Europäische Solidarität muss auf die jeweiligen Stärken der Länder setzen und aus ihnen eine gemeinsame Stärke machen.

Die Konferenz war der Auftakt einer landes- und europaweit angelegten Debatte über die Zukunft der EU. Dabei werden die Begriffe «Solidarität» und «Stärke» eine Schlüsselrolle einnehmen; sie sind richtungsweisend für Europas Zukunft. Nur durch die Entfaltung kooperativer Stärke gewinnt Europa die Gestaltungskraft, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen und erfolgreich seine Werte zu vertreten.

«Wege aus der Eurokrise» – Podiumsdiskussion

Die Zukunft der Europäischen Union war auch Thema einer Podiumsdiskussion in Berlin, zu der wir im November 2011 in Kooperation mit dem Centrum für Europäische Politik (CEP) der Stiftung Ordnungspolitik eingeladen hatten. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem Erhalt der Gemeinschaftswährung angesichts der Verschuldungen von immer mehr Euro-Staaten und dem mangelnden Vertrauen in das gemeinsame Geld. Jörg Asmussen, damals noch Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und inzwischen Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), verteidigte die Finanzhilfen für Griechenland, gleichzeitig forderte er eine «Brandschutzmauer» um die Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die nicht zu einer Bank werden dürfe. Die Währungsunion werde sich zu einer fiskal- und wirtschaftspolitischen Union entwickeln müssen, demokratisch legitimiert durch ein gestärktes Europäisches Parlament. Dazu müsse auch der Lissaboner Vertrag geändert werden – das brauche Zeit, aber auch eine bessere Governance.

In der abschließenden Publikumsrunde zeigte sich, welche Zweifel am bisherigen Vorgehen der Bundesregierung und der europäischen Akteure noch bestehen. Mehrfach wurde betont, dass die Exportstärke Deutschlands und die damit erzeugten Ungleichgewichte Teil des Problems seien. Auch wurde bezweifelt, dass die Schuldenkrise beigelegt werden könne, ohne dass die EZB die Lizenz zum Gelddrucken bekomme. Daniela Schwarzer, Expertin zum Thema EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, meinte, man werde nicht umhin kommen,

“ Die notwendigerweise radikalen Schritte zur Krisenbewältigung müssten transparent und demokratisch legitimiert sein, eine Integration «hinter dem Rücken der Bevölkerung» wird dauerhaft nicht funktionieren. ”

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Webdossier «Zukunft der EU»
→ www.boell.de/zukunftdereu



Prof. Andrew Moravcsik, Princeton Universität, forderte mehr europäisches Selbstbewusstsein. Foto: Stephan Röhl

Solidarität und Stärke. Zur Zukunft der Europäischen Union

Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 212 Seiten



Gebündeltes Fachwissen (v.l.n.r.): Gerhard Schick, Lüder Gerken, Ralf Fücks, Daniela Schwarzer und Jörg Asmussen Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

ein glaubwürdiges Bankrottszenario für Staaten zu entwickeln. Falls die Krise weiter eskaliere, reiche es nicht mehr aus, dass die EZB, wie schon jetzt, Staatsanleihen aufkaufe. Man werde an eine Grenze stoßen, und dann helfe nicht mehr der EFSF, sondern nur «ein unlimitiertes Garantiersprechen an die Eurostaaten, die man in der Eurozone halten will». Zeitgleich dazu müsse ein umfassender Fahrplan für ein Reformpaket der Eurozone vorgelegt werden, das auch Investitionen, Wiederaufbau und eine politische Neustrukturierung der EU einschließe.

Europa politisch gestalten

Fragen der Redaktion an Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Warum brauchen wir ein starkes und solidarisches Europa?

Weil nur ein starkes Europa in der Lage sein wird, den «European way of life» zu bewahren und seine Werte auch international zu vertreten. Und weil nur ein solidarisches Europa handlungsfähig nach innen und außen sein wird.

Die Krise der Europäischen Union hat gezeigt, dass wir mehr finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung brauchen. Wie muss die EU verfasst sein, um dies leisten zu können?

Ich gehe davon aus, dass die EU auf mittlere Sicht ein Zwitter bleiben wird: eine Union der Staaten mit maßgeblichem Einfluss der nationalen Regierungen und Parlamente und zugleich eine Union der Bürgerinnen und Bürger mit genuin europäischen Institutionen. In diesem Rahmen müssen die Staaten künftig zu einer stärkeren Koordination ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik bereit sein. Das Kunststück besteht darin, mehr Solidarität und gegenseitige Haftung zu praktizieren, ohne die Mitgliedsstaaten aus ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik zu entlassen.

Es heißt seit Langem, die EU kranke an einem demokratischen Defizit. Wie sollte Demokratie in der EU aussehen?

Mehr Demokratie in Europa bedeutet nicht nur eine Stärkung des europäischen Parlaments oder die Einführung europäischer Volksentscheide. Mehr Transparenz und Beteiligung muss bereits auf der lokalen und nationalen Ebene ansetzen. Auf europäischer Ebene sollte nur so viel wie unbedingt nötig entschieden werden. Gleichzeitig müssen wir an der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit arbeiten, z.B. durch länderübergreifende Wahlplattformen und Kandidatenlisten zur Europawahl. Europäische Demokratie entsteht, wo europaweit über politische Fragen debattiert wird.

Die Zukunft der Europäischen Demokratie – Studie

Die Europäische Union kann sich nicht nur über ihren ökonomischen Mehrwert legitimieren. Sie muss sich auch an dem Maß demokratischer Selbstbestimmung messen lassen, das sie ihren Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht. Dies gilt umso mehr in der Situation, in der sich die EU derzeit befindet: Die Überschuldung etlicher Mitgliedsstaaten hat die gesamte EU in eine Vertrauenskrise gestürzt, in der die Vorteile einer vertieften europäischen Integration für viele nicht mehr erkennbar sind, während die Risiken in den Vordergrund treten. Ausdruck einer sich anbahnenden Legitimationskrise ist nicht zuletzt die Zunahme integrationsfeindlicher populistischer Bewegungen, die in einigen Mitgliedsstaaten großen Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten. Die Antwort auf die derzeitigen Akzeptanzprobleme der EU muss in einer Stärkung der europäischen Demokratie liegen.

Wie eine demokratischere EU aussehen könnte, haben die Verfassungsrechtler Ulrich K. Preuß und Claudio Franzius in der von uns be-



Böll-Thema 4/2011: Zur Zukunft Europas

Das Heft nimmt in kurzen, prägnanten Beiträgen die aktuelle Krise unter die Lupe, skizziert die Herausforderungen und geht der Frage nach, wie man die Eurozone wieder auf Kurs bringen kann. Die Printversion des Heftes ist bereits vergriffen.

→ www.boell.de/thema

“Die Zukunft der europäischen Demokratie wird weiterhin eng an die Entwicklung der Demokratie in den Mitgliedsstaaten geknüpft sein. Es gibt deshalb eine gesamteuropäische Verantwortung für die innere Entwicklung der Mitgliedsstaaten: Die Gefährdung der Demokratie in einem Land untergräbt die demokratische Glaubwürdigkeit der EU als Ganzes.”

Ulrich K. Preuß, Co-Autor der Studie

Die Zukunft der europäischen Demokratie

Von Claudio Franzius und Ulrich K. Preuß

Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, Januar 2012, 160 Seiten

→ www.boell.de/publikationen

auftragten Studie «Die Zukunft der europäischen Demokratie» ausgelotet. Im Mittelpunkt steht eine lebendige Demokratie, die sich aus dem Wettstreit um politische Alternativen nährt. Dazu gehören rechtlich und finanziell gestärkte europäische Parteien, transnationale Wahllisten, erweiterte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments und mehr direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. Die Autoren plädieren dafür, das Europäische Parlament durch ein Initiativrecht aufzuwerten und die Spitze der EU-Kommission durch das Europäische Parlament zu wählen. Der Schlüssel für eine lebendige Demokratie liegt ihrer Ansicht nach in der stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungen. Non-Profit-Organisationen sollten genauso berücksichtigt werden wie die Interessenverbände der Wirtschaft, die derzeit in Brüssel vorrangig Gehör finden. Bei all den Reformvorschlägen gilt es aber nicht zu vergessen, dass die EU einen Großteil ihrer Legitimation weiterhin aus der demokratischen Verfasstheit ihrer Mitgliedsstaaten selbst bezieht. Die Autoren sprechen deshalb von einem «Verschränkungsmodell» zwischen europäischer, nationaler und lokaler Ebene.

Berlin: Grenzen der EU – Grenzen der Menschenrechte? – Konferenz

Die Europäische Union hat im letzten Jahrzehnt die Abschottung ihrer Grenzen immer weiter vorangetrieben, eine größere Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht in Sicht. Auch sind die Verfahren und Quoten zu ihrer Anerkennung sowie die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in den einzelnen Mitgliedsländern höchst unterschiedlich. Allein in der Grenzsicherungs- und Flüchtlingsabwehrpolitik erreichten die EU-Staaten mit der Politik der Externalisierung der Grenze, also ihrer Vorverlagerung – unter Einbeziehung von nordafrikanischen Diktaturen – den höchsten Harmonisierungsstand.

«Grenzen der EU – Grenzen der Menschenrechte?» – so lautete der Titel unserer internationalen Konferenz am 6. und 7. April 2011 in Kooperation mit dem Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen. Welche Brisanz die aktuelle Debatte um die EU-Außengrenzen hat und welche humanitären Missstände damit in Verbindung stehen, zeigte die bedrückende Nachricht, dass in der Nacht vor der Konferenz vor der italienischen Insel Lampedusa erneut ein Boot mit 200 Flüchtlingen gekentert war und dabei mindestens 150 Menschen ums Leben kamen. Dass die Diskussion um die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik nicht ohne einen Bezug zu den politischen Geschehnissen in Nordafrika auskommt, verdeutlichte Mekonnen Mesghena, Leiter unseres Referats Migration & Diversity. Unweigerlich müsse in diesem Zusammenhang auch die Beteiligung und der Einfluss der europäischen Regierungen für die Machterhaltung der Diktaturen thematisiert werden. Der Soziologieprofessor und heutige Minister der tunesischen Regierung Mahdi Mabrouk bekräftigte die Fragwürdigkeit der Entwicklungen in der europäischen Migrationspolitik. Seit 2001 sieht er eine stetige Vermischung von Migrationsthemen und Terrorismus und eine deutliche Verschärfung der europäischen Politik im Umgang mit Flüchtlingen. Das erklärte europäische Ziel sei es, so Mabrouk, die Zuwanderung zu verringern, die Rechte der Flüchtlinge einzuschränken und die Möglichkeiten der Abschiebung zu erweitern. Bis zu dem Aufbegehren der libyschen Bevölkerung galt Gaddafi als «Gendarm Europas», dessen Sicherheitskräfte in Abstimmung mit Europa vorgeschobene Grenzposten aufbauten, um so die Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten. Hinzu kommen die Gesetzeserlasse aus Italien, die irreguläre Zuwanderung unter Strafe stellen und somit erstmals Zuwanderung kriminalisieren.



Claudio Franzius, Experte für Europäisches Verfassungsrecht, ist Co-Autor der Studie.

Foto: Stephan Röhl



Heidi Bischoff-Pflanz ist Mitglied von «SOS Mittelmeer – Lebensretter in Not». Das Komitee setzt sich für tunesische Fischer ein, die für die Rettung von 44 Migranten aus Seenot in Italien verurteilt wurden. Foto: Stephan Röhl



Foto: Nic Bothma, epa

Gerechtigkeit in einer endlichen Welt

Der Klimawandel, die Rohstoffknappheit, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Ernährungskrise – die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte könnten nicht größer sein. Für globale Krisenbewältigung braucht es multilaterale Lösungsansätze, doch hier gehen die Interessen der jeweiligen Länder weit auseinander. Die Finanz- und Klimakrise zeigen, wie schwer es ist, politische Rahmenbedingungen für eine sozial-ökologische Transformation zu gestalten. Die Energiewende in Deutschland ist ein sehr positives Signal an die Welt: ein hochindustrialisiertes und exportorientiertes Land steigt um auf erneuerbare Energien. Diese Botschaft wollen wir über unsere Auslandsbüros weiter vermitteln. Wir schmieden Allianzen mit all jenen, die die ökologische Transformation vorantreiben wollen: für den Ausstieg aus der fossilen Weltwirtschaft, für eine ressourcenschonende, effiziente Entwicklung und für eine globale Agrarwende. Und wir unterstützen, wo immer möglich, all jene, die vom Business as usual und von falschen Antworten auf die multiple Krise betroffen sind – von Öl aus Schiefer und Teersanden, von Atomkraft und Großstaudämmen, von Landvertreibung und Monokulturen für Agrartreibstoffe.

Der Klimagipfel in Durban – Ein fast leeres Paket

Klima- und Energiepolitik gehört mittlerweile zu unserem Kerngeschäft in jenen Regionen, wo wir mit Büros vertreten sind. Die Vermeidung von Klimawandel und die Anpassung an ihn braucht Antworten vor Ort. Wichtig bleiben jedoch internationale Absprachen zu ambitionierten und fairen Zielen zur Reduktion von Kohlenstoffemissionen. Seit Jahren nehmen wir deshalb auch an den internationalen Klimakonferenzen teil und ermöglichen dies auch einer Vielzahl unserer Partnerinnen und Partner aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Mit dem südafrikanischen Durban war im Dezember 2011 erneut ein Schwellenland Gastgeberin des Klimagipfels (COP17). Kurz vor Beginn waren die Verhandlungen in fast allen entscheidenden Fragen blockiert. Ein umfassendes, faires und verbindliches Klimaregime schien weiter entfernt als je zuvor. Am Ende der bisher längsten Verhandlungsrunde stand zwar ein Paket, das eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll und einen Fahrplan für ein neues, länderübergreifendes Abkommen umfasst, dieses soll jedoch erst ab 2020 in Kraft treten. Also ein «Ja» zu notwendigen Anstrengungen im Klimaschutz – aber nicht gleich. Die Bereitschaft zu einem notwendigen sofortigen Handeln fehlt.

Als Impulsgeberin war die Stiftung in Durban sowohl von Nichtregierungs- als auch von Regierungsseite geschätzt. Bereits vor der Konferenz legten wir mit dem Papier «A Future for International Climate Politics» eine Problemanalyse vor. Wir zeigen darin mögliche progressive Allianzen auf. Dem vorausgegangen war ein Dialog zwischen Nichtregierungsorganisationen aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren. Auf dem Gipfel selbst stieß unsere Infoveranstaltung zur deutschen Energiewende ebenso auf großes Interesse wie die Diskussionsrunden zu Klimaanpassung und Governance in Afrika oder zu einer gerechten Klimafinanzierung. Unser Büro in Kapstadt unterstützte außerdem das nationale zivilgesellschaftliche Komitee «C17» bei der Durchführung des parallel zur COP17 stattfindenden Alternativgipfels.

Klimafinanzierung – Eine Frage der Prinzipien

Die Anpassung an den Klimawandel gewinnt gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern eine immer größere Bedeutung. Für entsprechende Maßnahmen müssen die Industriestaaten den armen Ländern finanziell unter die Arme greifen. Doch nicht alles, was finanziert wird, ist ökologisch und sozial sinnvoll. Unter der Federführung unseres Büros in Washington analysieren wir die Gelder, die von der internationalen Gemeinschaft für den Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitgestellt werden nach ihren ökologischen und sozialen Wirkungen. Wir möchten erreichen, dass bestehende Prinzipien und Instrumente des internationalen Umweltrechts und der Menschenrechte künftig als Richtschnur für die internationale Klimapolitik verwendet werden. Fairness und Gerechtigkeit sollen das Fundament für die Klimafinanzierung sein. Transparenz und Rechenschaftspflicht der Geldgeber ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Zur Erfassung und Beobachtung von öffentlichen Klimafinanzflüssen betreiben wir in Kooperation mit dem Londoner Overseas Development Institute die Webseite Climate Funds Update (www.climatefundupdate.org). Sie stellt mehrsprachige Einführungsmaterialien, Fachanalysen und eine Projektdatenbank zur Verfügung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von Kapazitäten zur Einmischung durch ganz verschiedene internationale Akteure.

Darüber hinaus haben wir uns im Jahr 2011 stark in den Verhandlungen über einen globalen «Grünen Klimafonds» engagiert – mit Fachangaben und regelmäßiger Berichterstattung, insbesondere mit der Fokussierung auf die Genderdimension der Klimafinanzierung. Die Arbeit hat sich gelohnt! Als erster internationaler Klimafonds wird der Grüne

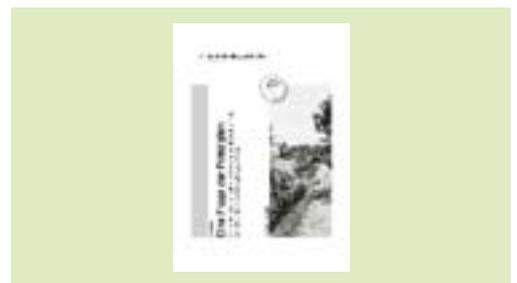


Böll-Stand in Durban: Mahelt Eyassu, Expertin für Klimafinanzierungsfragen vom Forum for Environment in Äthiopien

“Es macht Hoffnung, Zeuge zu sein, wie viele Menschen in aller Welt mehr Transparenz fordern, mehr Beteiligung, feste Regeln und demokratische Räume, in denen sie ihre Anliegen kundtun können.”

Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

→ www.deutschklimafinanzierung.de
dt./engl. Website mit aktuellen Informationen und Einschätzungen zum deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung



Eine Frage der Prinzipien – Ein normativer Rahmen für einen globalen Pakt zur öffentlichen Klimafinanzierung
Von Liane Schalatek. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 128 Seiten

Klimafonds im Jahr 2012 mit einem expliziten Auftrag zur Berücksichtigung der jeweiligen Auswirkungen auf Männer und Frauen seine Arbeit aufnehmen. Künftig werden wir unseren Blick auch stärker auf die deutsche Klimafinanzierung richten und diese kritisch kommentieren. Die gemeinsam mit Germanwatch, Brot für die Welt und Oxfam Deutschland betriebene zweisprachige Webseite (www.germanclimatefinance.de) bzw. www.deutscheklimafinanzierung.de) bietet hierfür Analysen, Blogbeiträge und eine Datenbank.

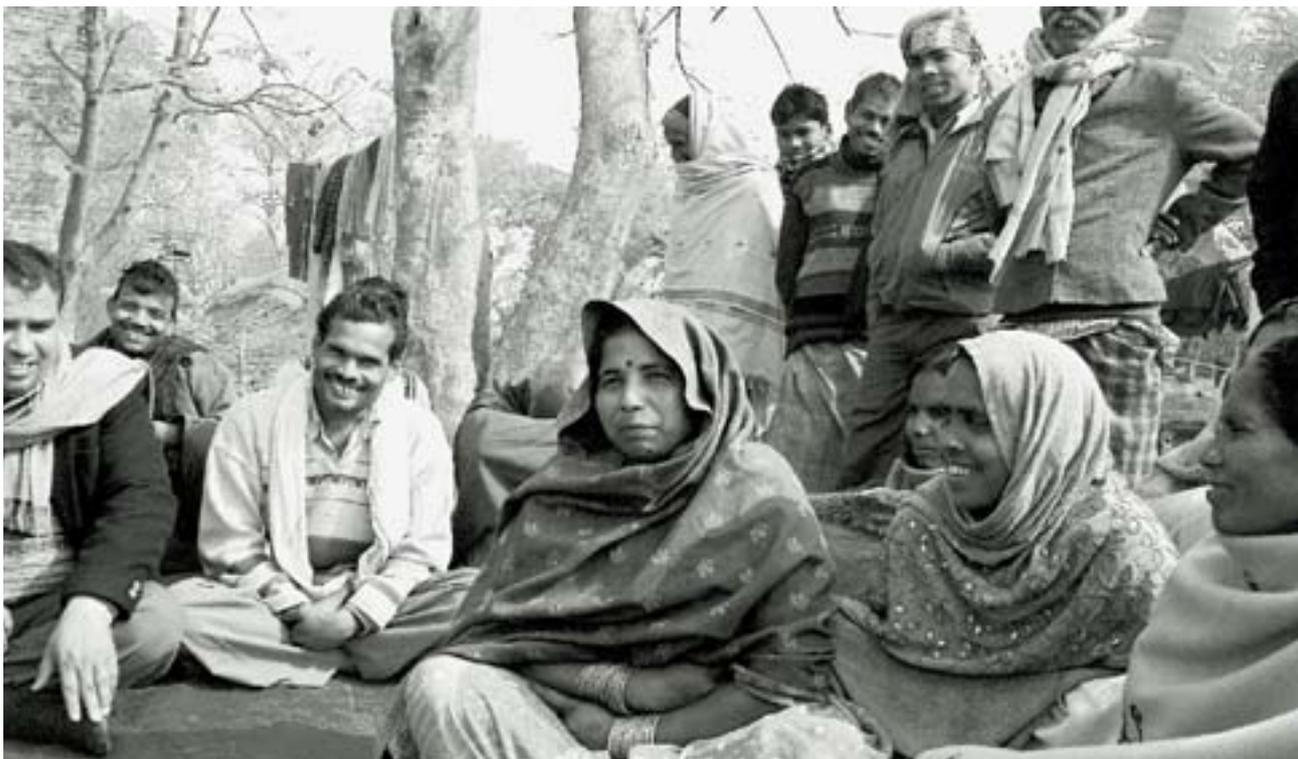
Indien: Klimawandel, Landwirtschaft und Geschlechterbeziehungen

Indien wird mittlerweile als einer der größten Verursacher von Treibhausgasen weltweit wahrgenommen, auch wenn das nicht für seine Pro-Kopf-Emissionen gilt. Das liegt am hohen Wirtschaftswachstum des Landes und an seiner Größe. Zugleich übersehen viele, dass Indien nach wie vor ein armes Land ist. Die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft. Die Folgen des Klimawandels werden sie besonders hart treffen. Dürren und Fluten, Veränderungen bei Anbaupflanzen und Krankheitsmustern – all dies bedeutet für Indien erhebliche Anstrengungen bei der Anpassung an die bereits heute sichtbaren Folgen des Klimawandels. Anpassungspolitik steckt in Indien allerdings erst in den Kinderschuhen. Unterstützt durch unser Büro in Neu-Delhi hat die indische Entwicklungssoziologin Aditi Kapoor anhand von Beispielen aus vier Bundesstaaten untersucht, was der aktuelle und zukünftige Klimawandel speziell für Frauen bedeutet, denn sie leisten den Großteil der ländlichen Arbeit. In ihrer Studie zeigt Kapoor die Anforderungen für eine gendersensible Anpassungspolitik auf allen Ebenen staatlichen Handelns auf, von den Planungseinheiten der Ministerien bis hinein in die Selbstverwaltungsstrukturen. So erfordern knapper werdende Wasserreserven z.B. besser organisierte und faire Verteilungssysteme. Durch Änderungen beim Erbrecht könnten nicht nur die Mitspracherechte von Frauen und Müttern verbessert werden, sondern auch die Landnutzung, die Qualität der Nahrungsmittel und die Ernährungssicherheit.

Download der Studie «Engendering the Climate for Change»

→ www.boellindia.org

Foto: Aditi Kapoor



Für eine nachhaltige Energie- und Ressourcenpolitik

Der Klimawandel und die globale Armut verlangen nach Strategien, die einen schnellen Umstieg auf kohlenstoff- und nuklearfreies Wirtschaften mit sozialer Gerechtigkeit verknüpfen. Das Jahr 2011 brachte mit der Atomkatastrophe von Fukushima und dem Ausstieg aus der Atomenergie eine Zäsur der Energiepolitik in Deutschland. Am Beispiel Deutschlands wollen wir zeigen, wie die Energiewende und die Abkehr von Atomenergie in einem Industriestaat möglich sind. In unserer Publikation «Mythos Atomkraft» haben wir Fakten zu den Risiken der Atomkraft zusammengetragen und damit gutes Rüstzeug zur Hand. Mit Podiumsdiskussionen, Seminaren und Tagungen beflügelten wir die Ausstiegsdebatte in Deutschland, nun wollen wir dies auch in anderen Ländern tun.

Beispiel Ostmitteleuropa

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima brachte die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Ostmitteleuropas keineswegs zum Umdenken. Polen plant weiterhin den Einstieg in die Atomkraft und die Regierungen in Tschechien, der Slowakei und Ungarn setzen auf ihren Ausbau. Die meisten Politikerinnen und Politiker in Ostmitteleuropa reagierten auf den deutschen Atomausstieg mit Bedenken. Skeptisch sind sie vor allem bezüglich der Auswirkungen der deutschen Energiewende auf grenzüberschreitende Stromflüsse. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind größtenteils davon überzeugt, dass Atomenergie im künftigen Energiemix unverzichtbar ist. Wir unterstützen den Nachbarschaftsdialog zu energiepolitischen Fragen und thematisieren die europäische Einbettung der deutschen Energiewende. Unsere Büros in Prag und Warschau fördern eine kritische Diskussion über die Risiken der Atomkraft und arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zusammen. Im Jahr 2011 fanden z.B. eine internationale Konferenz in Prag zu wirtschaftlichen Aspekten der Atomkraft und eine Veranstaltungsreihe in Warschau zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe statt. Wir initiierten außerdem ein Pilotprojekt in **Tschechien**: Über 100 Fachleute aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft entwickeln unter der Leitung des Thinktank Glopolis bis 2013 eine Vision für ein zukunftsfähiges Tschechien. Im Kern geht es dabei um Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Modernisierung und die Notwendigkeit demokratischer Innovationen.

Beispiel Israel

Mit unserer bereits 2010 erschienenen Publikation «Mythen der Atomkraft» von Gerd Rosenkranz haben wir Fakten und atomkritisches Know-how für den deutschsprachigen Raum geliefert. Unser Büro in Israel hat das Buch ins Hebräische übersetzt und es um zwei auf Israel bezogene Kapitel erweitert. Anlässlich dieser Veröffentlichung fand im April 2011 in Tel Aviv die Konferenz «Solution or Pollution? Civil Nuclear Reactors for Israel» statt. Überschattet von der Reaktorkatastrophe von Fukushima diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der israelischen Regierung, der Wissenschaft sowie Energie- und Umweltaktivisten die Rolle der Atomenergie in einem sicheren und sauberen Energiemix für Israel. Während es keine akuten Pläne für Atomkraftwerke gibt, stellt sich in Israel jedoch die Frage, mit welchen Energiequellen die enorme Importabhängigkeit des Landes möglichst klimafreundlich reduziert werden kann. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Aktivistinnen und Aktivisten setzten ein deutliches Signal, die neu gefundenen Erdgasvorkommen vor Israels Mittelmeerküste für den Übergang in ein solares Zeitalter zu nutzen, während Vertreterinnen und Vertreter der israelischen Regierung die Option für die zivile Nutzung der Atomenergie nicht aufgeben wollten. Überwiegend Einigkeit bestand darin, dass die Förderung von erneuerbaren Energien zwar deutlich intensiviert werden müsse,

Auf der Prager Konferenz «What the future of energy systems will be?» im Oktober wurde der World Nuclear Industry Status Report 2010—2011 von seinem Autor Mycle Schneider vorgestellt. Ein Video seiner Präsentation und weitere Beiträge finden sich auf → www.boell.cz/web/65-1003.html

Energy of the Future? Nuclear energy in Central and Eastern Europe

Ed. by Karel Polanecký, Jan Haverkamp
Published by Heinrich Böll Foundation, Prague 2011



Hebräische Ausgabe von «Mythen der Atomkraft»

Von Gerd Rosenkranz
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Tel Aviv 2011

aber die massive Nutzung von Sonnenenergie aus der Wüste, ähnlich wie Desertec, erst möglich sei, wenn Israel und seine arabischen Nachbarn einen umfassenden Frieden geschlossen haben.

Beispiel Jordanien

«Heute ist der erste Tag, an dem die jordanische Atomenergiekommission an die Öffentlichkeit geht. Das ist der Beginn der Debatte», so Khaled Irani, der ehemalige jordanische Energieminister. Anlass war die Teilnahme der Kommission an einer Diskussionsveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung, des IUCN Jordan und der Nichtregierungsorganisation EDAMA in Amman. Erstmals hatte sich die Atomenergiekommission dort den Fragen nach Sinn und Zweck eines jordanischen Atomprogramms öffentlich gestellt. Über 200 Vertreterinnen und Vertreter von Parlament, Regierung, Zivilgesellschaft, Forschungsinstituten und diplomatischen Vertretungen waren der Einladung zur Diskussion gefolgt. Auf großes Interesse stießen auch die arabischen Ausgaben verschiedener Stiftungspublikationen über Atomkraft, mit denen wir uns einen Beitrag zu einer breitangelegten, qualifizierten regionalen Debatte erhoffen. Nächstes Projekt ist die Übersetzung des Berichts «Marginal Oil» von Lorne Stockman und Sarah Wykes ins Arabische. Der Ölschiefersektor wird in Jordanien als wichtiger Bestandteil des Energie-Mix angesehen – und damit vielfach als Lösung des Energiesicherheitsproblems.

Beispiel China

China will seine gesetzten Klimaziele erreichen. Die Regierung konzentriert sich dabei auf den Bau riesiger Wasserkraftwerke und vor allem auf den Ausbau von Nuklearenergie. Atomkraft wird immer wieder als «sauberer» Energieträger präsentiert. Unser Büro in Peking nahm den 25. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl zum Anlass, eine öffentliche Debatte insbesondere über nukleare (Un-)Sicherheit und die oft schönerechneten ökonomischen Aspekte anzustoßen. Einige Kapitel der Stiftungspublikation «Mythos Atomkraft» waren hierfür ins Chinesische übersetzt worden. Auf Journalist/innen-Workshops wurden sie vorgestellt und mit chinesischen und internationalen Fachleuten diskutiert. Besonders die tragische Katastrophe von Fukushima ermöglichte dabei größere Diskussionspielräume. Die Bereitschaft und sogar der Wunsch, sich mit der Stiftung, als einer internationalen Organisation in China, über die deutschen Erfahrungen und Entwicklungen im Bereich Nuklearenergie auszutauschen, wären vor dem Unglück in Japan kaum denkbar gewesen.

In der Folge der Ereignisse in Japan führte China zwar zusätzliche Sicherheitstests an bestehenden und im Bau befindlichen Anlagen durch, die noch nicht abgeschlossen sind. Es ist jedoch kaum davon auszugehen, dass das Land von seinen Plänen zum Ausbau der Kernenergie abweichen wird. Unser Büro in Peking wird nicht müde werden, auf die Gefahren dieser Risikotechnologie hinzuweisen.

25 Jahre Tschernobyl

Am 26. April 1986 explodierte der Atomreaktor in Tschernobyl. Nicht nur Teile der Ukraine, Weißrusslands und Russlands wurden verstrahlt. Die radioaktive Wolke überzog halb Europa. Die Katastrophe war aber nicht nur eine ökologische. Die kulturelle Entwicklung einer ganzen Region fand ein abruptes Ende. Zum 25. Jahrestag der Katastrophe erinnerten wir mit «Tschernobyl 25 – Expeditionen» an den GAU. Im Mittelpunkt dieses internationalen Projekts stand die von Walter Mossmann und Eva Morat konzipierte Wanderausstellung «Straße der Enthusiasten» über Aufstieg und Fall der Stadt Pripjat, nahe dem Unglücksort. Gezeigt wurden Fotografien von Robert Polidori, Andrej Kremenchouk und Sergij Nekhajew, sowjetische Plakate und Poster der Gruppe



Arabische Ausgabe von «Mythos Atomkraft»

Weitere Sprachen: Polnisch, Englisch, Deutsch, Chinesisch, Arabisch, Russisch, Tschechisch, Spanisch, Italienisch, Thai



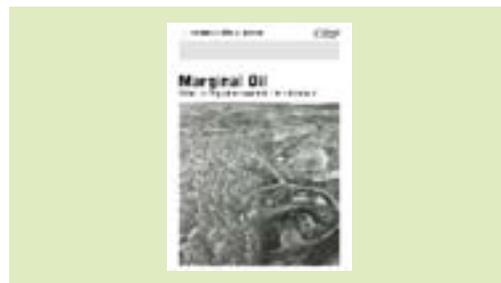
Tetsunari Iida, Direktor des Instituts für nachhaltige Energiepolitik in Tokio, setzt sich für ein Ende der Atomkraft in Japan ein. Foto: Stephan Röhl

BLOCK4 aus Charkiw. Die Exponate sowie Lyrik von Lina Kostenko lieben das Ausmaß der Katastrophe spürbar werden. Nach der Vernissage am 12. April 2011 mit 200 Gästen im Foyer der Stiftung fand am Folgetag ein internationales Symposium zur Atomkraft mit Gästen u.a. aus China, Indien, Russland und den USA statt. Durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima einen Monat zuvor hatte das Symposium eine traurige Aktualität bekommen. Zu Beginn schilderte Tetsunari Iida, Direktor des Instituts für Nachhaltige Energiepolitik in Tokio, die Lage rund um das zerstörte AKW Fukushima. Ein detaillierter Bericht über das Symposium sowie Audio-Mitschnitte finden sich auf unserer Homepage im Dossier «tschernobyl 25 – expeditionen».

Nach Berlin wanderte die Ausstellung «Straße der Enthusiasten» weiter nach Kiew (mit einer Konferenz am Jahrestag der Katastrophe), dann über Warschau und Brüssel ins wendländische Gartow und von dort nach Freiburg. Das Projekt «Tschernobyl 25» war eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Westwendischen Kunstverein, dem Freiburger Morat-Institut, dem Kulturamt der Stadt Freiburg und der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament.

Der Abbau von Teersanden – Eine schlechte Alternative zum Erdöl

Das «billige» Erdöl geht weltweit zur Neige. Die Investoren verlagern ihr Interesse daher zunehmend auf hochriskante und CO₂-intensive Formen der Ölgewinnung und anderer fossiler Brennstoffe. Hierzu gehört die Extraktion von Teersanden, für die neben den bisherigen Stätten in Kanada und Venezuela nun auch das südliche Afrika in den Blick der Investoren gerückt ist – eine Region, die extrem anfällig für Umweltschäden durch derartige industrielle Projekte ist. Die Folgen und Probleme des Abbaus von Teersanden werden bislang nur wenig diskutiert. Wir sind einer der wenigen globalen Akteure, die sich damit auseinandersetzen. So haben wir im Anschluss an ein internationales Netzwerktreffen gemeinsam mit Friends of the Earth Europe im Mai 2011 die Studie «Marginal Oil» herausgegeben. Sie gibt einen kritischen Überblick über Teersandabbau weltweit und analysiert die politischen und wirtschaftlichen Interessen, die diese Investitionen antreiben. Aufgrund der großen Nachfrage haben wir sie bereits mehrfach nachgedruckt. Ein weiterer von uns herausgegebener Bericht beschreibt Investitionen in unkonventionelle Ölgewinnung in Madagaskar, der Republik Kongo und Nigeria vor dem Hintergrund der Debatten um eine notwendige Minderung von Umweltschäden und der Sicherung von nachhaltiger Entwicklung.



Marginal Oil

Report by Lorne Stockman and Sarah Wykes
Ed. by the Heinrich Böll Foundation, Berlin 2011

Foto: picture alliance / empics



Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht einen G20-Newsletter mit aktuellen Analysen und Berichten aus den verschiedenen regionalen und politischen Interessenperspektiven sowie Literaturtipps zur thematischen Vertiefung. Abonnieren unter
→ g20-newsletter@boell.de

Globalisierung gestalten!

Die Politik steht vor der Herausforderung, die Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte so zu verankern, dass eine Wiederholung des Bankencrashes vom Herbst 2008 ausgeschlossen wird. Wichtige Maßnahmen sind getroffen worden, aber sie sind nicht ausreichend. So bestehen systemische Risiken fort. Es genügt nicht mehr, ausschließlich auf nationaler oder regionaler Ebene zu regulieren, denn angesichts der starken internationalen Verflechtung von Wirtschaft und Finanzmärkten sind dafür internationale Übereinkünfte nötig. Es braucht Vorschläge, wie kontroverse Interessenlagen von Entwicklungs- und Industrieländern sowie Überschuss- und Defizitländern ausgeglichen werden können.

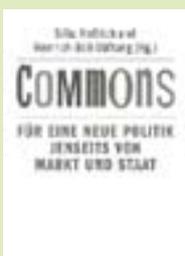
Begleitung der G20-Gipfel

Die G20 (die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) sollten sich in erster Linie genau den oben genannten Aufgaben widmen, doch die Themenpalette ihrer Gipfel hat sich mittlerweile immens erweitert; die G20 haben sich zu einem starken internationalen Machtzentrum entwickelt – weitgehend ohne demokratische Legitimation und Transparenz. Die Zivilgesellschaft bleibt ausgegrenzt. Für Parlamente und zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere in unserem Stiftungsumfeld, ergeben sich daraus besondere Herausforderungen für ein kritisches Begleiten von G20-Gipfeltagesordnungen und -beschlüssen. Wir wollen als Unterstützung mehr Transparenz in internationale Politik bringen. Wir verfolgen die institutionellen Meinungsbildungsprozesse und veröffentlichten Analysen als Impulsgeber für Abgeordnete in Parlamenten, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Für Dialogveranstaltungen mit Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern suchen wir uns strategische Orte wie die Tagungen von Weltbank und IWF oder Arbeitstagungen im Rahmen der G20-Gipfelvorbereitungen. Wir investieren in Strategiebildungsprozesse mit unseren Auslandsbüros und mit internationalen Netzwerken, z.B. die G8/G20-Koalition und das OWINFS-Netzwerk (Our World Is Not For Sale), die ihr Gewicht auf sehr unterschiedliche Weise in die kritische Begleitung der G20-Arbeitsprozesse einbringen können.

Commons – Eine neue Politik jenseits von Markt und Staat

Die «Occupy»-Bewegung hat ein weltweites Unbehagen auf die Straße getragen. Die hemmungslose Profitmaximierung steht ebenso am Pranger wie die verantwortungslose Casinomentalität der Börsen und Banken. In den letzten Jahren sind die Preise für Lebensmittel, Wasser und Böden immens gestiegen. Das spüren besonders die weniger Wohlhabenden. Begrenzt verfügbare Güter, wie die Meere oder Wälder, werden rücksichtslos ausgebeutet. Wissen und Ideen indes sind zwar in Fülle vorhanden, doch sie werden künstlich verknappt. Die ernüchternde Diagnose lautet daher: Sowohl Markt als auch Staat versagen. Deshalb verwundert es nicht, dass die Commons, die Idee der gemeinschaftlichen Verantwortung für Gemeingüter, eine Renaissance erleben. Sie beruhen nicht auf der Idee der Knappheit, sondern schöpfen aus der Fülle. Sie sind produktiv, ohne in erster Linie für den Markt zu produzieren. Unsere Salonreihe «Zeit für Allmende» bietet schon seit 2008 einen interdisziplinären Denkraum rund um das Thema Gemeingüter. Im April 2011 ging es um das Thema Energie. Wir fragten, ob unsere Energieinfrastruktur als Commons (Stromallmende) denkbar wäre. Soviel sei ver-raten: Die Antwort lautet «Ja». Sie in Politik und konkrete Praxis umzusetzen, ist aber vorerst nur eine Vision. Doch der Anfang ist gemacht: Neues Denken! Jenseits von öffentlich versus privat, Markt oder Staat. Es ist das Denken in den Mustern der Commons.

Über die Jahre haben wir unsere Analysen vertieft, gute Beispiele ausfindig gemacht und zueinander in Beziehung gesetzt – in dem Ver-



COMMONS. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat

Hrsg. von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung im transcript Verlag, Bielefeld 2012, 524 Seiten, 24,80 Euro,

→ www.boell.de/publikationen

such, die Grundlinien einer commonsbasierten Politik zu entwickeln. Dieser Suchprozess ist nun in einem Sammelband zusammengefasst, der durch Vielfalt besticht: 90 Autorinnen und Autoren aus aller Welt haben 74 Beiträge eingebracht. Der Band (dt./engl) erscheint im April 2012 und wird unter einer Copyleft-Lizenz verfügbar sein.

Commons – Die Welt gehört uns allen!

Fragen der Redaktion an Dr. Heike Löschmann, Referentin für Internationale Politik der Heinrich-Böll-Stiftung

Was sind Gemeingüter, und warum spricht man immer wieder von ihrer Wiederentdeckung?

Das deutsche Wort Gemein(schafts)güter führt leider immer wieder zu Missverständnissen. Deshalb ziehe ich es vor, von Commons zu sprechen: geteilten Ressourcen, die wir gemeinsam nutzen und pflegen – etwa Luft, Wasser, Böden, aber auch öffentliche Plätze, Parks oder Software. Insofern erscheint es tatsächlich etwas sonderbar, dass wir gerade wiederentdecken, wovon wir doch täglich leben! Wir haben verlernt, den Wert der Commons zu achten. Und das, obwohl sie so alt sind wie die Menschheit und so modern wie das Internet. Doch die Krisen der Gegenwart zwingen zur Besinnung. Wir spüren, dass immer mehr Konkurrenz und Wachstum nicht die Lösung sein können. Junge Menschen sehen sich im Vergleich zu ihren Eltern erstmalig nicht mehr auf der Überholspur.

Wer an Commons als Retter in der Not glaubt, muss ein ziemlich positives Menschenbild haben – ist das nicht etwas naiv?

Commons sind eine soziale Praxis, in der gemeinsam Ressourcen und Güter erzeugt, genutzt und bewahrt werden. Aber es braucht nicht den Gutmenschen und auch keine speziellen kulturellen Rahmenbedingungen, damit Commoning gelingt. Die Forschung der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat in mehr als 800 Fallbeispielen aus der ganzen Welt eindrucksvoll bewiesen, dass Commons überall funktionieren. Wichtig ist nur, dass Commons von Menschen getragen werden, die sich dabei auch ernst genommen fühlen.

Was ist aber mit denen, die nur wenig für das Gemeinwohl übrig haben und die vor allem auf persönliche Bereicherung aus sind, die gibt es doch auch?

Wir werden nicht als Egoisten geboren. Konkurrenz und Kooperation sind uns Menschen wesenseigen; sie sind zunächst einmal kein Gegensatz. Auch Unternehmen organisieren intern ihre Arbeit auf einem hohen Kooperationsniveau. Aber auf dem Markt konkurrieren sie um Anteile. Wer nicht verdrängt, unterliegt. Konkurrenz ist ein objektiver Effekt der Marktlogik. Unternehmen kooperieren aber auch nach außen, durch Zusammenschluss zum Beispiel, um auf dem Markt schlagkräftiger zu sein. Kooperation bei Unternehmen ist also eine Voraussetzung von Konkurrenz, nicht ihr Gegenteil. Konkurrenz am Markt braucht zunächst die Kooperation. Aber Kooperation kann auch gut ohne Konkurrenz auskommen. Das ist die Stärke der Commons: Kooperation ist hier Ziel und Mittel in einem. Sie können auf die eigene Kraft und Kreativität bauen und sich die Konkurrenz und damit viel Verschleiß ersparen. Voraussetzung aber ist, dass die Regeln stark genug sind.

Der Begriff Commons ist recht abstrakt. Wie kann er anschaulich gemacht werden?

Ich male gern ein Dreieck, um das relationale Element der Commons zu verdeutlichen und markiere jede Ecke: A) geteilte Ressourcen, der Park oder der Softwarecode, B) Commoners, die Nutzer, und C) Commoning, die soziale Praxis auf der Grundlage von vereinbarten Regeln,



Dr. Heike Löschmann, Heinrich-Böll-Stiftung, gehörte bereits 2010 zum Organisationsteam der International Common Conference. Foto: Stephan Röhl

die von den Commoners gemeinsam geschaffen und deren Einhaltung gemeinsam kontrolliert wird. Und diese Regeln oder Vereinbarungen folgen wiederkehrenden Grundmustern oder Prinzipien des Commoning.

Für eine globale Agrarwende

Landwirtschaft steht mehr denn je im Spannungsfeld von Ressourcenknappheit, Klimawandel und Welternährung. Ausreichende Nahrung für alle Menschen, das ist ein Ziel, dem wir uns verpflichtet sehen. Dies unter den Bedingungen einer ungerechten Weltagrarpolitik und des Klimawandels zu erreichen, versuchen wir mit einer Vielzahl an Initiativen und Projekten. Wir liefern kontinuierlich Hintergrundmaterialien und Fallstudien zum Thema Agrarhandel und Agrarinvestitionen, und wir arbeiten an Gegenentwürfen zu den stark technikbasierten Lösungen. Irrwege, wie die Produktion von Agrartreibstoffen, die zur Verknappung von Land führen und die Ernährungskrise weiter verschärfen, legen wir offen und betonen die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft. Im Jahr 2011 haben wir uns verstärkt mit der Spekulation mit Nahrungsmitteln und mit Agrarrohstoffen befasst. Anlässlich der französischen G20-Präsidentschaft, die sich die Regulierung der Spekulation mit Rohstoffen auf die Fahnen geschrieben hatte, diskutierten u.a. Heiner Flassbeck, UNCTAD, Sven Giegold, MdEP, und Olivier de Schutter, UN-Spezialberichterstatter für das Recht auf Nahrung, mit dem Publikum. Es ging vor allem um wirksame Regulierungsmaßnahmen an den Börsen, wie z. B. eine höhere Transparenz des Marktes sowie Obergrenzen für Preise und Anzahl von Termingeschäften pro Investor.

Ernährungssicherheit in Nigeria

Zwei Drittel der nigerianischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, viele von der Hand in den Mund. Die Lage der Bäuerinnen und Bauern droht noch schlechter zu werden. Die Wüste breitet sich immer mehr aus, auch Regenfälle und Dürren werden extremer. Jedes Jahr wird die Ernte kleiner, die Ernährungsunsicherheit größer. Eine bessere Vernetzung der Bäuerinnen und Bauern könnte ihren Interessen mehr Durchschlagkraft geben. Hier setzt unser Büro in Nigeria an. In Zusammenarbeit mit der nigerianischen Organisation Tubali ist es uns gelungen, den Kontakt zwischen Bauern, Landwirtschaftsministerien und Forschungszentren in vier Gemeinden in den Bundesländern Kaduna und Enugu zu verbessern. Die Anfragen bei den Institutionen haben sich seitdem gemehrt. Sie haben daraufhin neues Saatgut bereitgestellt und die Zahl ihrer landwirtschaftlichen Berater aufgestockt. Erste Erfolge zeigten sich an der guten Jahrernte der Bäuerinnen und Bauern der Region.

Ausverkauf – Die Landkrise in Kambodscha

Naturschutzgebiete, Flüsse, Ackerland, Dörfer, städtische Siedlungen – nichts ist mehr sicher vor dem Zugriff privater Investoren. Im Jahr 2011 überschritt der Umfang an Landkonzessionen, die die Regierung an gut vernetzte Firmen zur Durchführung agro-industrieller Großprojekte vergeben hatte, erstmals die Schwelle von 2 Millionen Hektar. Diese Zahl repräsentiert 54 Prozent der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Kambodschas. Zählt man die Konzessionen hinzu, die an extraktive Industrien und im Rahmen städtischer Entwicklungsprojekte vergeben wurden, erhöht sich die Gesamtfläche auf ca. 4 Millionen Hektar. Rechtsstaatliche Verfahren spielen bei der Vergabe keine oder eine untergeordnete Rolle. Viele der Konzessionäre sind Geschäftsleute, die gleichzeitig hochrangige politische Positionen innehaben. So kontrollieren drei Senatoren der Regierungspartei CPP insgesamt 25 Prozent aller in Kambodscha vergebenen agro-industriellen Konzessionsflächen.



Zur Lage der Welt 2011 – Hunger im Überfluss: Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut

Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch im oekom Verlag
München 2011, 288 Seiten, 19,95 Euro



Kleinbäuerinnen und -bauern in Nigeria spüren den Klimawandel schon heute. Foto: Christine K

Die ökonomischen und sozialen Folgen dieses Ungleichgewichts tragen vor allem bäuerliche, subsistenzwirtschaftlich ausgerichtete Familien, die noch immer 80 Prozent der Bevölkerung stellen. In wachsendem Maße leiden jedoch auch sozial schwache städtische Familien an der Vertreibungspolitik einer kleinen Elite. Unmittelbare Konsequenz der ungezügelter Konzessionsvergabe war im Jahr 2011 die Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern um die Ressource Land. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer wachsenden Frustration der Bevölkerung, die das Vertrauen in die Unabhängigkeit der staatlichen Institutionen, der Legislative und der Justiz gegenüber den Interessen privater Konzessionsträger vollständig verloren hat.

Mit der Herausgabe von Studien zu Investitionen im Land- und Ressourcensektor wollen wir die Diskussion über tragfähige, sozial ausgewogene Investitionsmodelle ankurbeln. Darüber hinaus arbeitet unser Büro in Kambodscha mit einer Reihe von Partnerorganisationen an Projekten, die sich mit gerechter, genderdemokratischer Land- und Ressourcenpolitik beschäftigen. Wir wollen lokalpolitisch aktive Frauen und Männer in den von Landkrisen betroffenen Gebieten befähigen, ihre eigene, selbstbestimmte Agenda zu entwickeln und diese in den relevanten Gremien zu Land- und Ressourcenmanagement einzubringen.



Anstehen für sauberes Wasser

Foto: Manfred Hornung

Umsiedlungsstelle in Kambodscha

Foto: Manfred Hornung



Bündnisse zwischen Umwelt und Arbeit

In Deutschland ist das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Umweltverbänden ambivalent: einerseits befürchten sie, dass eine ökologische Transformation auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, indem Arbeitsplätze in «alten Branchen» verloren gehen und die neuen «grünen» Jobs nicht sozial abgesichert werden. Zugleich hoffen sie mit den Umweltverbänden darauf, dass der ökologische Wandel in großem Umfang neue Arbeitsplätze schafft. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass Gewerkschaften und Umweltverbände zusammenarbeiten müssen, damit für die Arbeitnehmenden und die Umwelt ein positiver Effekt entsteht. Die BlueGreen Alliance aus den USA macht es vor: Das strategische Bündnis ist entstanden, um mehr Arbeitsplätze in einer Green Economy zu schaffen und diese sozial abzusichern. Eine Delegation der BlueGreen Alliance berichtete auf einer Deutschlandreise im Herbst 2011 von den Projekten in den USA und verschaffte sich ein Bild über die Lage hierzulande. In einem Workshop in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten Vertreter und Vertreterinnen aus Gewerkschaften und Umweltverbänden mit den US-amerikanischen Gästen, ob ein Bündnis nach dem Vorbild der BlueGreen Alliance auch in Deutschland denkbar wäre und welche sozialen Folgen der ökologische Strukturwandel am Beispiel der Energiewende erwarten lässt.



Gäste aus den USA auf der European Union Green Jobs Tour 2011 Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Wie die graue Chemie grün wird

Die chemische Industrie hat eine sehr große Bedeutung für Deutschland. Sie gibt über 400.000 Menschen Arbeit und gehört zu den größten Produzenten in der Welt. Zugleich steht sie für Umweltverschmutzung, hohe Risiken und Treibhausgasemissionen. Doch ohne die Innovationskraft der Chemiebranche können die großen Probleme unserer Zeit nicht gelöst werden. Chemische Erzeugnisse können z.B. helfen, Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen und saubere Autos zu bauen. Wir haben zusammen mit der Bayer AG eine Reihe interner Fachgespräche initiiert, in denen Vertreterinnen und Vertreter des Konzerns, der Grünen und der Umweltverbände in offenem und konstruktivem Gesprächsklima darüber diskutierten, wie und welche Produkte zur Lösung ökologischer Probleme entwickelt werden können. Die meisten Chemieunternehmen haben verstanden, dass Ökologie und Ökonomie unter einen Hut gebracht werden müssen, wenn die Branche eine Zukunft haben will. Ökologie ist keine Konzession an den Zeitgeist, sondern ein hartes betriebs- und volkswirtschaftliches Thema: Es geht um Kosten, Risikomanagement, die künftige Ressourcenbasis und Zukunftsmärkte. Uwe Lahl und Barbara Zeschmar-Lahl haben in unserem Auftrag eine Studie zum ökologischen Umbau der Chemiebranche erstellt. «Going Green: Chemie» zeigt auf, welche Veränderungen eingeleitet werden müssen, damit dieser Sektor den Umwelt- und Klimaschutzzielen gerecht wird und zugleich international wettbewerbsfähig bleibt.



Going Green: Chemie. Handlungsfelder für eine ressourceneffiziente Chemieindustrie

Von Uwe Lahl und Barbara Zeschmar-Lahl. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 96 Seiten

Green Economy in Zeiten knapper Kassen

Gerade in der Krise sollte eine ökologische Transformation des Wirtschaftens auf der Tagesordnung stehen – doch der Investitionsbedarf dafür ist groß und die Kassen von Bund, Ländern und Kommunen sind leer. Wie der Umbau unserer Wirtschaft trotzdem gelingen kann, war Gegenstand unserer gemeinsamen Tagung mit dem Verband UnternehmensGrün im September 2011. Bei der Frage nach einer europäischen Investitionsstrategie für einen Green New Deal sah Reinhard Bütikofer, MdEP, ein Wachstum in den ökologisch vertretbaren Bereichen der Wirtschaft als notwendig an. Dem Einwand, dass jedes Prozent Wirtschaftswachstum Ressourcen auffressen, hielt er entgegen, dass es auch

**Finanzierung nachhaltiger Entwicklung
Ein Überblick über die Situation nachhaltiger
Geldanlagen in Deutschland**

Von Antje Schneeweis. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 32 Seiten

auf die Quantität des Ressourcenverbrauchs ankomme; die sei beim Green New Deal eingegrenzt. Als Leitlinie für den Green New Deal gab er vor, dass es um eine Ökologisierung unterschiedlicher Lebensstile gehen müsse, nicht um eine Ökodiktatur, denn die stünde den freiheitlichen Grundbedürfnissen entgegen.

Mit der Frage, wie die ökologische Transformation finanziert werden kann, befasst sich auch unsere Gesprächsreihe «Green Finance» mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Finanzwirtschaft, aus Politik, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. In Frankfurt am Main diskutierte der Kreis im Herbst 2011 über ökologisches und soziales Engagement von Investoren und wie dieses verstärkt werden könnte. Problematisiert wurde die immer noch mangelnde Breitenwirkung ökologischen und sozialen Investierens; um diese Praxis zu etablieren, seien gesetzliche Regelungen wahrscheinlich nicht zu vermeiden. Politische Handlungsempfehlungen für Veränderungen im Banken- und Anlagegeschäft gibt eine Anfang 2011 erschienene Studie von Antje Schneeweiß. Sie hat im Auftrag der Stiftung nachhaltige Geldanlagen und die spezifischen Hindernisse für Green Finance in Deutschland untersucht.

Den Green New Deal gestalten

Unser «Green New Deal»-Kongress im November 2011 in Hamburg bot einem interessierten jungen Publikum die Möglichkeit, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden über Kernfragen zur Gestaltung des Green New Deal zu diskutieren. Kontroversen entzündeten sich z.B. beim Thema energetische Gebäudesanierung: Ökologen fordern die Fassadendämmung alter Gebäude, Denkmalschützer möchten das Stadtbild bewahren und Sozialverbände beklagen die sanierungsbedingten Mietsteigerungen. In diesem Spannungsverhältnis müssen Lösungen gefunden werden. Es gilt nicht nur kostengünstige Kredite für den Umbau der Infrastruktur bereitzustellen. Die ökologische Transformation als gesamtstaatliche Aufgabe muss soziale Härten vermeiden. Bestehende Instrumente wie z.B. Wohngeld müssten um entsprechende Pauschalen bei sanierungsbedingten Mietsteigerungen ergänzt werden, so das Ergebnis einer der vielen Diskussionen auf dem Kongress.

Die Grenzen des Wachstums

Wachstum galt über Jahrzehnte als Garant für Wohlstand und sozialen Frieden. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat diesen Glauben ins Wanken gebracht. Deutschland erlebte 2011 eine regelrechte Grundsatze-debatte, als das Paradigma des unendlichen Wachstums in Frage gestellt wurde. Der Deutsche Bundestag setzte eigens dafür die Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» ein. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt bereits das Buch «Wachstum ohne Wohlstand» des britischen Ökonomen Tim Jackson in deutscher Übersetzung herausgebracht, das sich schnell zum Bestseller entwickelte. Jackson, der die britische Regierung in der Kommission für Nachhaltige Entwicklung berät, hat mit seinem Buch ein Standardwerk zur aktuellen Wachstumsdebatte vorgelegt. Im Frühjahr 2011 stellte er seine Vorschläge für die Postwachstumsökonomie auch auf der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung vor. In der anschließenden Diskussion mit Jürgen Trittin, dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen, argumentierten beide für ein nachhaltiges Wirtschaften und einen «Wohlstand, der bleibt». Tim Jackson kritisierte darüber hinaus den Glauben an ein «grünes Wachstum» und forderte Reformen auch des Arbeits- und Gemeinwesens.

Zum Schwerpunkt Wachstum haben wir auch zwei Essays herausgegeben: Thomas Fatheuer stellt mit «Buen Vivir» (Gutes Leben) eine Alternative zum westlichen Wirtschaftlichkeitsdenken vor. Harald Wel-

Mehr über den Kongress

→ www.boell.de/greennewdeal



Böll.Thema 2/2011: Grenzen des Wachstums – Wachstum der Grenzen

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011

→ www.boell.de/thema

Wohlstand ohne Wachstum

Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

Von Tim Jackson. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im oekom Verlag, 3. Auflage, München 2012, 240 Seiten, 22,95 Euro

zer erklärt in seinem Essay «Mentale Infrastrukturen» das Streben nach Wachstum als dem kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsmodell inhärent. Begleitend entstand ein Debattenblog mit und für junge Köpfe zum Thema «Immer Mehr?!».

Dem Fortschritt eine Richtung geben

In Kooperation mit dem sozialdemokratischen Netzwerk Progressives Zentrum werten wir seit zwei Jahren rot-grüne Erfahrungen aus und sondieren gemeinsame Projekte für die Zukunft. Im Februar 2011 ging es in einem Fachgespräch um programmatische Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Wachstumsfrage. In einem Punkt waren sich nahezu alle einig: Materielles Wachstum dürfe nicht länger als Selbstzweck verstanden werden, sondern müsse viel stärker im Kontext von Lebensqualität, sozialem Ausgleich und ökologischem Umbau bewertet werden. Auf dem anschließenden öffentlichen Podium provozierte Ottmar Edenhofer vom PIK Potsdam seine Gesprächspartner, Frank-Walter Steinmeier und Jürgen Trittin, mit der Position, es sei eine Frage der politischen Courage, ob globaler Klimaschutz gelinge oder nicht. Unverzichtbar dafür sei eine globale Allmende für Atmosphäre, Boden und Wasser.

Bei einem Fachgespräch im Mai 2011 präsentierte unsere Kommission zu «Sozialpolitischen Innovationen», der u.a. Helmut Wiesenthal und Wolfgang Schröder angehören, die Diagnosen und Folgerungen für einen Sozialstaat der Zukunft. Bei der anschließenden öffentlichen Podiumsdiskussion entspann sich zu der umstrittenen Frage «Investition in Chancen versus höhere Transferleistungen?» eine spannende Debatte unter SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, dem stellvertretenden Vorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion Fritz Kuhn und der ZEIT-Journalistin Elisabeth Niejahr.

Szenarien und Lösungen für das Jahrhundert der Städte

Bis 2050 werden etwa 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Es verwundert also nicht, dass utopische Stadtentwürfe wieder Konjunktur haben. Schafft die Weltgemeinschaft nicht den Übergang zu CO₂-neutralen Städten, einer ressourcenschonenden Produktionsweise und nachhaltigen Lebensstilen, werden sich ökologische Krisen und ökonomische Schocks, Armut und Erosion der Gesellschaft verschärfen. Welche Schritte unternommen werden können, um unsere Städte lebenswert zu gestalten, darüber diskutierten über 400 Teilnehmende und 60 Referentinnen und Referenten auf unserem «Urban Futures 2050»-Kongress im Mai 2011 in Berlin. Für Dieter Salomon, Oberbürgermeister der «ökologischen Vorzeigestadt» Freiburg, liegt der Schlüssel darin, die Bevölkerung für den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen. So habe die Stadtverwaltung Freiburg den aktuellen Flächennutzungsplan über mehrere Jahre mit 600–800 Bürgerinnen und Bürgern diskutiert – ein anstrengender, aber unausweichlicher Prozess. Doch was könnte hieraus etwa eine Stadt wie São Paulo lernen? Elisabete França und Fabienne Hoelzel von der dortigen Wohnbehörde sehen sich vielmehr mit dem Problem konfrontiert, die 4.500 slumähnlichen Siedlungen, in denen 30 Prozent der Stadtbevölkerung leben, überhaupt erst in die «formelle» Stadt zu integrieren. Michael Knoll vom Berliner Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung warnte vor einer eurozentrierten Sichtweise. Konzepte aus Deutschland und Europa dürften nicht unhinterfragt übertragen werden. «Expertenwissen vor Ort muss viel stärker genutzt und das jeweilige städtische System überhaupt erst verstanden werden.» So stand trotz der unterschiedlichen Fälle ein verstärkter Wunsch nach Wissenstransfer in Verknüpfung mit lokalem Handeln im Vordergrund. Die Tagung konnte dazu einen Teil beitragen.

Buen Vivir

Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur

Von Thomas Fatheuer. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 32 Seiten

Mentale Infrastrukturen

Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam

Von Harald Welzer. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, 48 Seiten



Andrea Nahles und Fritz Kuhn diskutierten kontrovers über die Zukunft des Sozialstaats. Foto: Neumann und Rodtmann



«Das politische Bewusstsein der Menschen in den Favelas ist sehr hoch», so Fabienne Hoelzel von der städtischen Wohnbehörde in São Paulo. Foto: Stephan Röhl



Foto: Carmine Savarese, CC BY-NC-ND 2.0

Europäische Außenpolitik im Vertrauen auf eigene Stärken und Werte

Die Welt verändert sich rasant, auch die Karten in der Außen- und Sicherheitspolitik werden neu gemischt. Seit Beginn des neuen Jahrtausends verlagert sich das globale Machtgefüge von West nach Ost. Der Aufstieg der großen Schwellenländer und der machtpolitische Verlust der USA scheinen ebenso evident wie die immer selbstbewussteren Ansprüche aufstrebender Regionalmächte. Die Länder der Europäischen Union reagieren darauf nur zögerlich und drohen so zum «Zaungast» globaler Entwicklungen zu werden. Wir wollen mit unserer Arbeit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union leisten, die sich an den Werten Demokratie und Menschenrechte orientiert und selbstbewusst versucht, die EU als normativen Wegbereiter für eine moderne «Weltinnenpolitik» aufzustellen.

Zehn Jahre nach 9/11 – Eine außen- und sicherheitspolitische Bilanz

Die Terroranschläge am 11. September 2001 beschleunigten eine außenpolitische Umbruchphase, die die weltpolitische Landkarte neu skizzierte. Unklar bleibt dabei die künftige Rolle Europas. Ohne eine außenpolitisch starke Europäische Union und eine erneuerte transatlantische Partnerschaft läuft Europa Gefahr, den globalen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts nur noch zuzusehen. Dies gilt umso mehr angesichts des politischen Aufbruchs in der arabischen Welt.

Die großen Linien der Veränderung seit 9/11 sowie außenpolitische Erfolge und Fehlschläge standen im Juni 2011 im Mittelpunkt unserer [12. Außenpolitischen Jahrestagung](#) in Kooperation mit dem European Council on Foreign Relations. Internationale Gäste wie Daniel S. Hamilton, Direktor des Zentrums für Transatlantische Beziehungen, Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, und Daniel Cohn-Bendit, MdEP, diskutierten die Rezeption von «9/11» in Europa und den USA und zogen politische Schlussfolgerungen. Ein weiteres Thema war «Angst». Sie spielte in der Terrorismusdebatte der vergangenen Dekade eine wesentliche Rolle. Doch wer hat Angst vor wem und aus welchen Gründen? Prominente Gäste wie Patrick Bahners, Feuilletonchef der FAZ, und Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, bilanzierten die gesellschaftlichen Auswirkungen der Instrumentalisierung von Angst und erteilten der mehr oder weniger offen in Erscheinung tretenden Islamophobie in westlichen Gesellschaften eine deutliche Absage.

Im Mittelpunkt der Tagung stand jedoch der Arabische Frühling. Dabei ging es nicht zuletzt um die Frage von Demokratieförderung und Menschenrechten als handlungsleitende Werte der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik. Christoph Heusgen, Leiter der Abteilung Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Bundeskanzleramt, warnte vor Verallgemeinerungen und dem Glauben an außenpolitische Patentrezepte. Er riet stattdessen zu Geduld, Beachtung unterschiedlicher Kulturen und Traditionen sowie einer stärkeren Konditionierung wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, wies vor allem auf die Aushöhlung der Universalität von Menschenrechten durch den «War on Terror» hin. Demokratieförderung dürfe nicht als Deckmantel für extern forcierte und militärisch durchgesetzte Regimewechsel dienen. Die gesellschaftspolitischen Umwälzungen in der arabischen Welt seien als ein «Aufbruch von innen heraus» zu bewerten, dem am allernötigsten die Chance zur Entfaltung zu geben sei.

Der Islam und der Westen

Zehn Jahre nach 9/11 flammt die Debatte über den «Kampf der Kulturen» immer wieder auf. Proteste von Muslimen gegen die Mohammed-Karikaturen in der dänischen Zeitung Jyllands-Posten, die Kampagne gegen Minarette in der Schweiz oder die rassistischen Äußerungen Thilo Sarrazins führen immer wieder zu hitzigen Debatten über Islamophobie auf der einen Seite und die Vereinbarkeit von religiösen Werten und freier Meinungsäußerung auf der anderen. Das Symposium «Cartoons und Minarets» unseres Büros in Beirut in Kooperation mit der American University Beirut im April 2011 widmete sich der westlichen Darstellung des Islam und den öffentlichen Protesten von Muslimen. Journalist/innen, Akademiker/innen und Religionsgelehrte aus der arabischen Welt, aus Europa, Nigeria, Südafrika, Pakistan und den USA diskutierten über Rassismus, Meinungsfreiheit, Kritik und Humor in autoritären und demokratischen Kontexten. Mit dabei war auch Tariq Ramadan, prominenter islamischer Gelehrter an der Oxford Universität und Enkel des Begründers der Muslimbruderschaft Hassan al-Banna.



Genevieve Abdo von der Century Foundation in Washington DC sieht das US-amerikanische Selbstbild einer multikulturellen Gesellschaft seit 9/11 als beschädigt an. Foto: Stephan Röhl



Daniel Cohn-Bendit, MdEP, prangerte die Instrumentalisierung des Afghanistan-Konflikts 2001 an. Foto: Stephan Röhl



Tariq Ramadan war stark gefragt. Über 600 Menschen verfolgten seine Ausführungen über die Rolle des Islam im Arabischen Frühling. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Beirut

Vorstellung der «Israelischen Friedensinitiative» in Berlin

Im Jahr 2003 rief Saudi-Arabien die «Arabische Friedensinitiative» ins Leben, die für eine Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt plädierte und Israel im Zuge eines Friedens die umfassende Anerkennung durch alle arabischen Staaten versprach. Keine israelische Regierung hat je darauf geantwortet. Vielmehr herrscht Stillstand im Verhandlungsprozess von Israelis und Palästinensern. Ein Ende des Konflikts scheint in weiter Ferne. Im Jahr 2011 wurde aus der Mitte der israelischen Gesellschaft die «Israelische Friedensinitiative» (IPI) als verspätete Antwort verfasst. An die hundert prominente israelische Persönlichkeiten, darunter ehemalige Minister, Generäle und Chefs der Geheimdienste, Unternehmer und Unternehmerinnen sowie die Kinder des ermordeten Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, riefen zu einem neuen Anlauf zu Verhandlungen auf. Auf Einladung der Stiftung stellten Avi Primor, Diplomat und Publizist, Tamar Hermann, Direktorin am Israel Democracy Institute, und Koby Huberman, Mitbegründer von Landscapes Ltd., die israelische Friedensinitiative im Juni 2011 in Berlin vor. Stiftungsvorstand Ralf Fücks appellierte an die Bundesregierung, sich aktiver für die Wiederaufnahme von Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen. «Solidarität mit Israel bedeutet nicht Stillschweigen gegenüber der fatalen Politik der Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu», so Fücks. Gleichzeitig forderte er die Bundesregierung auf, sich an internationalen Sicherheitsgarantien für Israel und einen künftigen Palästinenserstaat zu beteiligen.



Die israelische Sperranlage an der Grenze zum Westjordanland wurde international verurteilt. Befürchtet werden die negativen Auswirkungen auf den Friedensprozess. Foto: picture-alliance / dpa

Grundsatzpapier: Internationale Sicherheitsgarantien für eine Zwei-Staaten-Lösung Israel und Palästina
→ www.boell.de

Internationale Sicherheitsgarantien für Israel und Palästina

Die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina scheint immer schwerer zu erreichen. Ein Grund hierfür ist das fehlende Vertrauen, ob sie tatsächlich die Sicherheitslage verbessern und zu einer dauerhaften, friedlichen Koexistenz führen würde.

Sicherheitsgarantien durch die internationale Gemeinschaft, die den Bedürfnissen beider Seiten gerecht werden, wurden immer wieder debattiert, konkrete Vorschläge gab es bislang nicht. Auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung hat eine Arbeitsgruppe aus israelischen und palästinensischen Sicherheitsfachleuten sowie aus Vertreterinnen und Vertretern von EU und NATO nun Vorschläge entwickelt. Ein Grundsatzpapier und eine Übersicht zu 72 Einzelfragen klären Rolle und Mandat einer internationalen Präsenz, der auch Deutschland angehören könnte. Die Handlungsempfehlungen umfassen Vorschläge zur völkerrechtlichen Grundlage einer solchen Mission, zu Truppenstellung und Bezahlung bis hin zu detaillierten Einsatz- und Abstimmungsregeln und wurden in vertraulichen Runden 2011 nur Vertreterinnen und Vertretern der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde präsentiert. Das Jahr 2012 soll nun dafür genutzt werden, die Ergebnisse des Projekts «Internationale Sicherheitsgarantien» politischen Entscheidungsträgern in Berlin, Brüssel, New York und Washington nahezubringen. Dies könnte ein kleiner Beitrag der Stiftung sein, um Lösungswege aus den politischen Dilemmata zwischen Israel und Palästina zu skizzieren, die bei entsprechendem politischem Willen auch praktikabel sind.

Israel und der Wandel in der arabischen Welt

Der Wandel in der arabischen Welt stellt auch die Nachbarstaaten und die internationale Gemeinschaft vor neue Herausforderungen. Auch wenn die Israelis ihren arabischen Nachbarn mehr Freiheit und Demokratie wünschen, wird die Möglichkeit, dass dort islamistische Parteien an die Macht kommen und alte Sicherheitskonzepte nicht mehr tragen, vorwiegend als Bedrohung wahrgenommen. Auch für die israelisch-pa-



Dr. Ahmed Badawi, Nahost-Experte beim Zentrum Moderner Orient in Berlin, forderte vom Westen eine kritische Selbstreflexion im israelisch-arabischen Konflikt. Foto: Bernd Asbach

lästinensischen Verhandlungen und eine Zwei-Staaten-Lösung bergen die neuen regionalen Machtverhältnisse sowohl Potenziale als auch Hürden. Mit der Tagung «Wandel in der arabischen Welt und der Stillstand im Israel-Palästina-Konflikt» im Oktober 2011 in Kooperation mit dem deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAk) hatten wir ein Thema angesprochen, das überaus großes Interesse und eine lebhaftige Beteiligung hervorrief. Ein Streitgespräch zwischen dem palästinensischen Botschafter Saleh Abdel Shafi und der israelischen Wissenschaftlerin Emily Landau von Arms Control & Regional Security, INSS, über die Möglichkeiten und Herausforderungen für erneute Verhandlungen im Israel-Palästina-Konflikt machte deutlich, wie tief das Misstrauen ist und wie sehr die gegenseitigen Erwartungen auseinanderklaffen.

Frieden und Sicherheit in Pakistan

Pakistan gilt mehr denn je als «gefährlichstes Land der Welt», nicht zuletzt wegen seiner Nachbarschaft zu Afghanistan und der problematischen Rolle, die Islamabad dort spielt. Im Dezember 2011 diskutierten internationale Fachleute, Politikerinnen und Politiker und Aktivisten auf einer Konferenz in Islamabad in Kooperation mit dem Center for Research and Security Studies (CRSS) die hochkomplexe Gemengelage aus Feindschaft, Krieg, Terrorismus, Regierungsversagen und internationaler Intervention. Unter anderem kritisierte die Feministin Afiza Sheherbano Zia aus Karachi den «Jihad-Diskurs» und Prof. Pervez Hoodbhoy machte sich mit seinem leidenschaftlichen Plädoyer gegen das atomare Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan nicht nur Freunde, schließlich gehört die Atombombe in Pakistan zur Staatsräson. Mit dem Atomphysiker werden wir 2012 ein Buch herausgeben, in dem sich indische und pakistanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisch mit der Atompolitik ihrer jeweiligen Regierungen auseinandersetzen. Die Konferenz schloss mit der Verabschiedung einer Resolution, deren Maßnahmenkatalog einen Beitrag zur Lösung der multidimensionalen Krise in Pakistan leisten soll.

Friedens- und Sicherheitspolitik unter Genderperspektive

Bewaffnete Konflikte gehen einher mit einer zunehmend militarisierten und brutalisierten Gesellschaft; sexualisierte Gewaltverbrechen sind an der Tagesordnung. Dies wirkt auch in Nachkriegsgesellschaften fort. Ein Grund für die relativ geringe Nachhaltigkeit von Friedensabkommen ist die Genderblindheit der staatlichen Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Gunda-Werner-Institut der Stiftung sensibilisiert bereits seit 2001 für dieses Thema und versucht, politische Veränderungen auf den Weg zu bringen. Im Mai 2011 stellten wir in einem Fachgespräch anhand von unterschiedlichen Projekten wirkungsvolle Ansätze vor, um militarisierten und hegemonialen Männlichkeitskonstruktionen und den daraus resultierenden (sexuellen) Gewaltverbrechen gerade in (Post-)Konfliktländern entgegenzuwirken. Geeignete Strategien zur Aufarbeitung sexueller Gewalterfahrungen und Versöhnung standen im Fokus eines weiteren Fachgesprächs im November. Hier wurden vor allem die Truth and Reconciliation Commission (TRC) in Südafrika und die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag (IStGH) als Beispiele herangezogen. Es zeigte sich, dass diese Instrumente Ansätze für Rechtsreformen, institutionelle Veränderungen und Aussöhnungsprozesse bieten können, aber keine Garantie für die Reduzierung häuslicher und sexueller Gewalt und die Stärkung von Frauenrechten darstellen. Dafür müssen umfassende politische und gesellschaftliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden, die auch abhängig sind vom politischen Willen der Verantwortlichen auf nationaler und internationaler Ebene.



Nounou Boto Meeti vom International Action Network on Small Arms im Fachgespräch zu Militarisierter Männlichkeit Foto: Stephan Röhl



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Geschlechterpolitik macht einen Unterschied

Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Sexualität sind weltweit noch immer an der Tagesordnung: Frauen werden in konventionelle Rollen gedrängt und aus der «großen Politik» ausgeschlossen, Homosexuelle und Transgender haben öffentliche Demütigungen oder gar körperliche Gewalt zu fürchten. Dabei ist die Gleichberechtigung aller Menschen unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Ein besonderes Anliegen ist uns daher die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Frauen und die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LBGTI). In vielen Regionen der Welt arbeiten wir mit mutigen Partnerinnen und Partnern zum Schutz sexueller Minderheiten zusammen. Wir wollen Geschlechterthemen politisieren, Kräfte bündeln, vorhandene Netzwerke ausbauen und neue erschließen. Dafür haben wir entsprechende Programme in vielen Teilen der Welt aufgelegt.

Pakistan: Frauen, Religion und Politik

100 Jahre Internationaler Frauentag – für unser Büro in Pakistan ein willkommener Anlass, eine eher akademische Konferenz in Lahore in ein kleines Fest zu verwandeln. Es war der Abschluss eines Forschungsprojekts, das wir gemeinsam mit dem United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) durchgeführt hatten. Internationale Wissenschaftlerinnen hatten über mehrere Jahre die Auswirkungen der Verflechtung von Religion und Politik auf die Geschlechtergerechtigkeit untersucht. Auf der Konferenz fand neben den Fachvorträgen zum UNRISD-Projekt auch die Studie von Ayesha Siddiqi zum Thema «Radikalisierung an pakistanischen Eliteuniversitäten» viel Beachtung. Die Konferenz war ein Gemeinschaftsprojekt mit unserer ältesten Partnerin in der Region, der Frauenorganisation Shirkat Gah. Sie bildete den Abschluss einer Reihe von Veranstaltungen über Frauen, Religion und Politik – ein Thema mit dem sich unser Büro in Lahore bereits seit Langem beschäftigt und damit zu einem Trendsetter in Pakistan geworden ist.



Roshan Dhunjibhoy, ehemalige Büroleiterin der Stiftung in Lahore (gest. April 2011) auf der Konferenz «Women, Religion and Politics» im März in Lahore Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Aktivitäten rund um LGBTI

Beispiel Türkei

Das «Schwarz-Pinke-Dreieck» in Izmir organisiert jedes Jahr eine Aktionswoche gegen sogenannte Hassmorde. Sie findet um den Todestag von Baki Koşar herum statt, einem im Jahr 2006 wegen seiner Homosexualität ermordeten Journalisten. Wir unterstützen die Aktionswoche, mit der es 2011 gelungen ist, viel mediale Aufmerksamkeit für die Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI zu erreichen.

Ein ehrgeiziges Ziel verfolgt auch unsere Partnerorganisation KAOS GL: Sie plant ein regionales LGBTI-Netzwerk, das sich vom Balkan über den Kaukasus bis in den Nahen und Mittleren Osten erstrecken soll. Auf einer ersten Konferenz im Mai 2011 in Ankara kamen Vertreterinnen und Vertreter von LGBTI-Organisationen aus Ägypten, Israel, Libanon, Palästina, Tunesien, Mazedonien, Griechenland, Kroatien, Serbien, Bosnien, Georgien, Armenien, Berg Karabach und aus allen Landesteilen der Türkei zusammen. Weitere Netzwerktreffen werden folgen.

Beispiel Arabischer Raum

Im arabischen Raum gibt es zwar vermehrt Initiativen zu den Rechten von LGBTI, es fehlt jedoch an Koordination und Kommunikation zwischen den einzelnen Aktivisten und Organisationen. Die Bemühungen laufen daher oft ins Leere oder verhalten ohne große Wirkung. Unser Büro in Beirut unterstützt die Arab Foundation for Freedoms and Equality (AFE) beim Aufbau einer Online-Plattform zu LGBTI und Sexualität. Vor allem arabischsprachige regionale Forschungen und Informationen sollen dort abgerufen werden können.

Beispiel Israel

Unser Büro in Israel hat im Sommer 2011 einen Jugendaustausch des LGBTI-Zentrums «Jerusalem Open House» und des Jugendnetzwerks Lambda in Berlin finanziert. Junge israelische und deutsche Lesben und Schwule setzten sich mit der Geschichte des Holocaust auseinander und diskutierten über den heutigen Antisemitismus, über Fremdenfeindlichkeit und Homophobie. Dabei ging es auch um soziales Engagement in Israel und Deutschland, beides Länder mit komplexer Geschichte und zunehmend engeren Beziehungen, vor allem in den LGBTI-Communities. Darüber hinaus ist unser Büro in Israel regelmäßiger Treffpunkt für eine neue Koalition israelischer LGBTI-Organisationen, die ihre Zusammenarbeit stärken wollen.

Mehr über das UNRISD-Projekt
→ www.unrisd.org



Die homosexuellen Jugendlichen aus Israel und Deutschland besuchten gemeinsam die Ausstellung «Topografie des Terrors» in Berlin.

Foto: Jerusalem Open House



Foto: Lenka Klodová

Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitik und feministische Analysen und Strategien haben bei uns einen festen Platz. Geschlechterdemokratie ist ein zentraler Bestandteil unseres Leitbildes. Es wird konsequent in der politischen Bildungsarbeit, in der Organisation und bei der Studienförderung umgesetzt. Unser Gunda-Werner-Institut (GWI) ist dabei ein ganz besonderer Ort: Es bündelt die geschlechterpolitischen Themen und fördert die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie. Es sensibilisiert für die Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Das Gunda-Werner-Institut denkt über neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermittelt entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.

Denkanstöße für Politik... und Sport!

Mit feministischen Einwüfen und geschlechterpolitischen Pässen begleitete das Gunda-Werner-Institut die Frauenfußball-WM. Herzstück der Kampagne GENDER KICKS 2011 war die Reihe «Gegnerinnen-Aufklärung». In Kooperation mit unseren Landesstiftungen, der DFB-Kulturstiftung und weiteren Partnerinnen und Partnern boten wir in den WM-Stätten von Berlin bis Augsburg zahlreiche Debatten rund um Frauenfußball. Gibt Fußball den Kick für mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung? – das war eine der zentralen Fragen. Den internationalen Gästen aus Brasilien, Nigeria und Mexiko eröffnete die Tour neue Netzwerke und Kontakte. So wird z.B. die Sozialarbeiterin Diane Sousa aus Brasilien nun in ein Programm des UN-Sonderberaters für Sport Willi Lemke aufgenommen und hat die Möglichkeit, für ihr Straßenfußballprojekt mehr öffentliche Unterstützung zu bekommen.

Der Green Ladies Lunch – fast schon ein Klassiker

In seinem bereits 12. Jahr ist der Green Ladies Lunch ein beliebter Treffpunkt und politischer Ratschlag für grüne Politikerinnen und andere engagierte Frauen geworden. Dreimal im Jahr werden aktuelle politische Themen diskutiert – mit feministisch zugespitzter Perspektive. Im März 2011 ging es um die Frauenquote: Was bringt die Quote? Kann sie Garant feministischen Wandels sein? Trotz unterschiedlicher Positionierungen waren sich alle Referentinnen einig: Quoten sind ein unerläßliches Instrument zur formalen Gleichstellung, aber für qualitative, strukturelle Veränderungen im feministischen Sinne sind sie längst nicht ausreichend. Vor allem feministisches Engagement, Kreativität und die Suche nach (neuen) Bündnispartner/innen stehen auf der Tagesordnung.

Der Green Ladies Lunch im Juli diskutierte feministische Perspektiven im Fußball und im Oktober ging es anlässlich einer aktuellen Studie um die Fremd- und Selbstbilder von Migrantinnen in den Medien.

Forum Männer

Auch die Kooperation mit dem «Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse» bietet einen Denkraum für Geschlechterdebatten. Bei der Tagung «Männerleiber – Körperlichkeit zwischen Sein und Tun» im November 2011 stand die Konstruktion des männlichen Körpers im Fokus. Prof. Dr. Anke Abraham aus Marburg hielt es keineswegs für eine «Spielwiesen-Veranstaltung», wenn Männer über sich, ihr Mannsein und ihren Körperumgang nachdenken. Sie sah darin im Gegenteil ein wichtiges politisches Zeichen.

100 Jahre Internationaler Frauentag: Who Cares?

Zum 100. Internationalen Frauentag stellte das Gunda-Werner-Institut bezahlte und unbezahlte Haus- und Pflegearbeit zur Debatte. «Lohn für Hausarbeit» – diese feministische Forderung war gestern. Heute übernehmen in reichen Ländern migrantische Haus- und Pflegerinnen die Arbeit, meist ohne Vertrag und Aufenthaltsrecht. Was sind angesichts dieser globalisierten Care Ökonomie die politischen Forderungen? Die Reihe «Beyond Re/Production: Care Work», eine Kooperation mit dem Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, beleuchtete Zusammenhänge von Gender und Arbeitsverhältnissen und machte deutlich: Es ist Zeit für eine Care Revolution. Die Debatte begleitete die Berliner Ausstellung «Beyond Re/Production: Mothering», die vom 25. Februar bis 24. April im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien gezeigt wurde. Es sind nicht zuletzt kulturelle Bilder von Mütterlichkeit, die in der gesellschaftlichen Verteilung und Bewertung von Care Work zum Ausdruck kommen.

«Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer» heißt die filmische Nachbetrachtung zur WM: der Trailer ist auf der GWI-Website zu finden, der Film kann bestellt werden.

→ www.gwi-boell.de



In einer meditativen «Körperreise» sollten sich die Teilnehmer ihres eigenen Körpers bewusst werden.

Foto: Stephan Röhl

Mehr zum Thema Care Ökonomie findet sich im gleichnamigen Online-Dossier

→ www.gwi-boell.de



Foto: Waltraud Grubitzsch, dpa/Isn

Für mehr Chancengleichheit in Bildung und Teilhabe

Eine faire, aufstiegsoffene Gesellschaft ist ein Gebot der Gerechtigkeit, aber auch eines der wirtschaftlichen Vernunft. Das Versprechen des sozialen Aufstiegs durch eigene Anstrengungen fördert die Innovationskraft und Dynamik einer Gesellschaft – aber nur, wenn ethnische, räumliche oder soziale Hindernisse abgebaut werden. Hier hat Deutschland noch viel Nachholbedarf. Die Chancen liegen in einem verbesserten Zugang zu Bildung und Kommunikation, in der Stärkung von Eigeninitiative und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation sowie in der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Obwohl Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist ein Migrationshintergrund in Schule und Beruf noch immer von Nachteil. Wir engagieren uns für eine Politik, die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe und soziale Aufstiegschancen ermöglicht und die zugleich den gewandelten Anforderungen an Bildung und Wissenschaft Rechnung trägt.

Migration – Integration – Soziale Mobilität

Wer macht die beste Integrationspolitik in Europa und Nordamerika? Eine Antwort darauf gibt der Index für Integration und Migration (Migrant Integration Policy Index, kurz MIPEX). Anhand von 200 Indikatoren analysiert, vergleicht und bewertet er die Chancen auf Integration und Partizipation für Migrantinnen und Migranten in 31 Ländern Europas und Nordamerikas. In Deutschland wurde die neue Ausgabe des MIPEX III am 17. und 18. März 2011 auf unserer Konferenz «Migration – Integration – Soziale Mobilität» in Kooperation mit dem British Council und der Migration Policy Group vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz gewisser Verbesserungen nach wie vor viele Hürden für die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten bestehen. «Noch immer sind Migranten auf dem Arbeitsmarkt die letzten, die reinkommen und die ersten, die rausfliegen», bestätigte auch der niederländische Migrationsforscher Hans Entzinger. Eine «gläsernen Decke» lasse hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten selbst bei vergleichbarer Ausbildung nicht aufsteigen, was zwangsläufig zu Enttäuschungen führe, denn die geografische Mobilität der Migranten sei mit einem großen Wunsch nach sozialem Aufstieg verbunden. Die Migrationsexpertin Naika Foroutan, von der Berliner Humboldt-Universität bezweifelte, dass es in der Migrationspolitik Verbesserungen gebe. «Ich habe nicht das Gefühl, dass es Fortschritte gibt. Die letzten zehn Jahre sind meiner Meinung nach von einem Abgrenzungsdiskurs der Politik geprägt.» Aufgrund der zuvor angesprochenen Komplexität des Begriffs Integration, schlug Foroutan vor, Partizipation als neuen Leitbegriff zu benutzen. Die Zugewanderten selbst würden auf den Begriff Integration oft mit Abwehr reagieren, denn er impliziere, dass jemand außerhalb stehe und erst nach innen geholt werden müsse. Dagegen ermögliche der Begriff Partizipation, sich zwischen verschiedenen Kulturen zu bewegen, was der Lebensrealität von Zuwanderern entspreche.

Migrantinnen und Migranten in der Kommunalpolitik

Deutschland ist ein Entwicklungsland, wenn es um die Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in der kommunalen Demokratie geht. Sie stellen nur knapp vier Prozent der Ratsmitglieder in den deutschen Großstädten. Dabei hat bereits rund ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Von gelungener Integration kann aber erst die Rede sein, wenn Migrantinnen und Migranten auch ganz selbstverständlich in den Parlamenten vertreten sind. Das ist ein zentrales Ergebnis der Studie «Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten», die wir in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften und mit Unterstützung der Stiftung Mercator durchgeführt haben. Erstmals wurde dabei die Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund in den Räten aller deutschen Städte über 100.000 Einwohner systematisch untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass unsere Stadtparlamente noch weit davon entfernt sind, die kulturelle und ethnische Vielfalt in unserem Land widerzuspiegeln. Hier besteht dringender Nachholbedarf. Dass es bei der politischen Partizipation darüber hinaus um individuelle Teilhabechancen geht, zeigte unsere Konferenz «Mittendrin oder nur irgendwie dabei?» am 29. Juni 2011, auf der Schlussfolgerungen aus der Studie mit zahlreichen Fachleuten aus dem In- und Ausland debattiert wurden. Der Grad an erreichter Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Integration wird sich in Zukunft auch daran messen lassen müssen, inwieweit Einwanderinnen und Einwanderer und ihre Kinder an politischen Entscheidungen teilhaben können und ob sie die gleichen Chancen haben, politische Ämter zu erlangen.



Eine konferenzbegleitende Ausstellung machte das Thema «Migrationspolitik» anschaulicher. Foto: Stephan Röhl

Auf der Website «Migration – Integration – Diversity» veröffentlichen wir aktuelle Beiträge zur Migrations- und Integrationspolitik und liefern zahlreiche Hintergrunddossiers.
→ www.migration-boell.de



Vielfalt sucht Rat: Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2011, 80 Seiten

Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland



Altın Aktürk, Zeitzeugin der 1. Gastarbeitergeneration Foto: Stephan Röhl



Cem Özdemir stellte sich den Teilnehmenden als «Kind des Anwerbeabkommens» vor. Foto: Stephan Röhl

50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei ist die Bundesrepublik in der Realität eines Einwanderungslandes angekommen. Menschen türkischer Herkunft sind heute fester Bestandteil der Gesellschaft. Sie haben das Alltagsleben in vielen Bereichen verändert und spielen eine wachsende Rolle im öffentlichen Leben. Mit der Tagung «Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland» am 27. Oktober 2011 widmeten wir uns anlässlich des 50. Jahrestages des Anwerbeabkommens der Geschichte türkischer Einwanderung. «Unter dem Strich eine Erfolgsgeschichte», resümierte Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung. Viele hätten die Chancen beim Schopfe gepackt, etliche es gar zu Prominenz und Reichtum gebracht. Stellvertretend könnten Mesut Özil, Vural Öger, Feridun Zaimoglu, Shermin Langhoff und Fatih Akin genannt werden. Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen, gilt als ein prominentes Beispiel für die Politikkarriere eines Gastarbeiterkindes. Seine Eltern, beides Gastarbeiter aus der Türkei, seien sich im Schwarzwald begegnet, wo er geboren wurde und aufwuchs.

Für die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten blieb der Traum vom sozialen Aufstieg allerdings unerfüllt. «Ich bin jetzt 50 Jahre hier und werde immer türkischer», sagte die Filmemacherin und Schauspielerin Sema Poyraz. Sie kämpfe mehr denn je gegen Klischees und gegen Fernsehredaktionen, die sie nur in Rollen als kopftuchtragende Mutter oder Großmutter besetzten, nie als Ärztin, Lehrerin oder Richterin.

Die deutsch-türkische Arbeitsmigration wurde auch zum Gegenstand des Filmschaffens beider Länder. Die Geschichten blieben zunächst meist in Klischees verhaftet. Erst Anfang der 90er Jahre begannen sich mit jungen deutsch-türkischen Filmemachern andere Perspektiven durchzusetzen. In unserer von Amin Farzanefer kuratierten Filmreihe «Blicke zurück und nach vorn» präsentierten wir verschiedene (filmische) Positionen: typische, unerwartete, überkommene, gegensätzliche Positionen, die im Laufe der 50-jährigen Einwanderungsgeschichte die Gesellschaft und ihre Filmkunst verändert haben.

Was ist los mit der Mittelschicht? Zur Krise eines Sehnsuchtsorts

Deutschlands Sozialstruktur ähnelt einer Zwiebel, wenige Reiche oben, wenige Arme unten. In der Mitte ein ausladender Bauch: die Mittelschicht. Die Diagnose des Soziologen Helmut Schelsky aus den 50er Jahren, Deutschland sei eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft, prägte lange Jahre die Debatte. Heute hingegen herrscht viel Unsicherheit, wenn es um die Mitte der Gesellschaft geht. Worüber man spricht, wenn man Mittelschicht sagt, ist nicht mehr eindeutig. Wie real sind die Befürchtungen vor dem sozialen Abrutschen? Was passiert, wenn die gesellschaftliche Mitte als Aufstiegsziel unattraktiv wird? Diesen Fragen widmete sich eine Diskussion im Februar 2011 aus unserer Reihe «Was ist der deutsche Traum?». Die Mittelschicht sei ein «Wimmelbild», in dem sich, wie der Journalist Jürgen Kaube es ausdrückte, Profi-Eishockeyspieler und Verfassungsrichter tummelten. Der Kasseler Soziologe Berthold Vogel schlug deshalb vor, zwischen Mitte und Schicht zu unterscheiden. Die gesellschaftliche Mitte sei dabei weit mehr als eine Gruppe von Bezieherinnen und Beziehern ähnlicher Einkommen. Sie müsse vor allem als soziale Ordnungsvorstellung, als Verkörperung bestimmter Wertvorstellungen verstanden werden. Es könne auch keine Rede davon sein, dass die Mittelschicht verschwinde. Es seien aber feine Risse im Wohlstandsgefüge zu beobachten. Es gehe um subtile Statusbedrohungen, um Sorgen über die Zukunft der Familie, um neue Belastungen für die Bildung der Kinder und Gesundheitsaufwendungen, die den eigenen Spielraum einengen.

“ Es ist eine irreführende Vorstellung, dass ein hohes Maß sozialer Absicherung per se die ökonomische Dynamik bremst. Wer darauf vertrauen kann, dass er nicht ins Bodenlose fällt, wird in der Regel risikobereiter sein als jemand, dessen Wohl daran hängt, an seinem Job festzuhalten. ”

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Gesellschaftliche Dynamik und sozialer Ausgleich

Noch immer hat der «American Dream», der soziale Aufstieg durch eigene Leistung, weitreichende Strahlkraft. Doch in Deutschland dreht sich die Debatte oft mehr um die Absicherung vor dem Abstieg als um die Chancen für sozialen Aufstieg. Dabei können beide Aspekte ein komplementäres Verhältnis bilden. In unserem Fachgespräch am 6. September 2011 in bewährter Zusammenarbeit mit der Vodafone Stiftung Deutschland diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Strategien für eine Politik der sozialen Durchlässigkeit. Dabei wurde insbesondere die Bedeutung der Rahmenbedingungen betont, die faire Aufstiegschancen überhaupt erst ermöglichen: die Stärkung öffentlicher Güter, Kinderbetreuung, gute Bildungseinrichtungen, ein inklusiver Arbeitsmarkt und ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem – und insgesamt sozialpolitische Instrumente, die sich den individuellen Lebenslagen der Menschen anpassen.

Schule in der Stadt der Zukunft

Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Ein Großteil der Energie und der Rohstoffe werden dort verbraucht, viel CO₂-Emissionen dabei produziert. In Städten verdichten sich ökologische und soziale Probleme. Gleichzeitig waren sie immer Laboratorien sozialer Innovation. Deshalb hat die UN-Dekade «Bildung für nachhaltige Entwicklung» 2011 die Stadt zu ihrem Jahresthema ernannt. Es geht dabei um die ökologische und gesellschaftliche Transformation der urbanen Räume, um zukunftsfähige Technologien und um nachhaltige urbane Lebensstile. Dies sind wichtige Themen auch für die Schule. Sie müssen es sein, denn die heutigen Schülerinnen und Schüler werden diejenigen sein, die diesen Wandel mitgestalten müssen. Unsere Tagung «Schule in der Stadt der Zukunft» am 20. Juni 2011 in Zusammenarbeit u. a. mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Deutschen Kinderhilfswerk richtete sich in erster Linie an (angehende) Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen, an Erzieherinnen und Erzieher, aber auch an Eltern, Schülerinnen und Schüler. Vorträge, Workshops und Diskussionen gaben praktische Anregungen, wie die Schulumgebung, der Kiez und die Stadt als neuer Lernraum für einen handlungsorientierten Unterricht genutzt werden können.

Schule mit Migrationshintergrund

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gelten als die Problemkinder im deutschen Schulsystem. Schulen mit hohem Ausländeranteil sind zum Synonym für niedrige Lernstandards und ein hohes Gewaltpotenzial geworden. Tatsächlich sind die Schulabschlüsse der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich niedrig; in Haupt- und Sonderschulen sind sie häufiger vertreten. Allerdings ist das vor allem in Deutschland so. Dabei könnte es ganz anders sein, andere Länder machen es vor. Denn eine Schule, die für die Kinder von Einwanderern gut ist, ist für alle Kinder gut. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft.

Der von Ursula Naumann und Jens Schneider im Auftrag der Stiftung herausgegebene Sammelband «Schule mit Migrationshintergrund» führt neue wissenschaftliche Erkenntnisse mit guten Beispielen aus der schulischen Praxis in Europa und Nordamerika zusammen. Die Beiträge beschäftigen sich vor allem mit den Themen Sprache, interkulturelle Schule, Diskriminierung, Mentoring und Elternbeteiligung. So wird dieses Buch zum Ratgeber für alle, die sich mit der Zukunft der Schule in Deutschland beschäftigen.



Schule mit Migrationshintergrund
Hrsg. von Ursula Naumann und Jens Schneider im Waxmann-Verlag
Münster 2011, 308 Seiten, 24,90 Euro

Das Online-Dossier «Schule mit Migrationshintergrund» stellt Konzepte und erfolgreiche Projekte vor
→ www.migration.boell.de



Foto: Stephan Röhl

Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium bieten wir individuelle Beratung, Qualifizierung und Vernetzungsmöglichkeiten an.

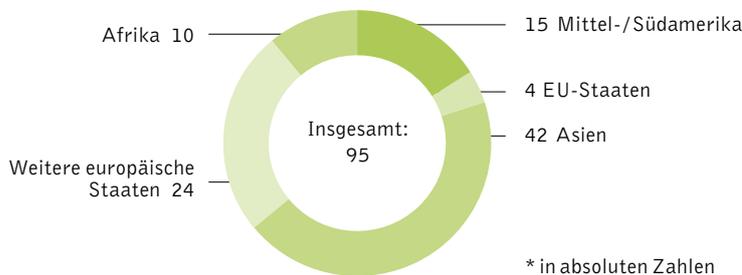
Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken, ihre Potenziale zu erkennen und zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im jeweiligen biographischen Kontext individuell bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und für Politik interessieren.

Wer wird gefördert?

Aus rund 1.800 Bewerberinnen und Bewerbern im Jahr 2011 wählte das Studienwerk 207 Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem dreistufigen Verfahren aus. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 825 Studierende und 180 Promovierende in unserer Förderung, davon wurden 909 Stipendiatinnen und Stipendiaten über das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie 95 über das Auswärtige Amt und eine Stipendiatin über die Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung finanziert. Gefördert wurden 58 Prozent weibliche und 42 Prozent männliche Studierende und Promovierende; 30 Prozent der Geförderten haben einen Migrationshintergrund, davon kommen 49 Prozent aus der ersten Generation von Einwanderern (First Generation). Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1½ und 3 Jahren. Ziel ist es, alle Stipendiaten und Stipendiatinnen bis zum Abschluss ihres Studiums oder ihrer Promotion zu fördern.

Herkunft der ausländischen Stipendiatinnen und Stipendiaten*:



Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Das Studienwerk der Stiftung bietet seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen der ideellen Förderung persönliche Beratung zur Studienplanung und zur gegenseitigen Vernetzung an. Seminare, Workshops, eine Sommerakademie, zahlreiche Trainings, Studienreisen und Diskussionsforen unterstützen sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Qualifizierung. Mit dem ideellen Begleitprogramm wollen wir zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das gesellschaftspolitische Engagement unserer Stipendiaten und Stipendiatinnen befördern.

Schwerpunkte aus dem Jahr 2011

364 Stipendiatinnen und Stipendiaten nahmen an 38 mehrtägigen Veranstaltungen teil, die in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin oder ihren 16 Landesstiftungen bundesweit im Rahmen des «Gutscheinprogramms» angeboten werden. Die Themenpalette reichte von »Afghanistan heute?» über «Perspektiven für eine nachhaltige Tierhaltung und einen zukunftsfähigen Fleischkonsum» bis hin zum «Green New Deal». Ein einführendes Seminar zum Thema «Menschenrechte» fragte nach dem Stellenwert universeller Menschenrechte und nach der wachsenden Bedeutung von Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Zahlreiche Workshops setzten sich den Erwerb bzw. Ausbau von Schlüsselkompetenzen zum Ziel: «Mediation und konstruktive Konfliktlösung», «Die Debatte – ein Schleifstein der gedanklichen Schärfe» oder «Den Schreibprozess kreativ und effizient gestalten». Aber auch berufsorientierende Trainings wie «Zukunftcoaching: Lustvoll leben und arbeiten – ohne Burnout» oder «Einstieg in die NPO-Arbeitswelt» gehörten in das Begleitprogramm. Stipendiatinnen und Stipendiaten hatten zudem die Möglichkeit, mit dem «Human Centered Design» eine Methode kennenzulernen, die ei-



Dr. Gisela Holfter lehrt seit 1996 deutschsprachige Literatur an der University of Limerick, wo sie auch das Zentrum für deutsch-irische Studien mitbegründete. Sie forscht u.a. zu Heinrich Bölls Auseinandersetzung mit seiner zweiten Heimat Irland. Zuletzt veröffentlichte sie dazu im November 2011 das Buch «Heinrich Böll and Ireland». Wir haben ihr Promotionsvorhaben «Erlebnis Irland: Deutsche Reiseberichte über Irland im zwanzigsten Jahrhundert» von 1993 bis 1995 gefördert. Heute ist sie Auswahlkommissionsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung. [Foto: Gisela Holfter](#)



Dr. Jan Minx leitet als Umweltökonom die Geschäftsstelle der Arbeitsgruppe 3 des Weltklimarats am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Zuvor war er Projektleiter am Stockholm Environment Institute (SEI) und an der Technischen Universität Berlin. Wir haben Jan Minx, der in Köln und York (UK) studiert bzw. promoviert hat, von 2001 bis 2002 mit einem Studienstipendium gefördert. Heute unterstützt er uns als Vertrauensdozent und ist außerdem Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. [Foto: Jan Minx](#)



Prof. Dr. Omar Kamil ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Von 1999 bis 2003 war er Promotionsstipendiat der Stiftung und promovierte im Jahr 2003 in Leipzig zum Thema «Arabische Juden in Israel». Seine Habilitation «Der Holocaust im arabischen Gedächtnis» wurde am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig angenommen. Neben Gastdozenturen in Haifa, Jerusalem und Kairo hat Omar Kamil derzeit den Ben Gurion Lehrstuhl für Israel- und Nahoststudien der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg inne. Die Stiftung unterstützt er als Vertrauensdozent und Auswahlkommissionsmitglied. Foto: Omar Kamil

nen systematischen Problemlösungsprozess in Gang setzt, der sich auf unterschiedliche Lebensbereiche anwenden lässt. Ziel des Seminars war es, Probleme aus Sicht der Betroffenen zu verstehen, um innovative, nutzerorientierte Lösungen zu entwickeln und nachhaltig zu implementieren. Bei den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen 2011, einer Kooperation der Stiftung mit dem Seminar für Ländliche Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin, konnten sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten in Moderationstraining und Veranstaltungskonzeption weiterbilden und damit auf eine gemeinsame Veranstaltung vorbereiten, die sich um nicht-wachstumsbasierte Entwicklungskonzepte, um Visionen ländlicher Entwicklung im Spannungsfeld globaler Herausforderungen und um den Stellenwert und die Wirkung ziviler Konfliktbearbeitung drehte.

Einen kleinen Schwerpunkt im Begleitprogramm 2011 bildeten kreative und künstlerische Veranstaltungsformate, in denen Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst als Veranstalter eine tragende Rolle spielten. Dazu gehörten etwa ein «Singworkshop», angeleitet durch eine Promotionsstipendiatin, in dem sich die Teilnehmenden ein kleines Konzertprogramm mit europäischen Liedern erarbeiteten. Zudem fand im März 2011 in Kooperation mit der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (dffbb) das erste Filmfestival des Studienwerks statt. Gezeigt wurden Dokumentar- und Spielfilme, Künstlervideos, Performances und Kunstaktionen von Studierenden und Ehemaligen, die unter den Teilnehmenden lebhaft Diskussionen hervorriefen. Das Festival, kuratiert von zwei Regiestudenten und einer Alumna der Stiftung, fand eine sehr gute Resonanz, vor allem unter den künstlerisch engagierten Stipendiatinnen und Stipendiaten aus unterschiedlichen Kunstfachrichtungen.

Stipendienvergabe nach Fachgebieten:



Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses

Gemeinsam mit vier Medienpartnern und mit freundlicher Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung förderten wir 25 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten mit Migrationshintergrund mit einem Studienstipendium. Zum Qualifizierungsprogramm gehörten Veranstaltungen zum Erwerb von journalistischem Handwerkszeug (Reportage, politisches Interview) oder zu Fragen journalistischer Ethik. Höhepunkt war eine Studienreise nach Belgrad und Sarajevo; die Teilnehmenden veröffentlichten ihre Reisereportagen auf der Homepage der Stiftung. Inzwischen sind zwei der Ehemaligen festangestellte Redakteure bei Tageszeitungen sowie sechs Alumni Volontäre in verschiedenen Medienanstalten.

Einmal im Jahr lädt das Studienwerk seine Alumni nach Berlin ein und verabschiedet dabei auch die aus der Förderung ausscheidenden Stipendiatinnen und Stipendiaten. Beim 9. Alumni-Salon 2011 diskutierten rund 90 Ehemalige über den Zusammenhang von Artenschutz, Klimawandel und Fragen von globaler Ernährungssicherheit und Gerechtigkeit.

Promotionsförderung

Im Zentrum des jährlich stattfindenden Promovierendenforums stehen der interdisziplinäre Austausch, die Diskussion über die gesellschaftspolitische Bedeutung eigener wissenschaftlicher Fragestellungen sowie unterschiedliche Darstellungs- und Vermittlungsformen wissenschaftlicher Arbeit. Das Promovierendenforum 2011, an dem 52 Promovierende teilnahmen, stand unter dem übergreifenden Thema «Wissenschaft & Demokratie». Was bedeutet es, Wissenschaft «demokratischer» zu gestalten? Welche anderen gesellschaftlichen Perspektiven sollten in die Produktion, die Kommunikation und die Bewertung wissenschaftlichen Wissens einbezogen werden? Ein anderes Seminar zum Thema «Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik in der Ressortforschung. Die Arbeit des UBA aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive» beschäftigte sich mit dem Thema der «Ressortforschung» am Beispiel des Umweltbundesamtes (UBA), der zentralen Behörde und wichtigsten Beratungseinrichtung der Bundesregierung in umweltbezogenen Fragen.

Unser Projekt «Chancengerechtigkeit»

Bildungshintergrund und Migrationsgeschichte der Eltern sind immer noch bestimmende Einflussfaktoren für die Bildungslaufbahn ihrer Kinder. Dabei erfahren Hochschulzugangsberechtigte und Studierende aus einem nicht-akademischen Elternhaus die Selektion des deutschen Bildungssystems vor allem an den Übergängen zur weiterführenden Schule, zum Studium und zur Promotion. Im Fall von Abiturienten und Studierenden mit einer Migrationsgeschichte sind diese Hürden vor allem für die First Generation besonders groß. Unser Projekt «Chancengerechtigkeit» – finanziert über das Bundesministerium für Bildung und Forschung – will Zugangsbarrieren bei der Studienaufnahme, Schwierigkeiten während des Studienverlaufs und Barrieren vor dem Studienabschluss entgegenwirken und davon betroffenen Zielgruppen ein Studienfinanzierungs- und Förderangebot machen. Das Projekt Chancengerechtigkeit setzt auf eine enge Kooperation mit Hochschulen, um dort die Sichtbarkeit der Begabtenförderung zu erhöhen und um Studierende dafür zu interessieren.

Unsere besonderen Zielgruppen auf einen Blick:

- Studierende aus der First Generation
- Studierende mit Migrationsgeschichte
- Studierende aus Fachhochschulen
- Studierende aus den MINT-Fächern (v.a. mit Schwerpunkt Umwelt, Ökologie, Klima, Ressourcenverbrauch)

Aktuelle Promotionskollegs und Themenschwerpunkte in der Promotionsförderung:

- Zivilgesellschaft und externe Demokratisierung im postsozialistischen Europa, Kolleg in Kooperation mit der ETH Zürich und der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O. (2008–2011)
- Verantwortliche Hochschule, Themenschwerpunkt in Kooperation mit der Universität Flensburg (2008–2011)
- «Kostenwahrheit im Verkehr» – DIKE, Kolleg in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden (2009–2012)
- Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in der Globalisierung, Themenschwerpunkt in Kooperation mit der Leuphana Universität Lüneburg und der Humboldt-Universität zu Berlin (2011–2014)
- Global Social Policies and Governance (Schwerpunkt Nord-Süd-Beziehungen aus sozial-ökologischer Perspektive), Kolleg in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Universität Kassel (2011–2014)
- Transformationsforschung: Forschung für und über die «große Transformation» (mit diversen Partnerinnen und Partnern) (ab 2012)
- Elitenwandel und Neue Soziale Mobilisierungen in der arabischen Welt (mit der Stiftung Wissenschaft und Politik) (ab 2012)



Collage: Katja Reichard

Kunst als Seismograf von Politik und Gesellschaft

“Immer noch ist die Kunst ein gutes Versteck: nicht für Dynamit, sondern für geistigen Explosivstoff...”

Heinrich Böll

Die Politik tut gut daran, die Kunst nicht aus den Augen zu verlieren. In literarischen Texten, Kunstinstallationen oder Theaterinszenierungen werden gesellschaftliche Fragen vielfach artikuliert, lange bevor sie die politische Bühne erreichen. Die Künste spielen in ihrer Formenvielfalt das durch, was einmal relevant werden könnte. Durch die Freiräume der digitalen Kultur ist ein ungeahntes Ausmaß an Interaktion möglich geworden, was auch unsere Formen der demokratischen Teilhabe revolutionieren wird. Wir engagieren uns für einen grenzüberschreitenden Diskurs von Kunst, Wissenschaft und Politik. Wir beteiligen uns an Ausstellungen und Theaterprojekten, veranstalten Filmfestivals, Literaturabende und Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen.

Ausstellung: «the Urban Cultures of Global Prayers»

In den Metropolen der Welt spielen neue religiöse Bewegungen und Gemeinschaften eine immer wichtigere Rolle: In Lagos fasst die größte Pfingstkirche fünfmal mehr Gläubige als das weltgrößte Fußballstadion; am Rande der Megastadt entsteht eine eigene City of God. In Rio de Janeiro konvertieren Kinos zu Kirchen und in Mumbai werden öffentliche Räume zeitweise zur Bühne für religiöse Spektakel. Neue religiöse Gemeinschaften verändern die urbane Topografie, und sie treten als wirtschaftliche wie auch politische Akteure auf – quer durch alle Weltregionen und Religionen. Die internationale Kunstausstellung «the Urban Cultures of Global Prayers» der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst in Berlin ermöglichte von November 2011 bis Januar 2012 einen differenzierten Blick auf die Zusammenhänge zwischen urbaner Entwicklung und sakralen Praktiken. Jenseits ideologischer Debatten um das «Wiedererstarken der Religionen» zeigten die Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern aus zwölf Ländern, dass große Städte immer auch Orte religiöser Innovation sind. Der Schwerpunkt der u.a. von der Heinrich-Böll-Stiftung koproduzierten Ausstellung lag auf visuellen und medialen Formaten der Fotografie, Videoinstallation und des Soundscapes.

Israelische Filmtage in Berlin

Nach der Gründung des Staates Israel 1948 wanderten viele Menschen mit jüdischen Wurzeln und jüdischem Glauben aus den umliegenden Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nach Israel aus. Dort stießen die einwandernden Mizrahim, wie sie auch genannt wurden, auf die europäisch sozialisierten Gründungsväter des Staates Israel, die das politische und gesellschaftliche Leben jahrzehntelang dominierten. Erst in den 90er Jahren begann die Kultur der arabischen Juden in weiten Teilen der israelischen Gesellschaft Akzeptanz zu finden. Wie sich heute der Orient im alltäglichen Leben der israelischen Bevölkerung widerspiegelt, stand im Mittelpunkt unserer Israelischen Filmtage im Januar 2011. Gezeigt wurden dreizehn teilweise preisgekrönte Dokumentar- und Spielfilme, Retro- und Gegenwartsfilme, die die gesellschaftlichen Spannungen in der multikulturellen Gesellschaft Israels mitunter auch sehr ironisch thematisierten. Das Festivalprogramm löste im Vorfeld eine mediale Kampagne gegen die Stiftung aus: Die Gruppe «Kritische Juden und Israelis» aus Deutschland warf uns Geschichtsfälschung und Leugnung von Verbrechen der israelischen aschkenasischen Staatsführung gegen die Menschlichkeit vor. Die Kampagne fand auch in Israel ihren Widerhall, eingeladene israelische Gäste wurden mit den gleichen Vorwürfen konfrontiert, ein Regisseur zog seinen angekündigten Film zurück. Wir waren uns bewusst, dass wir mit den Filmtagen ein heißes Thema aufgreifen würden. Aber unser Selbstverständnis als Forum offener Debatten schließt mit ein, dass wir verschiedene Stimmen zu Wort kommen lassen, aus denen sich ein umfassendes Bild ergibt. Auf die Kritik haben wir mit einer Stellungnahme auf unserer Website reagiert. Trotz des vorausgegangenen Wirbels verliefen die Filmtage mit mehr als 1000 Besucherinnen und Besuchern sehr erfolgreich. Die Möglichkeit, mit Regisseuren über die Filme und ihre Hintergründe zu diskutieren, wurde vielfach genutzt.

Filmfestivals in Irak und Palästina

Der Alltag im Irak ist auch acht Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins noch immer von Gewalt, Zerstörung und Unsicherheit geprägt. Einen kleinen Ausschnitt davon gaben sechzehn kurze Dokumentarfilme beim Independent Film & Television College Documentary Film Festival im April und Mai 2011 in Bagdad, Basra und Erbil. Die Filme irakischer



Der Film «Neilah – Closing Prayer» von Zohar Markman und Amir Busheri erzählt von einer kleinen Synagoge, der die Schließung droht. Foto: Ruth Diskin Films



Plakat des Filmfestivals «I am a Woman from Palestine»

Studentinnen und Studenten waren zuvor bereits weltweit ausgestrahlt worden und hatten zahlreiche Preise arabischer und internationaler Festivals gewonnen. Aufgrund der verbesserten Sicherheitslage im Irak war es nun zum ersten Mal möglich, sie auch im eigenen Land zu zeigen. Das Festival, gefördert von unserem Beiruter Büro, war ein Zeichen der Unterstützung für die neue Generation irakischer Filmschaffender. Im Rahmenprogramm berichteten die Filmemacher über die Produktionen, die Gefahren bei der Arbeit und ihre Erlebnisse beim Dreh.

Auch in den palästinensischen Gebieten haben wir ein Filmfestival gefördert. Unter dem Titel «I am a Woman from Palestine» waren zehn Filme palästinensischer Regisseurinnen zu sehen, die es bei 56 Filmvorführungen in der Westbank und im Gazastreifen auf über 2600 Zuschauerinnen und Zuschauer brachten. Das Festival in Kooperation mit der palästinensischen Organisation Shashat ist ein Erfolgsmodell und gibt jungen Frauen die Gelegenheit, ihre Sicht auf gesellschaftliche und politische Verhältnisse darzustellen. Zum Festival gehören auch das Coaching junger Filmemacherinnen und die Produktion ihrer Kurzfilme, insbesondere in Gaza. Darüber hinaus finden im Rahmenprogramm Diskussionsrunden über die Rechte von Frauen statt.

Theatrale Performance: NEUNMALKLEIST

Einen neuen Zugang zum Werk Heinrich von Kleists eröffnete anlässlich seines 200. Todestages die Performance «NEUNMALKLEIST» vom 30. April bis 2. Mai 2011 in der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung. Ein begehbare Bühnenbild führte die literarische mit der biografischen Welt Heinrich von Kleists zusammen und diente als Rahmen für eine Collage aus Briefen und Filmen, Vorträgen und doku-fiktionalen Gesprächen. Die Performance «Kleist.Krieg.Ausnahmestand», die das dramaturgische Gerüst für alle drei Abende bildete, bot eine formal spannende und inhaltlich intelligente Auseinandersetzung mit dem Krieg als zentralem Lebensthema Kleists. Angelehnt an die interaktiven Beteiligungsformen von Internet (Sozialen Netzwerken) und TV (Applausometer) konnten bestimmte Module vom Publikum an- oder abgewählt werden, sodass sich an drei Abenden faktisch drei unterschiedliche Stückvarianten ergaben. Am überzeugendsten geriet dabei der dritte Abend, der als zusätzliches Element eine sprachliche und musikalische Bearbeitung von Kleists propagandistischem Gedicht «Germania an ihre Kinder» aufbot. In der Komposition von Justin Lepany wurde die szenische Rezitation von gänzlich sinnentleerten Google-Übersetzungen durch eine chorale Umsetzung des martialischen Originaltexts kontrastiert.

Neben der künstlerischen Darstellung stand gleichberechtigt der Diskurs: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erörterten gemeinsam mit Kulturschaffenden die Frage nach der Aktualität der Schriften Kleists. Das interdisziplinäre Projekt war eine Koproduktion der Ensembles Puppet Holding und Theaterkapelle 10245 Berlin e.V., u.a. in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung.

«Kleist.Krieg.Ausnahmestand» versetzte Kleists Figuren in ein überdimensionales, begehbare Computerkriegsspiel. Fotos: Stephan Röhl



Demokratie und Öffentlichkeit

Das Internet ist dabei, die politische Kultur zu revolutionieren. Neue Formen der politischen Beteiligung und Einflussnahme wie Online-Petitionen oder Internet-Beteiligungstools wie Liquid Democracy könnten der Nährboden für eine bürgerschaftliche Wiederaneignung der Demokratie sein und der Parteienverdrossenheit entgegenwirken. In unserem Programm «Demokratie und Öffentlichkeit» suchen wir nach Wegen, wie der Anspruch auf Beteiligung und Mitgestaltung institutionell mit der parlamentarischen Demokratie so gekoppelt werden kann, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Veto-Spieler auftreten, sondern mehr Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten übernehmen.

Whistleblowing, WikiLeaks und die neue Transparenz

Das «Leaken» von geheimen Informationen ist nicht erst seit WikiLeaks ein wirksames Mittel zur Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz. Durch die Digitalisierung ist die Veröffentlichung geheimer Informationen allerdings erheblich einfacher geworden: Während in den 70ern noch nächtelang Dokumente abfotografiert oder fotokopiert werden mussten, reicht heute ein USB-Stick, um Tausende von Dokumenten zu vervielfältigen. Whistleblowing-Plattformen ermöglichen dann die anonyme Verbreitung dieser Informationen. Welche Auswirkungen hat die neue Transparenz auf die Gesellschaft? Darüber diskutierten Daniel Domscheit-Berg, der ehemalige Sprecher von WikiLeaks und Gründer von OpenLeaks, mit dem netzpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Konstantin von Notz und der Sprecherin des Chaos Computer Clubs Constanze Kurz in unserer Reihe «Gespräche zur Netzpolitik». Besondere Kontroversen gab es um den Ansatz von OpenLeaks, die zugespielten Dokumente nicht mehr selbst zu veröffentlichen, sondern nur für den Schutz der Informanten zu sorgen. Die Veröffentlichung soll ganz und gar Medien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen überlassen bleiben. Ob so die Transparenz gewahrt wird, blieb fraglich. Ohne Zweifel wollen die Menschen jedoch die Bedingungen verstehen, unter denen Politik geschieht, das machte die Diskussion deutlich. Das Echo auf die Veranstaltung war enorm: 200 Besucherinnen und Besucher und etwa ebenso viele Interessierte im Netz. Die Veranstaltung war an diesem Abend auch das meist besprochene Thema auf Twitter in Deutschland.

Offenheit als Prinzip – netz:regeln 2011

«Offenheit als Prinzip» stand im Mittelpunkt unserer Konferenz «netz:regeln», die in Kooperation mit BITKOM im September 2011 stattfand. Über 190 Teilnehmende aus der Internetwirtschaft, Politik und Netzcommunity diskutierten darüber, was Partizipation und politische Öffentlichkeit unter den Bedingungen des Internets bedeuten können. Online waren noch sehr viel mehr Menschen beteiligt: Es gab 1100 Zugriffe mit über 280 Nutzerstunden. In der Diskussion über Open Data und Open Government zeigte sich, dass genau unterschieden werden muss, wer den Zugang zu Verwaltungsdaten nutzt. Während es den Regierenden bei Open Government um die bessere Vermittlung von Politik geht, sind die «Regierten» an einer neuen Art kooperativer Gemeinwohlproduktion interessiert. Darüber hinaus können offengelegte Daten für Partikularinteressen und Geschäftsmodelle genutzt werden. Die Open Knowledge Foundation (OKF) stellte auf der Konferenz die neue Webseite «fragdenstaat.de» für vereinfachte Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vor. Was die bestehenden Sozialen Netzwerke anbelangt, so zeigten die Teilnehmenden wenig Optimismus hinsichtlich deren Demokratisierung: Soziale Netzwerke öffnen die Welt der Beziehungen, gleichzeitig geben sie Nutzungsbedingungen vor, die still-



Constanze Kurz vom Chaos Computer Club möchte die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens von Fall zu Fall betrachten. Foto: Stephan Röhl



Karsten Wenzlaff arbeitet für Co:llaboratory. Die Initiative von Google erkundet die Möglichkeiten, die klassischen Menschenrechte auf das Netz zu übertragen. Foto: Stephan Röhl

schweigend akzeptiert werden. Zur «Silo-isierung» von Informationen in geschlossenen, proprietären Netzwerken großer Anbieter sind kaum Alternativen in Sicht.

Sommerakademie der Grüne Akademie

Die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung ist ein unabhängiges Forum für gesellschaftliche Fragen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Mit unserer Akademie wollen wir Debatten ermöglichen, für die im Allgemeinen Zeit und Ressourcen fehlen, und Anstöße für politische Reformen geben.
→ www.gruene-akademie.de

Die Grünen machen gerade die Erfahrung, wegen ihrer wachsenden Rolle als Regierungspartei in Konflikt zu Interessengruppen aus der Bevölkerung zu geraten. Zwar fordert die Partei grundsätzlich Verfahren plebiszitärer Demokratie ein, im konkreten Fall können diese aber grüne Politik durchkreuzen. Die Grüne Akademie der Stiftung diskutierte im Juni 2011 in ihrer Sommerakademie «Legitimation und Wandel» darüber, welche Reform der Demokratie in Deutschland notwendig, möglich und gewünscht ist. Die Beiträge der drei Panels kreisten um die Frage, wie sich Politik weiter innovativ für Beteiligung öffnen und dabei Glaubwürdigkeit sichern kann. Politisch geht es darum, die Brücken zwischen Repräsentation und politisch vielfältig engagierter Gesellschaft belastbar und leistungsfähig auszubauen. Programmatisch verlangt dies auch eine Verständigung darüber, wie wir die Legitimität und Legitimation neuer Kooperationsverhältnisse zwischen repräsentativen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen begründen und mit welchen gesellschaftlichen Zielen wir sie verbinden. Die Tagungsbeiträge der Sommerakademie sind dokumentiert unter www.boell.de.

Zeitgeschichte

In unseren Veranstaltungen zu Fragen der Zeitgeschichte debattieren wir die Zusammenhänge von Geschichtsdeutungen, Erinnerungspolitik und aktueller Politik. Eine Konferenz in Berlin beschäftigte sich z.B. mit der Rolle des Deutschen Reiches bei der Vertreibung der Armenier zwischen 1915 und 1916 und wie eine gesellschaftliche Debatte hierüber helfen könnte, das Thema in der Türkei zu enttabuisieren. Anlässlich des 35. Jahrestages der Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR erinnerten wir an den damaligen Protest in Ost und West und die Folgen für Biermanns ostdeutsche Unterstützer und Unterstützerinnen.

Der Völkermord an den Armeniern und die deutsche Öffentlichkeit

Der Völkermord an den Armeniern war einer der ersten systematischen Genozide des 20. Jahrhunderts. Den Massakern und Todesmärschen zwischen 1915 und 1916 fielen nach türkischen Angaben 300.000, nach armenischen Schätzungen mehr als 1,5 Millionen Menschen zum Opfer. 2005 verabschiedete der Bundestag eine Entschließung, in der auch «die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches» bei der Vertreibung und Vernichtung der Armenierinnen und Armenier mit deutlichen Worten angesprochen wurde. Eine breite gesellschaftliche Debatte darüber gibt es immer noch nicht. Mit unserer internationalen Konferenz im September 2011 zu diesem Thema verbanden wir die Hoffnung, dass eine öffentliche Debatte hierzulande – auch mit Immigranten türkischer, kurdischer und armenischer Herkunft – bis in die Türkei ausstrahlen könnte und damit helfen könnte, das Thema dort weiter zu enttabuisieren. Beklagt wurde auf der Konferenz, dass der Völkermord noch nicht in den Schulen oder den Landeszentralen für politische Bildung aufgegriffen werde. Auch gab es den Wunsch nach einer stärkeren Verankerung des Themas an den Universitäten. Es seien meist Initiativen der Zivilgesellschaft, die in Deutschland Arbeit zu Armenien leisteten.

Gedenken an Ludwig Mehlhorn

«Lasst uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind», so steht es im Gründungsauftrag der DDR-Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt», der am 12. September

1989 veröffentlicht wurde. Wir haben anlässlich des Jahrestages der Initiative an den im Mai 2011 viel zu früh verstorbenen Bürgerrechtler Ludwig Mehlhorn erinnert, der zu ihren Unterzeichnern zählte. Ludwig Mehlhorn ging es dabei besonders um eine neue und bessere Zukunft mit den polnischen und den anderen osteuropäischen Nachbarn. Die Veranstaltung war eine Kooperation der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Heinrich-Böll-Stiftung.

Matinee mit Wolf Biermann

1976 wurde Wolf Biermann von der IG Metall zu einer Konzertreise in die Bundesrepublik eingeladen. Das erste Konzert am 13. November in Köln diente dem SED-Politbüro als Vorwand, dem kritischen Dichter und Sänger «das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik» zu entziehen. Es folgte ein Sturm der Entrüstung in Ost und West. SED und Staatssicherheit registrierten damals genau, wer Wolf Biermann unterstützte. Repressionen bis hin zur Haft waren die Folge, zahlreiche Menschen waren gezwungen, die DDR für immer zu verlassen. 35 Jahre später erinnerten wir mit einer Matinee an die Ereignisse. Eingeladen waren Zeitzeugen wie Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Bernd Wurl, der Mitorganisator des Kölner Konzerts 1976, die Sängerin Pascal von Wroblewski und natürlich Wolf Biermann selbst. Im Gespräch mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk bekannte er sich auch zu Irrtümern: Ja, er habe in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg an den Kommunismus geglaubt. Das sei ein Fehler gewesen – und doch wahrhaftig.

Die Matinee endete mit der Präsentation eines Mitschnitts des Kölner Konzerts vom November 1976 in Anwesenheit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres Ehemannes Joachim Sauer. «Schön, dass Angela Merkel gekommen ist», ließ Biermann wissen, «es ist ja auch ihre Geschichte».

Die Veranstaltung fand in Kooperation der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen statt.

„Ich möchte am liebsten weg sein, und bleibe am liebsten hier.“

Wolf Biermann



Wolf Biermann kommentierte den Originalmitschnitt des Kölner Konzerts von 1976.

Foto: Heinrich-Böll-Stiftung/xpressberlin

Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, bei einem ganz «privaten» Besuch der Matinee

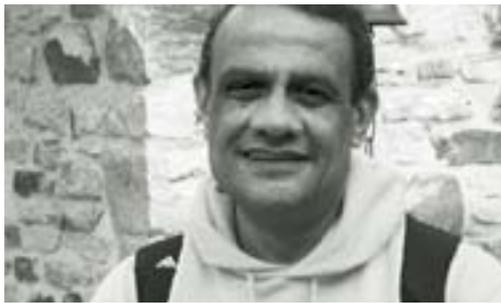
Foto: Heinrich-Böll-Stiftung/xpressberlin



Refugium für Künstlerinnen und Künstler

Der Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich feierte im September 2011 sein 20-jähriges Jubiläum, ganz traditionell mit Kölsch und Bienenstich. Das Haus in der Nordeifel wurde in den 1960er Jahren von der Familie Böll erworben und bis zum Tod Heinrich Bölls vor allem in den Sommermonaten bewohnt. In der Tradition Annemarie und Heinrich Bölls unterstützen wir das Anliegen des Vereins: Er ermöglicht Künstlerinnen und Künstlern mittels Stipendien, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ arbeiten zu können. Unterstützt wird das Heinrich-Böll-Haus auch vom Land Nordrhein-Westfalen und durch ein weltweites Netzwerk von Institutionen, die politisch verfolgten Autorinnen und Autoren Hilfe anbieten.

Gäste im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 2011



Alaa Khaled

Foto: Privat

Alaa Khaled, Schriftsteller aus Alexandria/Ägypten (Jahrgang 1960), wurde nach dem Studium der Biochemie als Lyriker, Essayist und Romanautor bekannt. Seine journalistischen Texte haben literarische Züge, seine Prosa ist teils poetisch, teils journalistisch gefärbt. Khaled ist ein entschiedener Gegner jeglicher Normen, die den Einzelnen Denk- und Verhaltensmuster aufzwingen. Bekannt ist Khaled auch als Herausgeber der Kulturzeitschrift *Amkenah*, die in der arabischen Welt hohes Ansehen genießt. Khaleds Reportage «Everything Happens Quietly With No Surprises» wurde 2005 für den Lettre Ulysses Award nominiert. Zuletzt auf Deutsch erschienen: «Das Buch des Flusses Nil», Lettre International, Nr. 71.

Ali Badr, Schriftsteller aus Bagdad/Irak (Jahrgang 1964). Er ist einer der bekanntesten arabischen Autoren seiner Generation. 1996 legte er zum Abschluss seines Studiums der französischen Literatur eine Arbeit über Roland Barthes vor, woraufhin er von der Universität ausgeschlossen wurde. Bekannt machte ihn sein Roman «Papa Sartre» über den Existenzialismus im Bagdad der 50er und 60er Jahre. Noch weiter zurück in die Geschichte geht er mit seinem Roman «Das nackte Gastmahl». Dort beschreibt er ausgehend vom späten 19. Jahrhundert den Beginn der arabischen Neuzeit.

Alhierd Bacharevič, Schriftsteller aus Minsk/Belarus (1975). Er veröffentlichte mehrere Erzählbände und Romane in unabhängigen Minsker Verlagen. Für seinen Roman «Praktisches Hilfswerk zur Zerstörung der Städte» erhielt er 2002 den einzigen unabhängigen belarussischen Literaturpreis «Hliniany Viales» für das beste Buch des Jahres. Inzwischen sind seine Werke in Belarus verboten. Auf Deutsch erschienen: Erzählungen und Gedichte in den Anthologien «Frontlinie-1», «Frontlinie-2» und in den Zeitschriften *Lichtungen*, *Literatur und Kritik* und *Schöngeist* sowie der Roman «Die Elster auf dem Galgen» im Leipziger Literatur Verlag 2010.

Zvonko Karanović, Schriftsteller aus Nis/Serbien (Jahrgang 1959). Er lebt als Herausgeber, Journalist, Radiosprecher und DJ in Belgrad. Seit 1990 hat er zahlreiche Lyrikbände und eine Romantrilogie mit dem Titel

Ampel

An der Kreuzung
Lorbeerstraße Ecke Ventura Straße
steht eine alte Frau.
Jeden Tag sehe ich sie an der Ampel.
Und immer hat sie ihr mobiles Zuhause dabei,
eine Plastiktüte voll mit gesammelten Abfällen.
Sie drückt auf den Knopf,
die Autos halten an,
stolz überquert sie die Straße.
Sie wiederholt das Spiel von der anderen Seite.
Nur die Ampel
hört in der riesigen Stadt auf ihren Befehl
und ein paar unsichtbare Wesen,
die sie auf ihrer Reise über die Fahr-
bahn immerzu anschimpft,
sie sollen nicht so feige sein
und gefälligst mitkommen
über den gefährlichen Damm
zum anderen Ufer des Geistes.

Alaa Khaled

«Das Tagebuch eines Deserteurs» veröffentlicht. Er schreibt über die in Serbien immer noch verdrängten Kriegsjahre und besticht durch geistige Unabhängigkeit, die er nicht nur unter dem Milošević-Regime unter Beweis stellte. Auf Deutsch erschienen ist die Anthologie «Eintrittskarte/ Ulaznica» im Drava-Verlag, Klagenfurt 2011.

German Sadulajew, Schriftsteller aus St. Petersburg/Russland (Jahrgang 1973), geboren in Tschetschenien als Sohn russisch-tschetschenischer Eltern. Nach Jobs auf dem Bau und bei einer indischen Tabakkompanie absolvierte er in Petersburg ein Jurastudium, wo er heute als Rechtsanwalt arbeitet. Schon als Kind begann er Gedichte zu schreiben, später Songtexte, dann mehrere Erzählungen und Novellen. Noch vor der Erstveröffentlichung in der Zeitschrift *Snamja* kursierte sein Roman «Ich bin ein Tschetschene» in Künstlerkreisen und wurde für das Theater adaptiert. Es ist ein Buch über Russen und Tschetschenen, über den Krieg und das lange Leiden danach. Auf Deutsch erschienen bei Amman Verlag, Zürich 2009.

Chang Ping, Journalist aus Sichuan/ VR China (Jahrgang 1968), gehört zu den bekanntesten Kommentatoren der chinesischen Zeitgeschichte. Als Leiter der Nachrichtenabteilung der *Southern Weekly* und stellvertretender Chefredakteur der *Southern Metropolis Weekly* machte er sich in China einen Namen. Durch seine scharfen Reportagen und seinen Einsatz für die freie Meinungsäußerung geriet er unter Druck. Da er immer wieder politisch sensible Themen aufgriff, hat ihn die einflussreiche Verlagsleitung der *Southern Media Group* entlassen.

Liao Zenghu, Pseudonym Ye Kai, Schriftsteller aus Shanghai/VR China (Jahrgang 1969). Er ist Doktor der modernen chinesischen Literatur und arbeitet als Redaktionsleiter für die renommierte Literaturzeitschrift *Harvest* (Shou Huo). In der von ihm herausgegebenen Essayreihe «Chinese Teaching and Study» geht es um die Qualität chinesischer Schulbücher. Als Literaturkritiker hat er 2008 eine kritische Biografie des berühmten chinesischen Schriftstellers Mo Yan herausgebracht. In seinem Roman «Der Weg zum Reichtum» beschreibt er die gesellschaftlichen Verhältnisse im chinesischen Kapitalismus.

Hassouna Mosbahi, Schriftsteller aus Tunis/Tunesien (Jahrgang 1950), wurde als Sohn einer kinderreichen Beduinenfamilie im Hinterland von Kairuan geboren. Bereits als Jugendlicher begann er Erzählungen zu schreiben, mit denen er 1968 den Preis des tunesischen Rundfunks gewann. Längere Studienaufenthalte in Paris, Madrid und London führten ihn 1985 nach München, wo er bis 2004 als Journalist, Literaturkritiker und freier Schriftsteller lebte, bevor er nach Tunesien zurückkehrte. Auf Deutsch sind mehrere seiner Bücher erschienen. Für seinen Roman «Rückkehr nach Tarschisch» erhielt 2000 den Tukan-Preis der Stadt München.

Magomed Toriev, investigativer Journalist aus Inguschetien/Russland (Jahrgang 1978). Er arbeitet unter anderem für Radio Free Europe/Radio Liberty, für die oppositionelle inguschetische Website Ingushetia.org und die *Caucasus Times*.

Ajith Herath, Lyriker, Journalist und Karikaturist aus Sri Lanka (Jahrgang 1967), und **Amir Hassan Cheheltan**, Schriftsteller aus Teheran/ Iran (Jahrgang 1956), wurden bereits im Jahresbericht 2009 und 2010 vorgestellt.



Zvonko Karanović

Foto: Privat



Chang Ping

Foto: Privat



Jubiläums-Feier im Heinrich-Böll-Haus: Sylvia Löhrmann, stellvertretende Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen, trägt sich ins Gästebuch ein. Foto: Susanne Ditttrich

Bewerbungen an:
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln
T 0221-283 48 50 F 0221-510 25 89
E reckhaus@boell.de

Politik erfolgreich machen

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung und Organisationsberatung für politisch Aktive an – ob im Ehrenamt, in Parteien oder in Organisationen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.

“*Es war sehr bereichernd und inspirierend – macht Lust auf Planen und Loslegen!*”

Statement zu einem Kampagnentraining



(v.l.n.r.) Anita Roggen, William Treherne, Evrim Kaynak, Christian Neuner-Duttenhofer, Maria Pajonk, Wolfgang Pohl

Foto: Stephan Röhl

Das Politikmanagementzertifikat – Mit einem praxisbezogenen Seminarangebot, das Module aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen Handwerks – von Kommunikation bis Personalentwicklung – umfasst, können politisch Aktive ihren individuellen Qualifizierungsbedarf und ihre persönlichen Interessen bei GreenCampus optimal miteinander vereinbaren. Das von den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung in vielen Bundesländern angebotene GreenCampus-Politikmanagementzertifikat haben wir 2011 inhaltlich weiterentwickelt. Derzeit werden gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation angeboten. Die Nachfrage nach dem Politikmanagementzertifikat hat im Jahr 2011 deutlich zugenommen.

Weiterbildung als maßgeschneiderte Dienstleistung – GreenCampus hat in den letzten Jahren mehrere hundert maßgeschneiderte Bestellseminare und Organisationsentwicklungsprozesse mit weit über 3.000 Teilnehmenden in Deutschland und im europäischen Ausland durchgeführt. Die Zufriedenheit der Teilnehmenden ist groß, die positiven Bewertungen liegen stabil bei über 90 Prozent. Die Themenpalette ist vielfältig: politische Kampagnen und Krisenkommunikation, Entwicklung politischer Botschaften und Redenschreiben, Teambuilding und Mediation, Führungskräftetrainings und Strategiekompetenzen, Projektmanagement und Büroorganisation, sowie Gender- und Diversity-Seminare.

Workshop Spezial – Diese Workshops richten sich an eine breite Zielgruppe und dienen neben der Wissensvermittlung auch dem Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Vereinen, Universitäten und Unternehmen. Besonders gefragt sind die «Workshops Spezial» zu Genderkompetenz in der beruflichen Praxis, zum Schreiben politischer Reden sowie zu Social-Media-Strategien.

Stiftungsinterne Weiterbildung – Die Personalplanung und -entwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung sind auf ihre strategischen Ziele ausgerichtet. Um Synergieeffekte zwischen den Weiterbildungsangeboten nach innen und nach außen zu entfalten, hat GreenCampus im April 2011 die Verantwortung für die interne Weiterbildung der Heinrich-Böll-Stiftung übernommen.

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote

T 030 / 285 34 144]

→ www.greencampus.de

Grüne Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird: Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Anfang der 1980er Jahre, als die Grünen ihre ersten Wahlerfolge feierten, war der Umgang mit Sitzungsprotokollen und ähnlichen Dokumenten noch recht lax. Die junge Partei stürzte sich voller Elan in die politische Arbeit, archivieren war nachrangig. 30 Jahre später, anlässlich der zahlreichen Gründungsjubiläen grüner Landesverbände, machen sich die archivarischen Lücken bemerkbar. So auch bei den Berliner Grünen. Daher der Entschluss, das, was an papierenen Akten verlorengegangen war, durch erzählte Geschichte zu ergänzen. In vierzehn Interviews mit früheren und ausscheidenden Abgeordneten haben wir die Geschichte der Berliner Grünen neu aufgerollt. Die Interviews geben Einblick in die Vielfalt der grünen Gründungsinitiativen und zeigen die Persönlichkeiten, die dahinterstanden. Darüber hinaus haben wir Tausende von Fotografien zur Berliner Fraktionsgeschichte überlassen bekommen und zwei Archivbestände des Landesarchivs: Parteiakten der AUD, einer Vorläuferorganisation der Grünen, und einen Bestand zur Geschichte des Berliner Landesverbandes der Grünen. Wir hoffen, künftig noch mehr Lücken in unseren Beständen schließen zu können, um eine solide Überlieferung grüner Geschichte zu ermöglichen. Einen Beitrag dazu leistete bereits unser Jahrbuch «Grünes Gedächtnis 2011», u.a. mit interessanten Geschichten über die Anfänge der Grünen in Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie über das Verhältnis der Alternativszenen in Berlin, Frankfurt und Hamburg zur grünen Wahlbewegung.

Themenschwerpunkt Friedensbewegung: Seit zwei Jahren beschäftigen wir uns intensiv mit der Geschichte der Friedensbewegung. Wir laden Fachleute sowie Zeitzeugen und Zeitzeuginnen zu Kolloquien ein und bringen kontroverse Meinungen an einen Tisch. Mit den Archivalien der Grünen, dem Petra-Kelly-Nachlass und weiteren Beständen sind wir selbst ein wichtiges Archiv der Friedensbewegung und hoffen, dass die historischen Quellen im Zuge der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Friedensbewegung rezipiert werden. Seit verganginem Jahr können dafür auch die Archivalien des Netzwerks Friedenssteuer genutzt werden, die wir erschlossen haben.

Archivierung: Bearbeitet wurden Akten von Frieder O. Wolf aus seiner Zeit als Europaabgeordneter zwischen 1994–1999, von Joschka Fischer aus den Jahren von 1983–1994, dem Jahr seines Ausscheidens als Umweltminister in Hessen, und von Ludger Volmer, ehemaliger Bundestagsvorsitzender. An den Erschließungsarbeiten war ein Kurs der Fachhochschule Potsdam beteiligt.



Europäisches Netzwerktreffen grüner Archivarinnen und Archivare im Mai 2011: (v.l.n.r.) Christoph Becker-Schaum (Archiv Grünes Gedächtnis), Marie-Laurence Dubois (Étopia, Belgien), Laurent Gervereau (Musée du Vivant, Frankreich) und Ingrid Facchinelli (Alexander Langer Stiftung, Italien)

Foto: Heinrich-Böll-Stiftung



Grünes Gedächtnis 2011

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2011, 104 Seiten

Rückblick 2011



Bahman Nirumand, iranisch-deutscher Publizist und Autor, beging im September seinen 75. Geburtstag. Dies feierten wir mit einer Vorstellung seiner Autobiografie «Weit entfernt, von dem Ort, an dem ich sein müsste». Seit 2002 verfasst er für die Heinrich-Böll-Stiftung den monatlich erscheinenden [Iran-Report](#).



Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung feierte im August seinen 60. Geburtstag und zugleich sein 15-jähriges «Dienstjubiläum». Er leitet die Stiftung seit 1996 und ist verantwortlich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika.



Milan Horáček, einer der ersten Abgeordneten der Grünen im Deutschen Bundestag und langjähriger Leiter unseres Stiftungsbüros in Prag verabschiedete sich im Oktober in den wohlverdienten Ruhestand. Zu seinen Ehren fand in der deutschen Botschaft in Prag ein Empfang statt.



Pinar Selek, Soziologin und politische Aktivistin, stellte im Dezember ihr Romandebüt «Halbierte Hoffnungen» vor, das im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich entstanden ist. Dort verbrachte sie ihre erste Zeit im deutschen Exil. Obwohl Selek schon mehrmals freigesprochen wurde, wird sie von der türkischen Justiz noch immer als Terroristin verfolgt.



Dorota Kedzierzawska, polnische Regisseurin für Spiel- und Dokumentarfilme. Im Februar erhielt sie den [Friedensfilmpreis der Berlinale für «Morgen wird alles besser»](#) aus der Sparte Generation Kplus. Das Preisgeld von 5.000 Euro stellt die Heinrich-Böll-Stiftung.



Navid Kermani, Orientalist und Schriftsteller. Im Dezember 2011 erhielt er für sein Engagement für den interreligiösen Dialog und seine lagerüberwindenden politischen Analysen den [Hannah-Arndt-Preis](#) für politisches Denken. Der von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Stadt Bremen gestiftete Preis wird seit 1995 verliehen.



Prof. Wangari Maathai, Afrikas bekannteste grüne Politikerin und Friedensnobelpreisträgerin, verstarb im September 2011. Wir verlieren mit ihr eine langjährige Freundin und Partnerin. Aufgerufen durch das von ihr gegründete «Green Belt Movement» pflanzten wir zu ihrem Gedenken einen Apfelbaum vor unserem Berliner Stiftungshaus.



Václav Havel hatte die Stiftung stets unterstützt und pflegte engen Kontakt zu unserem Büro in Prag. Der ehemalige tschechische Staatspräsident, Bürgerrechtler, Autor und Dramaturg stand für Wahrhaftigkeit, Mut, Menschlichkeit und für die Integrität der Sprache. Er starb im Dezember 2011. Uns wird die Stimme dieses Visionärs sehr fehlen.



Anne Klein hat als kämpferische Juristin und offen lesbisch lebende Politikerin feministische Pionierarbeit geleistet. Im April 2011 erlag sie einem Krebsleiden. Zu ihren Ehren vergeben wir ab 2012 den [Anne-Klein-Frauenpreis](#) für besonderes Engagement für Geschlechterdemokratie, gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes oder der geschlechtlichen Identität.



Tschernobyl 25 – expeditionen Ausstellung «Die Straße der Enthusiasten»

Die im Projektverbund unter der Leitung von Walter Mossmann und Eva Morat kuratierte Ausstellung zeigte anlässlich von 25 Jahre Tschernobyl die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Stadt Pripjat nahe des Unglücksortes. Fotografien von Robert Polidori, Andrej Kremenschouk und Sergij Nekhajew sowie sowjetische Plakate, Eco-Poster der Gruppe BLOCK4 aus Charkiw und Lyrik von Lina Kostenko verdeutlichten die Dimensionen der Katastrophe im Kontext von unbedingtem Fortschrittsglauben und «enthusiastischer Industrialisierung». Diese Ausstellung wurde auch in Warschau, Kiew, Brüssel, Gartow und Freiburg gezeigt.

www.tschernobyl25.org

Foto: Stephan Röhl



«Verlacht, Verboten und gefeiert – Frauenfußball in der Böll-Arena»

Am 26. Juni 2011 war WM-Anpfiff. Auch im Stiftungshaus «rollte» der Ball: mit Steilvorlagen und Querpässen in der Diskurs-Arena und Live auf der Leinwand. Wir schauten über den Stadionrand hinaus und erweiterten die Perspektiven von Kultur bis Politik. Hat Frauenfußball das Potenzial für sozialen Wandel und Emanzipation? Kann er Zeichen setzen gegen Homophobie? Verändert Fußball Geschlechterbilder und -verhältnisse? Informationen und Fakten, Debatten, Unterhaltung und Ausstellungen rund um Frauenfußball gab es in der Böll-Arena vom Mai bis zum Juli. «Das Konzept war stimmig, niveauvoll und gut», so Daniel Meuren (FAZ), Moderator der Gesprächsrunden.

Foto: Stephan Röhl



Innere Mongolei – Menschen zwischen Tradition und Moderne Eine fotografische Reise

Die Innere Mongolei (China) beeindruckt durch wilde, endlose Gebirgs- und Steppenlandschaften, durch ökologische und kulturelle Vielfalt. Doch wie leben die Menschen in einem Gebiet, das zunehmend von Verstädterung und Modernisierungsprozessen und vor allen Dingen von Umweltproblemen betroffen ist? Die Fotografien erzählten vom Alltag der Menschen: Kinder und Lehrer beim Lesen und Schreiben, Frauen und Männer bei ihrer täglichen Arbeit, Familien in ihren Jurten, den traditionellen Behausungen der Mongolen. Aufgenommen zwischen 1990 und 2010 dokumentieren die Bilder des Fotografen A Yin insbesondere die sozialen und ökonomischen Umwälzungen in den ländlichen Gebieten der Inneren Mongolei.

Foto: A Yin

Stiftungsmanagement



Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin der
Heinrich-Böll-Stiftung Foto: Ludwig Rauch

Unsere Aktivitäten: Mit Erträgen von rund 45 Mio. Euro konnten wir dazu beitragen, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern – durch eigene Veranstaltungen, Publikationen und die weltweite Zusammenarbeit mit Projektpartnerinnen und -partnern. Vor allem internationale Projektanträge waren erfolgreich, die EU-Kommission stellte für 2011 und die Folgejahre rund 2,5 Mio. Euro zur Verfügung. Durch zusätzliche Mittel für den Klimaschutz konnten wir unsere Arbeit in diesem Bereich ausbauen. Mit Partnerinnen wie der Mercator Stiftung und der Vodafone Stiftung beschäftigen wir uns verstärkt mit gesellschaftlichen Zukunftsthemen wie soziale Mobilität und Green Economy. Die Studienförderung hat sich im letzten Jahr erfolgreich um Bewerberinnen und Bewerber aus Familien mit nichtakademischem Hintergrund bemüht; im aktuellen Bewerbungsverfahren stellen sie rund ein Drittel. Schließlich verleiht die Stiftung aufgrund einer großzügigen Schenkung ab 2012 jährlich den Anne-Klein-Frauenpreis.

Unsere Transparenz: Unabhängige Wirtschaftsprüfer bestätigen uns einen ordentlichen Umgang mit den finanziellen Zuwendungen. Wir erstellen den Jahresabschluss einschließlich des jährlichen Lageberichts des Vorstandes freiwillig nach den Vorschriften des HGB. Der Lagebericht trifft Aussagen zu den Instrumenten des Risikomanagements; finanzielle, politische und organisatorische Risiken sind in einer Risikoanalyse erfasst, die jährlich aktualisiert wird. Festgestellte Risiken unterliegen einem kontinuierlichen Monitoring. Hohe Transparenz gehört für eine Stiftung, die sich überwiegend aus Steuergeldern finanziert, zu den selbstverständlichen Pflichten. Da es für gemeinnützige Organisationen keine einheitlichen Veröffentlichungspflichten gibt, haben wir uns der Initiative «Transparente Zivilgesellschaft» angeschlossen. Wir informieren über unsere Arbeit, unsere wesentlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, über Mittelherkunft und -verwendung sowie die Personalstruktur auf unserer Website.

Unsere digitalen Angebote: Soziale Netzwerke, Twitter, Blogs und Wikis – sie prägen und verändern auch unsere Kommunikation. Das Internet ist für die politische Bildungsarbeit essentiell geworden. Es eröffnet neue Wege des Dialogs mit unseren Nutzerinnen und Nutzern: Anfragen, Kritik, Kommentare und eigene Beiträge ermöglichen unmittelbares Feedback und direkte Partizipation. «Boellblog» zählte 63 Prozent mehr Besucherinnen und Besucher als im Vorjahr. Unsere Facebook-Fangemeinde wuchs um fast 70 Prozent, die Twitter-Follower verdoppelten sich. Via Livestream konnten zahlreiche unserer Konferenzen weltweit aktiv mitverfolgt werden. Die neuen Teilhabemöglichkeiten sind nicht mehr wegzudenken. Dennoch: Am wichtigsten für unseren Erfolg ist und bleibt das fortwährende Engagement und die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der persönliche Kontakt und Austausch mit den Partnerinnen und Partnern der Stiftung.

Unsere Pläne für die «Tu was!-Stiftung»: Auf Initiative unseres Freundeskreises bereiten wir die Gründung der «Tu was!Stiftung für Gemein-sinn» vor. Über Zustiftungen soll ein Stiftungskapital aufgebaut werden, das unabhängig von schwankenden Faktoren wie Wahlergebnissen, Haushaltsplanungen, Schuldenbremsen etc. die langfristige Arbeit der Stiftung sicherstellt und sie mit Projekten ergänzt, die zuwendungsrechtlich nicht finanziert werden könnten. Bisher wurden rund 37.000 Euro aufgebracht. Wir benötigen noch einmal denselben Betrag, um die neue Stiftung aussichtsreich ins Leben zu rufen.

Organe des Vereins:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- der Frauenrat

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in

der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der Geschäfte und das Management ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für eine erfolgreiche Arbeit notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er besteht aus neun Personen (sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus zehn Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und setzt die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen um.

Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Berlin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Ver-

eins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung (alle Zahlen in Euro)

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Lfd. Jahr (2012) Planzahlen	Berichtsjahr (2011)**** Vorläufige Zahlen	Vorjahr (2010) Testierte Zahlen
Erträge Globalmittelhaushalt *	16.047.112	14.055.453	14.276.836
Erträge anderer Zuwendungsbereiche **	34.236.694	30.506.999	16.844.516
Erträge Auflösung des Sonderpostens	800.000	812.200	995.915
Summe der Erträge	51.083.806	45.374.652	32.117.267 *****
Personalaufwand	11.860.000	11.268.981	11.149.871
Abschreibungen	800.000	812.200	995.915
Sächliche Verwaltungskosten ***	2.429.000	2.471.088	2.623.295
Investitionen	287.700	293.400	338.603
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.903.200	1.619.936	1.506.297
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.197.212	2.053.412	2.088.787
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	11.268.694	8.290.547	8.443.833
Projektaufwendungen BMZ	19.668.000	18.565.088	4.952.932
Summe der Aufwendungen	48.485.215	45.374.652	32.099.533
Zinsaufwand/außerordentlicher Aufwand	670.000	–	17.734
Zwischenergebnis	–	–	–
Vereinsenerträge	266.800	216.215	162.766
Vereinsaufwendungen	193.000	171.378	138.140
Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins	–	–	–
Vereinsergebnis	73.800	44.837	24.626
Jahresfehlbetrag/Überschuss	73.800	44.837	24.626

* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen

** enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

*** einschl. der Rückstellungen für Risiken

**** ohne anteilige Konsolidierung der Auslandsbüros

***** Der Unterschied in der Summe der Erträge aus 2010 und 2011 ist auf Abrechnungsrückstände infolge einer EDV-technischen Umstellung zurückzuführen.

BMI: Bundesministerium des Innern ■■■ BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ■■■ AA: Auswärtiges Amt

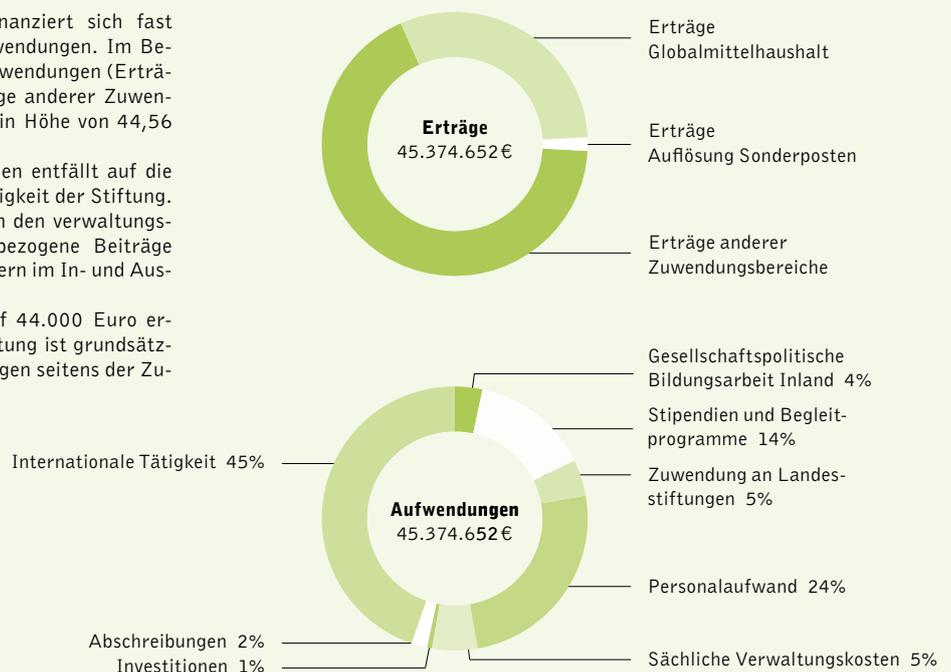
■■■ BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung ■■■ BVA: Bundesverwaltungsamt

Erträge und Aufwendungen 2011

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2011 ergeben sich aus Zuwendungen (Erträge Globalmittelhaushalt und Erträge anderer Zuwendungsbereiche) insgesamt Erträge in Höhe von 44,56 Mio. Euro.

Der größte Teil der Aufwendungen entfällt auf die Ausgaben für die internationale Tätigkeit der Stiftung. Der Personalaufwand enthält neben den verwaltungsbedingten Personalkosten projektbezogene Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland.

Das Vereinsergebnis hat sich auf 44.000 Euro erhöht. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert.



Vorläufige Bilanz zum 31. Dezember 2011 (alle Zahlen in Euro)

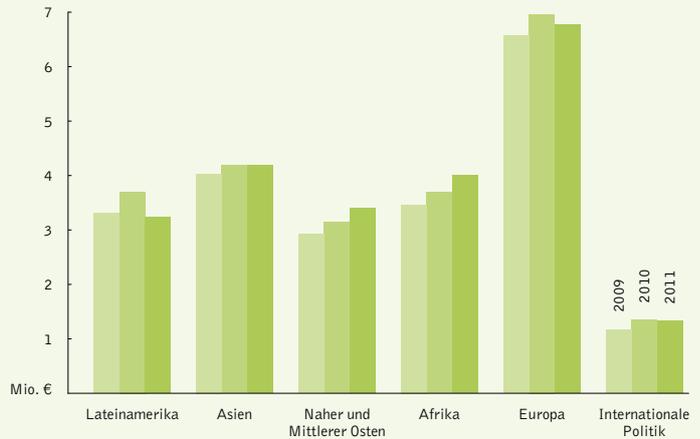
Aktiva	Berichtsjahr 2011	Vorjahr 2010
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	173.452	83.487
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	–	–
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	16.278.358	17.065.108
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.313.630	2.128.736
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	–	–
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	–	–
Finanzanlagen		
Kautionen	–	21.414
Finanzanlagen	170.000	–
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.716.033	12.482.893
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.261.519	5.577.949
Rechnungsabgrenzungsposten		
	288.584	374.471
Summe	31.201.576	37.734.058
Passiva		
Eigenkapital	150.000	150.000
Rücklagen	63.994	29.368
Ergebnisertrag	44.837	24.626
Sonderposten aus Zuwendungen		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	14.082.115	15.594.018
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	–	14.667
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	29.000	27.650
Sonstige Rückstellungen	777.500	792.741
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.758.971	4.277.221
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	–	124.486
aus AA-Mitteln	–	–
aus BVA-Mitteln	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber der EU	–	–
gegenüber dem BMZ	1.829	6.274
gegenüber dem AA	25.506	–
Sonstige Verbindlichkeiten	86.574	468.125
Rechnungsabgrenzungsposten		
gegenüber der EU	–	108.006
gegenüber dem BVA	–	950.239
gegenüber dem BMZ	9.546.585	13.853.036
gegenüber dem BMBF	1.310.393	1.105.190
gegenüber Sonstigen	324.272	208.411
Summe	31.201.576	37.734.058

* ohne anteilige Konsolidierung der Auslandsbüros

Internationale Zusammenarbeit 2011

Der größte Mittelgeber der Heinrich-Böll-Stiftung ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Von den BMZ-Mitteln in Höhe von ca. 21,5 Mio. Euro im Berichtsjahr sind ca. 600.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern verwendet worden. Weitere 600.000 Euro wurden für das Stiftungsprojekt «IT Harmonisierung in den Auslandsbüros» verausgabt. Diese Mittel finden in der nebenstehenden Auswertung keine Berücksichtigung, da die regionale Zuordnung aufgrund der Komplexität der Maßnahme nur sehr eingeschränkt möglich wäre. Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betragen 2011 etwa 23,6 Mio. Euro, so dass auch 2011 ein Mittelzuwachs zu verzeichnen war.

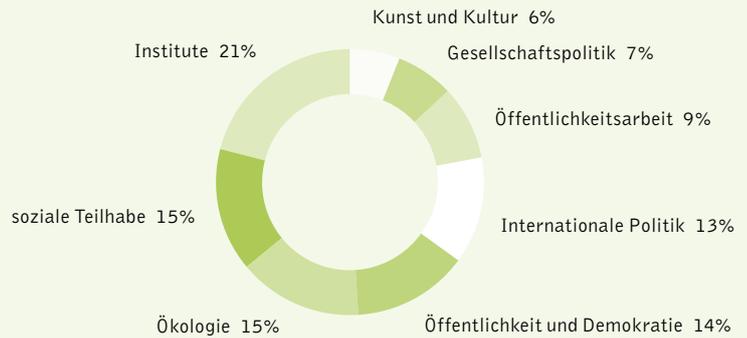
Weitere Projektmittel erhält die Stiftung vom Auswärtigen Amt (knapp 1,3 Mio. Euro) und von der Europäischen Union. Die akquirierten EU-Mittel in Höhe von ca. 700.000 Euro wurden für Projekte in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie im Bereich der Internationalen Politik eingesetzt.



Politische Bildung Inland 2011

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2011 rund 1.619.936 Euro verausgabt. Diese Mittel fließen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt.

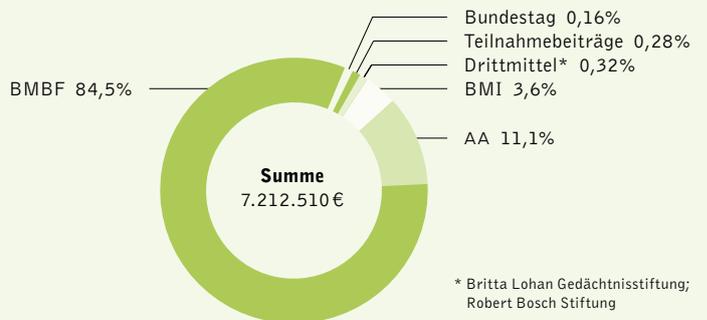
Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2011 rund 2,053 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.



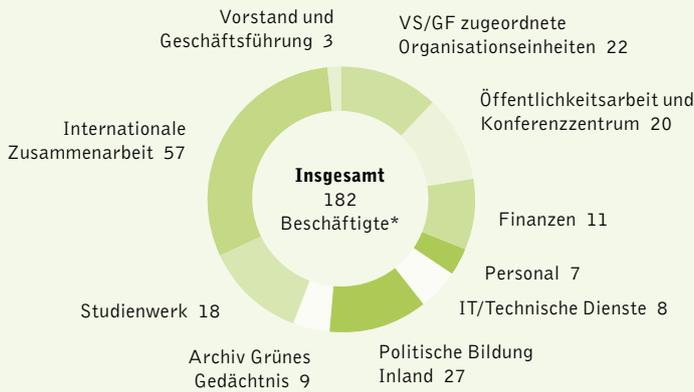
Stipendienmittel nach Mittelgebern 2011

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), aus dem Auswärtigen Amt (AA), von der Britta Lohan Gedächtnisstiftung und von der Robert Bosch Stiftung.

Im Jahr 2011 konnten insgesamt 1.005 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 825 Studierende und 180 Promovierende. 207 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten in 2011 neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus beteiligte sich die Stiftung auch wieder am «Internationalen Parlaments-Stipendium» des Deutschen Bundestages.



Personal Stiftungszentrale 2011 (in absoluten Zahlen)



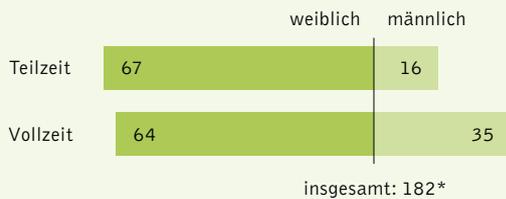
* einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildende

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung im Inland 182 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 29 Beschäftigte sind derzeit ins Ausland entsendet und werden in unseren 28 Auslandsbüros von 191 Ortskräften unterstützt.

Die Stiftung setzt auf die Vielfalt ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten. 14 Prozent unserer Belegschaft haben einen Migrationshintergrund. Der Anteil von Frauen unter den Beschäftigten liegt bei ca. 70 Prozent. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Personal Vollzeit/Teilzeit 2011 (in absoluten Zahlen)

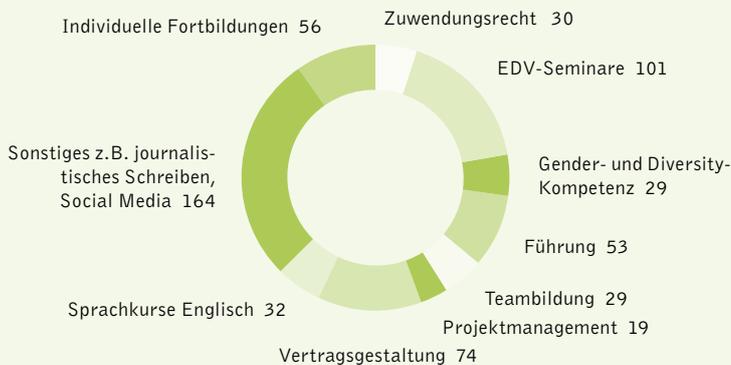


* einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildende

Work-Life-Balance

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik. Die Stiftung lässt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitreichende Spielräume in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Gleitende und flexible Arbeitszeiten tragen dazu bei, den Tagesablauf individueller zu gestalten. Teilzeitbeschäftigung bietet für fast die Hälfte der Belegschaft einen Weg, Privatleben und Beruf besser zu vereinbaren. Über Telearbeitsplätze kann auch von zu Hause aus gearbeitet werden. Soweit dies mit den betrieblichen Belangen vereinbar ist, besteht die Möglichkeit von Freistellungen.

Interne Weiterbildung Heinrich-Böll-Stiftung 2011 (in absoluten Zahlen)



* jeweils Qualifizierungsmaßnahmen nach Anzahl der Teilnehmenden

Personalentwicklung

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert durch Weiterbildung das Fachwissen und die organisationsbezogenen Kompetenzen der Belegschaft. Hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend ihren Fähigkeiten und Potenzialen einzusetzen, ist erklärtes Ziel der Personalentwicklung. Ein wesentlicher Bestandteil unserer internen Qualifizierungsmaßnahmen sind Weiterbildungen in Führungskompetenz, Projektmanagement, zu fachlichen Themen und in den Gemeinschaftsaufgaben Geschlechterdemokratie und Migration/interkulturelles Management.

Geschlechterdemokratie und interkulturelles Management

Die Verwirklichung von Geschlechterdemokratie und die wechselseitige Achtung von Menschen verschiedener Herkunft, kultureller und geschlechtlicher Identität und politischer Meinung sowie die politische und kulturelle Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten sind als stiftungsweite Gemeinschaftsaufgaben anerkannt, die sowohl für die interne Zusammenarbeit als auch für unsere politische Bildungsarbeit im In- und Ausland maßgeblich sind. Für die Organe und Gremien der Stiftung gilt eine Quotierung von mindestens 50 Prozent für Frauen auf allen Arbeitsebenen sowie zehn Prozent für Migrantinnen oder Migranten.

... in unserer Studien- und Promotionsförderung

Unsere Studien- und Promotionsförderung konzentriert sich insbesondere – aber nicht ausschließlich – auf die Förderung unterrepräsentierter Gruppen. Dazu gehören Frauen, Migrantinnen und Migranten, FH-Studierende, junge Eltern oder Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern (First Generation). Mit unserem Projekt «Chancengerechtigkeit» vertiefen wir seit 2011 auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen, die sich den gleichen Zielgruppen verpflichtet fühlen. Mit dem Stipendienprogramm «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus» unterstützen wir gemeinsam mit Medienpartnern Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten mit Migrationshintergrund. Bereits zwei unserer ehemaligen Stipendiaten haben inzwischen eine feste Redakteursstelle, sechs Alumni machen gerade ein Volontariat. Bewerberinnen und Bewerber mit Promotionsthemen im Rahmen der Gender-Forschung oder Migrationspolitik sind sehr willkommen; ein Themenschwerpunkt zu «Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in der Globalisierung» wurde 2011 in Kooperation mit der Leuphana Universität Lüneburg und der Humboldt-Universität zu Berlin ausgeschrieben.

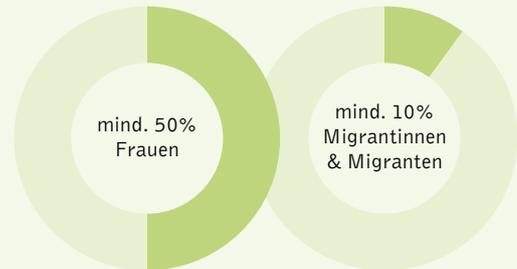
... in unseren Veranstaltungen

Von den Abteilungen Politische Bildung Inland und Internationale Zusammenarbeit werden zahlreiche Projekte mit Fokus auf Geschlechterdemokratie und interkulturelles Management durchgeführt. So präsentierten wir am 5. Oktober 2011 in der Podiumsdiskussion «Trans*-Rechte sind Menschenrechte!» gemeinsam mit einem Team von Transgender Europe erste Ergebnisse des internationalen Forschungsprojekts «Transrespekt versus Transphobie». Partnerorganisationen aus Afrika, Asien, Ozeanien, Südamerika sowie Osteuropa stellten die Ergebnisse vor. Neben der rechtlichen und sozialen Situation standen die vielfältigen und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen an Menschen mit nonkonformen Geschlechtsidentitäten im Mittelpunkt. Zahlreiche Beispiele gelungener Gegenmaßnahmen machten deutlich, wie die Situation weltweit verbessert werden kann.

... in unseren Veröffentlichungen

Positive Maßnahmen sind Instrumente, die dazu dienen, die Chancengleichheit und die Gleichstellung von diskriminierten gesellschaftlichen Personen zu fördern. Dazu gehören beispielsweise gesetzliche «Pflichtquoten» für die Beschäftigung Schwerbehinderter oder die innerbetriebliche Gleichstellung unterschiedlicher sexueller Identitäten. Positive Maßnahmen zum Abbau von Barrieren gehören neben der Öffentlichkeitsarbeit zu den effektivsten Mitteln, mehr Chancengleichheit herzustellen. Unsere Publikation «Positive Maßnahmen» gibt einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen und politischen Rahmenbedingungen Positiver Maßnahmen und informiert über die Möglichkeiten, aber auch die Fallstricke bei ihrer Umsetzung. Sie zeigt auch Beispiele aus anderen Ländern, die Deutschland auf dem Gebiet der aktiven Antidiskriminierungspolitik voraus sind. Die Publikation ist in der Reihe Demokratie erschienen, es gibt sie auch als Handreichung: «Positive Maßnahmen – kurz und knapp»

Quotierungen für Organe und Gremien:



«Medienvielfalt, anders»
Fotoshooting beim RBB
Foto: Andrea Kroth



Unser Haus in der Schumannstraße 8



Foto: Jan Bitter

Verbrauchswerte	2009	2010	2011
Veranstaltungen	462	492	479
Energie kWh	401.114	411.114	425.778
Wasser m ³	4.672	4.789	4.742
Wärme kWh	234.216	255.369	255.351
Papier Blatt	1.709.928	1.746.710	1.718.755
Verbrauchsgüter €	11.030	11.681	11.552



... erbaut in Öffentlich-Privater Partnerschaft

Unser neues Stiftungshaus ist im Jahr 2008 in einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) errichtet worden. Dies ist eine aktuelle Beschaffungsvariante der öffentlichen Hand, um wirtschaftlicher und hochwertiger bauen zu können. In vielen Fällen haben sich die hohen Erwartungen bislang allerdings nicht erfüllt. Im Jahr 2011 wurden 92 ÖPP-Objekte wissenschaftlich untersucht, darunter auch unser Haus. Teil der Untersuchung waren die Analyse der Vergabe- und Projektsteuerung sowie die Bewertung der architektonischen Qualität im Sinne von Funktionalität, Bauqualität und Wirkung. Erstmals in der Bundesrepublik wurden so Schulen und Hochschulen, Kindertagesstätten und kommunale Verwaltungsgebäude unter die Lupe genommen.

Von den 17 Fallstudien, die einer vertiefenden Analyse unterzogen wurden, hat unser Gebäude die höchste Bewertung erhalten. Sowohl in puncto Funktionalität (Nutzung/Räume und Außenanlagen/Zugang) als auch hinsichtlich der Bauqualität (technischer Ausbau/Konstruktion/Gebäude) und der Anmutung (Charakter/Innovation, Gestaltung/Materialien und Das Gebäude innen/Das Gebäude in der Nachbarschaft) hat das Stiftungshaus jeweils die beste Bewertung erlangt.

Im Unterschied zu klassischen ÖPP-Verfahren haben wir einen Architektenwettbewerb dem eigentlichen Ausschreibungsverfahren (ÖPP) vorangestellt. Damit konnten wir einen erheblich größeren Einfluss auf die Planung, Ausführung und Qualität erreichen.

Die Studie «Architekturqualität für ÖPP» kann beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kostenlos bestellt werden. Dort ist in Kooperation mit der Bundesarchitektenkammer auch eine weitere Broschüre zum Thema Public Private Partnership erschienen: «PPP besser planen» – den Umschlag zielt unser Stiftungshaus. Beide Broschüren können über die Website www.bmvbs.de bestellt werden.

... gern besucht

Auch vier Jahre nach unserem Einzug ist das Interesse an der Architektur des Hauses und seinem ambitionierten Energiekonzept ungebrochen: Im Jahr 2011 fanden 23 Hausführungen mit jeweils bis zu 20 Interessierten statt. Es sind vor allem Architektinnen und Architekt sowie Architekturstudierende, die zu uns kommen, aber auch nationale und internationale politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Eine transparente Architektur, die ökologische Ausrichtung und der gute Standort machen unser Haus auch für externe Veranstalter und Veranstalterinnen interessant. Im Jahr 2011 wurden die Räume unseres Konferenzentrums Beletage 75-mal vermietet. Zu den Kundinnen und Kunden gehören Verbände und Vereine ebenso wie Ministerien und Unternehmen.

... und schon prämiert

Wir haben es in der Kategorie 3 «Visionen» beim erstmalig ausgelobten GreenIT Best Practice AWARD ins Finale geschafft. Der Preis zeichnet Konzepte und Lösungen aus, die auf vorbildliche Weise zur Steigerung der Energieeffizienz in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) beitragen. Gesucht sind innovative Green-IT-Projekte mit Best-Practice-Potenzial. Ein Fokus des Wettbewerbs liegt auf dem ressourcen- und energieeffizienten Betrieb von Rechenzentren – hier besteht ein besonders großes Potenzial zur CO₂- und Kostenreduzierung. Unternehmen, Verwaltungen und Institutionen sowie Berater und Systemhäuser waren aufgerufen, sich mit aktuellen Beiträgen zu bewerben. Die Bewertung der Beiträge und die Prämierung der Preisträgerinnen und Preisträger erfolgte durch eine Fachjury aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Gremien

(Stand: 31. März 2012)

Mitgliederversammlung

Hartmut **Bäumer**
 Klaus **Baumgärtner**
 Marianne **Birthler**
 Franziska **Brantner**
 Kajo **Breuer**
 Dr. Gülay **Caglar**
 Katja **Dörner** – MdB
 Dr. Carolin **Emcke**
 Ulrike **Gauderer**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Leonore **Gewessler**
 Martin **Grimm**
 Nebahat **Güclü**
 Dr. Robert **Habeck**
 Jürgen **Hambrink**
 Michael **Henke**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Michael **Hustedt**
 Mechthild M. **Jansen**
 Dr. Christa **Karras**
 Leo **Klotz**
 Ute **Koczy** – MdB
 Dr. Gerd **Koenen**
 Fritz **Kuhn** – MdB
 Undine **Kurth** – MdB
 Steffi **Lemke**
 Erik **Lohse**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Dirk **Messner**
 Dr. Matias **Mieth**
 Daniel **Mittler**
 Klaus **Müller**
 Özcan **Mutlu** – MdA
 Friederike **Pokatis**
 Katrin **Rabus**
 Irene **Reifenhäuser**
 Katrin **Rönicke**
 Astrid **Rothe-Beinlich**
 Stefanie **Schiffer**
 Heike **Schiller**
 Theresa **Schopper**
 Dr. Michael **Schreyer**
 Michael **Schwandt**
 Hilal **Sezgin**
 Malti **Taneja**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Dr. Marita von **Bieberstein Koch-Weser**
 Michael **Wedell**
 Christoph **Zschocke**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
 Katharina **Nüßlein**
 Grit **Köppen**
 Belit **Onay**
 Ulrike **Zeigermann**
Aufsichtsrat
 Hartmut **Bäumer**
 Renate **Eisape**
 Joachim **Gessinger**
 Fritz **Kuhn** – MdB
 Steffi **Lemke**
 Christoph **Meertens**
 Michael **Schreyer**
 Malti **Taneja**
 Gabriele **Tellenbach**
Frauenrat
 Katrin **Bauer**
 Maren **Bock**
 Birgit **Dederichs-Bain**
 Marina **Grasse**
 Judy **Gummich**
 María do **Mar Castro Varela**
 Birgit **Meyer**
 Katrin **Rönicke**
 Martina **Schott**
 Judith **Strom**

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Julius **Heinicke**
 Elisabeth **Kiderlen**
Mitglieder Grüne Akademie
 Prof. Dr. Gabriele **Abels**
 Tarek **Al-Wazir**
 Birgitt **Bender**
 PD Dr. Mechthild **Bereswill**
 Marianne **Birthler**
 Dr. Ingolfur **Blühdorn**
 Prof. Dr. Angelo **Bolaffi**
 Prof. Dr. Christina von **Braun**
 Prof. Dr. Claudia von **Braunmühl**
 Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
 Reinhard **Bütikofer**
 Prof. Dr. Thomas **Christaller**
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
 Prof. Dr. Simone **Dietz**
 Dr. Christine **Dörner**
 Dr. Thea **Dücker**
 Rainer **Emschermann**
 Jan **Engelmann**
 Anke **Erdmann**
 Prof. Dr. Adalbert **Evers**
 PD Dr. Rainer **Forst**
 Ralf **Füchs**
 Anna Catharina **Gebbers**
 Kai **Gehring**
 Karsten **Gerlof**
 Prof. Dr. Arnim von **Gleich**
 Adrienne **Goehler**
 Cristina Gómez **Barrio**
 Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
 Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
 Melanie **Haas**
 Dr. Robert **Habeck**
 Rebecca **Harms**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Imma **Hillerich**
 Dr. Jeanette **Hofmann**
 Dr. Rahel **Jaeggi**
 Pico **Jordan**
 PD Dr. Otto **Kallscheuer**
 PD Dr. Bertram **Keller**
 Sibylle **Knapp**
 Dr. Felix **Kolb**
 Dr. Regina **Kreide**
 PD Dr. Georg **Krücken**
 Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**
 Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
 Prof. Dr. Susanne **Lanwerd**
 Adriana **Lettrari**
 Dr. Reinhard **Loske**
 Dr. Willfried **Maier**
 Nicole **Maisch**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Christoph **Menke**
 Prof. Sigrid **Meuschel**
 Dr. Jan **Minx**
 Johannes **Moes**
 Dr. Michael **Münter**
 Dr. Gero **Neugebauer**
 Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
 Dr. Ralph **Obermayer**
 Prof. Dr. Claus **Offe**
 Dr. Arnd **Pollmann**
 Dr. Andreas **Poltermann**
 Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
 Prof. Dr. Lothar **Probst**
 Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**
 Dieter **Rulff**
 Dr. Thomas **Rixen**
 Krista **Sager**
 Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
 Manuel **Sarrazin**
 Prof. Dr. Birgit **Sauer**

Joscha **Schmierer**
 PD. Dr. Thomas **Schramme**
 Dr. Christine **Schwarz**
 Dr. Kirsten **Selbmann**
 Prof. Sandra **Seubert**
 Peter **Siller**
 PD Dr. Rudolf **Speth**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 PD Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn**
 Prof. Dr. Richard **Stöss**
 Rena **Tangens**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Sybille **Volkholz**
 Mathias **Wagner**
 Prof. em. Helmut **Wiesenthal**
Fachbeirat Nord-Süd
 Muriel **Asseburg**
 Marianne **Braig**
 Achim **Brunnengräber**
 Ulf **Engel**
 Thilo **Hoppe**
 Ingrid-Gabriela **Hoven**
 Sebastian **Kasack**
 Lotte **Leicht**
 Sabine **Meyer**
 Melanie **Müller**
 Roger **Peltzer**
 Dirk **Scheelje**
 Wolfgang **Schmitt**
 Imme **Scholz**
 Anja **Senz**
 Karl-Heinz **Stecher**
 Kristina **Steenbock**
Fachbeirat Europa/Transatlantik
 Eltje **Aderhold**
 Juan **Behrend**
 Franziska **Brantner**
 Reinhard **Bütikofer**
 Rainer **Emschermann**
 Ulrike **Guérot**
 Tom **Koenigs**
 Jost **Lagendijk**
 Sergey **Lagodinsky**
 Helmut **Lippelt**
 Brigitte **Luggin-Liška**
 Winfried **Nachtwei**
 Martin **Rocholl**
 Ulrich **Schneckener**
 Jaroslav **Sonka**
 Rainer **Steenblock**
 Sylke **Tempel**
 Viola von **Cramon**
 Elisabeth **Weber**
Fachbeirat Studienwerk
 Theresia **Bauer**
 Timm **Beichelt**
 Frieder **Dittmar**
 Kai **Gehring**
 Ulrike **Gote**
 Uta **Klein**
 Gerhard **Kockläuner**
 Hans J. **Lietzmann**
 Andreas **Lob-Hüdepohl**
 Sigrid **Metz-Göckel**
 Mechthild **Oechsle**
 Peer **Pasternack**
 Michael **Schönhuth**
 Simone **Schwanz**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
 Christoph **Huber**
 Lena **Ulbricht**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Augsburg Dr. Stefan **Bösch**, Universität Augsburg

Bamberg Prof. Dr. Rainer **Drewello**, Otto-Friedrich-Universität; Prof. Dr. Astrid **Schütz**, Otto-Friedrich-Universität

Bayreuth Prof. Dr. Erdmute **Alber**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Stefan **Peiffer**, Universität Bayreuth

Berlin Prof. Dr. Beate **Binder**, Humboldt-Universität; Dr. Achim **Brunnengräber**, Freie Universität; Dr. Marc **Buggeln**, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Sergio **Costa**, Freie Universität; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**, Freie Universität; Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**, Siegmund-Freud-Institut; Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Freie Universität; Prof. Dr. Christian **Garhammer**, Beuth Hochschule für Technik; Dr. Katrin **Grüber**, Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH; Prof. Dr. Cilja **Harders**, Freie Universität; Dr. Susanne **Heim***; Dr. Dagmar **Heymann***; Dr. Michi **Knecht**, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Anne **König**, Beuth Hochschule für Technik; Dr. Marianne **Kriszjo**, Humboldt Universität; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Freie Universität; Dr. Angela **Lammert**, Akademie der Künste; Dr. Corinna **Langelotz**, Charité - Universitätsmedizin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Hochschule für Wirtschaft und Recht; Prof. Dr. Beate **Meffert**, Humboldt-Universität; Prof. Dr. Romy **Morana**, Hochschule für Technik und Wirtschaft; Dr. Nazir **Peroz**, Technische Universität; Prof. Dr. Kerstin **Pinther**, Freie Universität; Prof. Dr. Dorothea **Schmidt**, Hochschule für Wirtschaft und Recht; Dr. habil. Annedore **Schulze**, Humboldt Universität; Judith **Siegmund**, Universität der Künste; Dr. Eva **Sternfeld**, Technische Universität; Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Universität der Künste; Prof. Dr. Erhard **Stöting***; Prof. Dr. Sabine **Toppe**, Alice Salomon Hochschule; Prof. Dr. Heike **Wiesner**, Hochschule für Wirtschaft und Recht; Dr. Gabriele **Wohlauf***

Bielefeld Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, Fachhochschule Bielefeld; Dr. Marlene **Müller**, Universität Bielefeld

Birkenfeld Prof. Dr. Peter **Heck**, Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Stefan **Naumann**, Fachhochschule Trier

Bochum Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**, Hochschule für Gesundheit; Prof. Dr. Sigrid **Graumann**, Evangelische Fachhochschule RWL; Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**, Ruhr-Universität Bochum

Bonn Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität

Brandenburg Prof. Dr. Uwe **Höft**, Fachhochschule Brandenburg

Braunschweig Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Hochschule für Bildende Künste Braunschweig; Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Ostfalia Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina Braunschweig

Breitenbrunn Dr. Christel **Walter**, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn

Bremen Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Jacobs University Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser**, Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett**, Universität Bremen; Prof. Dr. Heinz-Peter **Preußer**, Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst**, Universität Bremen; PD. Dr. Isabel **Richter**, Universität Bremen

Chemnitz Prof. Dr. Cecile **Sandten**, Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Günter **Voß**, Technische Universität Chemnitz

Coburg Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, Fachhochschule Coburg

Cottbus Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Darmstadt Christian **Hochfeld***

Dortmund Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Universität Dortmund

Dresden Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Technische Universität Dresden; Dr. Johannes **Siemens**, Technische Universität Dresden

Duisburg Prof. Dr. Thomas **Heberer**, Universität Duisburg-Essen; Dr. Karen **Jaehrling**, Universität Duisburg-Essen

Düsseldorf Dr. Stephan **Bundschuh**, ida - Informations- und Dokumentationsz. für Antirassismusbearbeitung; Prof. Dr. Simone **Dietz**, Heinrich-Heine-Universität; Prof. Dr. Beate **Fieseler**, Heinrich-Heine-Universität; Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Hans-Böckler-Stiftung

Eberswalde Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**, Fachhochschule Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibsch**, Fachhochschule Eberswalde

Erfurt Prof. Dr. André **Brodocz**, Universität Erfurt; Prof. Dr. Jamal **Malik**, Universität Erfurt

Erlangen Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Friedrich-Alexander-Universität; Dr. Gerd **Sebald**, Friedrich-Alexander-Universität

Essen Prof. Dr. Anne **Schlüter**, Universität Duisburg-Essen

Esslingen Prof. Dr. Susanne **Dern**, Hochschule Esslingen; Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Hochschule Esslingen

Flensburg Prof. Dr. Gerd **Grözinger**, Universität Flensburg; Dr. Christine **Thon**, Universität Flensburg

Frankfurt/M. Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst**, Johann Wolfgang Goethe Universität; PD Dr. Werner **Konitzer**, Fritz Bauer Institut; Prof. Dr. Helma **Lutz**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Christoph **Menke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Martina **Weber**, Johann Wolfgang Goethe-Universität

Frankfurt/O. Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Europa-Universität Viadrina

Freiburg i. Br. Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Albert-Ludwigs-Universität; Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**, Fraunhofer Institut für Solare; Prof. Dr. Michael M. **Kochen***; Prof. Dr. med. Carla **Rosendahl***; Prof. Dr. Britta **Schinzel**, Albert-Ludwigs-Universität

Gießen PD Dr. Jörn **Ahrens**, Justus-Liebig-Universität; Prof. Dr. Marianne **Friese**, Justus-Liebig-Universität; Dr. Regina **Kreide**, Justus-Liebig-Universität

Göttingen Dr. Sabine **Horn**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. med. Nicolai **Miosge**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilona **Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen

Greifswald Prof. Dr. Mariacarla Gadebusch Bondio, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Prof. Dr. Konrad **Ott**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Dr. Lena **Partzsch**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Halle/Saale Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.; Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.; Prof. Dr. Isabell **Hensen**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.; Prof. Frithjof **Meinel**, Burg Giebichenstein; Prof. Dr. Werner **Nell**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.; Prof. Dr. Thomas **Olk**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.; Prof. Dr. Pia **Schmid**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenb.

Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Ingrid **Breckner**, HafenCity Universität Hamburg; Dr. Nina **Feltz**, Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich**, Universität Hamburg; Dr. Karin **Hörner**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro**, HAW Hamburg; Prof. Dr. Ursula **Neumann**, Institut für International und Interkulturell; Dr. Bettina **Paul**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**, HAW Hamburg; Prof. Dr. Anke **Strüver**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Friedrich **von Borries**, Hochschule für Bildende Künste Hamburg; Prof. Dr. Wolfram **Weiß**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Gesa **Ziemer**, HafenCity Universität Hamburg

Hannover Prof. Dr. Heike **Dieball**, Ev. Fachhochschule Hannover; Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft; Prof. Dr. Christine **Hatzky**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität; Prof. Dr. Bettina **Oppermann**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität; Dr. Christine **Schwarz**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität

Heidelberg Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**, Ruprecht-Karls-Universität; Prof. Dr. Susanne **Enderwitz**, Ruprecht-Karls-Universität; Prof. Dr. Havva **Engin**, Pädagogische Hochschule; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Ruprecht-Karls-Universität; Prof. Dr. Frauke **Gewecke**, Ruprecht-Karls-Universität; Prof. Dr. Omar **Kamil**, Hochschule für Jüdische Studien; Prof. Dr. Christiane **Schwieren**, Ruprecht-Karls-Universität; Dr. Steffen **Sigmund**, Ruprecht-Karls-Universität

Hildesheim Prof. Dr. Ursula **Bredel**, Universität Hildesheim; Prof. Dr. Michael **Corsten**, Universität Hildesheim; Dr. Heike **Kahlert**, Universität Hildesheim

Holzminden Prof. Dr. Leonie **Wagner**, HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Höxter Prof. Dr. Klaus **Maas**, Hochschule **Ostwestfalen-Lippe**, Campus Höxter

Ilmenau Prof. Dr. Johann **Reger**, Technische Universität Ilmenau

Iserlohn Prof. Dr. Thomas **Meuser**, BITS Business and Information Technology School gGmbH

Jena Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**, Fachhochschule Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Fachhochschule Jena

Kaiserslautern Prof. Dr. Michael **Hassemer**, Technische Universität Kaiserslautern

Karlsruhe Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**, Karlsruher Institut für Technologie

Kassel Dr. Manuela **Böhm**, Universität Kassel ; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Universität Kassel ; Dr. Helen **Schwenken**, Universität Kassel

Kiel Prof. Dr. Uta **Klein**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, Fachhochschule Kiel

Köln Prof. Dr. Boris **Braun**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Josef **Freise**, Katholische Hochschule NRW; Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Universität zu Köln; Dr. Gerda **Schüler**, Universität zu Köln

Konstanz Prof. Dr. Marius **Busemeyer**, Universität Konstanz; Dr. Oliver **Trevisiol**, Universität Konstanz

Landau Dr. Florian **Bernstorff**, Universität Koblenz-Landau; Heide **Gieseke**, Universität Koblenz-Landau

Leipzig Prof. Dr. Felix **Ekardt**, LL.M., Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik; Dr. Christa **Grimm**, Universität Leipzig; Dr. Regina **Metze**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Universität Leipzig

Lenzen Prof. Dr. Birgit **Felinks**, Trägerverbund Burg Lenzen e.V.

Lüneburg Anne **Dudeck**, Leuphana Universität; Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Leuphana Universität; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Leuphana Universität; Prof. Dr. Gerda **Lischke**, Leuphana Universität

Magdeburg Prof. Dr. Thorsten **Unger**, Otto-von-Guericke-Universität; Prof. Dr. Gerald **Warnecke**, Otto-von-Guericke-Universität

Mainz Prof. Peter **Kiefer**, Johannes Gutenberg-Universität; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Johannes Gutenberg-Universität; Prof. Dr. Harald **Schleicher**, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Mannheim Prof. Dr. Angela **Keppler**, Universität Mannheim

Marburg Dr. Atef **Botros**, Philipps-Universität Marburg; Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Philipps-Universität Marburg

Merseburg Prof. Dr. Wolfgang **Berg**, Hochschule Merseburg

Müncheberg Dr. Aranka **Podhora**, Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

München Prof. Dr. Markus **Babo**, Katholische Stiftungsfachhochschule München; Prof. Dr. Helga **Bilden**, Ludwig-Maximilians-Universität; Prof. Dr. Constance **Engelfried**, Hochschule München; Dr. Gabriele **Hooffacker**, Journalistenakademie; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**, Ludwig-Maximilians-Universität

Münster Prof. Doris **Fuchs**, Westfälische Wilhelms Universität; Dr. Harry **Mönig**, Westfälische Wilhelms Universität; Prof. Dr. Gabriele **Wilde**, Universität Münster

Neubiberg Prof. Dr. Franz **Kohout**, Universität der Bundeswehr München

Nürnberg Dr. Heidi **Hofmann**, Evangelische Fachhochschule Nürnberg; Walter **Sehrer***

Oldenburg Prof. Dr. Gesa **Lindemann**, Carl von Ossietzky Universität; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**, Carl von Ossietzky Universität; Prof. Dr. Silke **Wenk**, Carl von Ossietzky Universität

Osnabrück Prof. Dr. Ulrich **Schneckener**, Universität Osnabrück

Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Universität Paderborn

Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Universität Potsdam; Dr. Jan Christoph **Minx**, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen; Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Universität Potsdam; PD Dr. Gerd **Zöller**, Universität Potsdam

Rostock Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Universität Rostock; Dr. Gudrun **Heinrich**, Universität Rostock ; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Universität Rostock

Saarbrücken Prof. Dr. Holger **Buck**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Stendal Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers**, Hochschule Magdeburg-Stendal

Stuttgart Dr. Ralph O. **Schill**, Universität Stuttgart

Tharandt Prof. Dr. Uta **Berger**, Technische Universität Dresden

Trier Prof. Dr. Helge **Rieder**, Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Michael **Schönhuth**, Universität Trier; Dr. Rita **Voltmer**, Universität Trier

Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels**, Eberhard Karls Universität; Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Eberhard Karls Universität; Dr. Karin **Widmayer***

Ulm Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Universität Ulm

Wiesbaden Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Hochschule RheinMain

Witten Prof. Dr. Martin **Schnell**, Universität Witten/ Herdecke

Wolfenbüttel Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Wuppertal Prof. Dr. Hans. J. **Lietzmann**, Bergische Universität Wuppertal; Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**, Bergische Universität Wuppertal

Würzburg Dr. Thomas **Kestler**, Julius-Maximilians-Universität

* keine Hochschulangaben

Im Ausland

Bern Dr. Renate **Ruhne**, Universität Bern

Helsinki Prof. Dr. Rainer **Kuhlen***

Innsbruck Prof. Dr. Paul **Mecheril**, Universität Innsbruck

Klagenfurt Prof. Dr. Ulrike **Loch**, Alpen Adria Universität Klagenfurt

Linz Dr. Waltraud **Ernst**, Johannes Kepler Universität Linz

Luzern Prof. Dr. Marlies **Fröse**, Hochschule Luzern

Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner**, University of Utrecht

Washington, D.C. Dr. Sabine **Höhler**, German Historical Institute

Wien PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**
Dr. Florian **Bernstorff**
Dr. Manuela **Böhm**
Dr. Atef **Botros**
Paula **Bradish**
Prof. Dr. André **Brodocz**
Dr. Marc **Buggeln**
Dr. Stephan **Bundschuh**
Dr. Christof **Cebulla**
Dr. Christian **Chua**
Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**
Dr. Frieder **Dittmar**
Sandra **Dümer**
Prof. Dr. Birgit **Felinks**
Dr. Nina **Feltz**
Prof. Dr. Juliane **Filser**
Dr. Gernot **Folkers**
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Prof. Dr. Gerd **Grözingler**
Dr. Katrin **Grüber**
Dr. Ines **Hartwig**
Prof. Dr. Ilse **Helbrecht**
Dr. Gisela **Holfter**
Dr. Gabriele **Hooffacker**
Dr. Sabine **Horn**
Prof. Dr. Omar **Kamil**
Prof. Dr. Uta **Klein**
Prof. Dr. Claudia **Kraft**
Sylvia **Kruse**
Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
Prof. Dr. Carmen **Leicht-Scholten**
Helmuth **Lohan**
Dr. Daniel **Lübbert**
Dr. Alexandra **Lübcke**
Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**
Dr. Lilian **Marx-Stötting**
Prof. Dr. Paul **Mecheril**
Prof. Dr. Christoph **Menke**
Reiner **Metzger**
Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
Prof. Dr. Birgit **Meyer**
Holger **Michel**
Dr. Birgit **Möller**
Laurissa **Mühlich**
Prof. Dr. Bettina **Oppermann**
Dr. Lena **Partzsch**
Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Jörg **Schreiber**
Prof. Dr. Joachim **Schulze**
Dr. Christine **Schwarz**
Dr. Siebo **Siems**
Dr. Katharina **Spiegel**
Judith **Stroh**
Achim **Toennes**
Prof. Dr. Stefan **Troebst**
Nina **Turani**
Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Henriette **Wägerle**
Prof. Dr. Wolf **Wagner**
Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Prof. Dr. Martina **Weber**
Dr. Inga **Winkler**

Adressen

Stand: April 2012

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-28 53 40 F 030-28 53 41 09
E info@boell.de W www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 F 030-285 34-52 60
E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 F 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de W www.boell-bw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 F 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de W www.boell-nrw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24 22 67 30 F 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de W www.petrakellystiftung.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Martinsstraße 2, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 F 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de W www.boell-rlp.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
T 030-612 60 74 F 030-618 30 11
E info@bildungswerk-boell.de W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 F 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de W www.boell-saar.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortusstraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 F 0331-200 57 82 0
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden
T 0351-494 33 11 F 0351-494 34 11
E info@weiterdenken.de W www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 F 0421-35 23 89
E ruedel.boell@arcor.de W www.boell-bremen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 F 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 F 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de W www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 F 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de W www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.
T 069-23 10 90 F 069-23 94 78
E info@hbs-hessen.de W www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 F 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de W www.boell-thueringen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
T 0381-492 21 84 F 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de W www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 F 0511-301 85 71 4
E info@slu-boell.de W www.slu-boell.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung**Afrika****Äthiopien**

Heinrich-Böll-Stiftung
 Off Bole Medhanealem, House no 2264
 P.O. Box Number 3174, Code 1250, Addis Abeba, Äthiopien
T +251-11-663 11 00 **F** +251-11-618 54 88
E info@et.boell.org **W** www.et.boell.org

Nigeria

Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayat Plaza
 93, Obafemi Awolowo Way, Jobi District Abuja
T +234-803 629 02 79
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
 P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.hbfha.com

Region Südliches Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung
 The Avalon Building, 123 Hope Street Gardens,
 8001 Cape Town, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-462 71 87
E info@boell.org.za **W** www.za.boell.org

Asien**Afghanistan**

Heinrich-Böll-Stiftung, Qala-e-Fathullah,
 Street 5, House Nr. 238, Kabul, Afghanistan
T +93-700-295 972
E officekabul@hbfasia.org **W** www.af.boell.org

China

Heinrich-Böll-Stiftung
 8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
 Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15-0 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@boell-china.org **W** www.boell-china.org

Indien

Heinrich-Böll-Stiftung,
 C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
 New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung, Street 222, House No. 34
 Sangkat Beung Raing, Khan Dann Penh
 Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Region Pakistan

Heinrich-Böll-Stiftung, Nisar Road, House 76-B
 Lahore Cantt-54800, Pakistan
T +92-42-3666 63 22 **F** +92-42-3666 48 99
E lahoreoffice@hbfasia.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
 75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
 Bangkok 10110, Thailand
T +02-66 25 960 **F** +02-66 275 76
E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Europa und Nordamerika**Bosnien und Herzegowina**

Heinrich-Böll-Stiftung, Čekaluša 42
 71000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E h.boell@bih.net.ba **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
 1050 Brussels, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E brussels@boell.eu **W** www.boell.eu

Kroatien

Heinrich-Böll-Stiftung, Preobraženska 2
 10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-4812 530 **F** +385-1-481 89 77
E info@hr.boell.org **W** www.hr.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)

Heinrich-Böll-Stiftung
 Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)

Heinrich-Böll-Stiftung
 ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika

Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
 Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@boell.org **W** www.us.boell.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
 123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@boell.ru **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
 38, Zovreti Str., 0160 Tbilissi, Georgien
T +995-32-380 467 **F** +995-32-91 28 97
E info@boell.ge **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa

Heinrich-Böll-Stiftung

Dobračina 43, 11 000 Beograd, Serbien

T +381-11-3033833 **F** +381-11-2180049**E** info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org**Türkei**

Heinrich-Böll-Stiftung

Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4

Gümüşsuyu 34439, Istanbul, Türkei

T +90-212-2491554 **F** +90-212-2450430**E** info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org**Ukraine**

Heinrich-Böll-Stiftung

wul. Antonowyscha (Gorkogo) 37/13, Büro 10

03150 Kiev, Ukraine

T +380443907078 **F** +380442875650**E** ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org**Thessaloniki (Griechenland)** im Aufbau**Lateinamerika****Brasilien**

Heinrich-Böll-Stiftung, Rua da Glória 190, ap. 701

20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien

T +55-21-32219900 **F** +55-21-32219922**E** boell@boell.org.br **W** www.br.boell.org**Region Cono Sur**

Heinrich-Böll-Stiftung,

Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia

752-0063 Santiago de Chile, Chile

T +56-2-5840172 **F** +56-2-5840172-101**E** info@boell.cl **W** www.cl.boell.org**Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)**

Heinrich-Böll-Stiftung, Calle José Alvarado 12-B

Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,

CP 06700, México D.F., Mexiko

T +52-55-52641514 **F** +52-55-52642894**E** asistente@boell-latinoamerica.org.mx**W** www.mx.boell.org**Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)**

Heinrich-Böll-Stiftung, Residencial Zanzibar,

Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador

T +503-22746812 **F** +503-22746932**E** enlaces@boell.org.sv**W** www.mx.boell.org**Naher und Mittlerer Osten****Israel**Heinrich-Böll-Stiftung, 24 Nahalat Binyamin,
Tel Aviv 65162, Israel**T** +972-3-5167734 **F** +972-3-5167689**E** info@il.boell.org **W** www.il.boell.org**Region Arabischer Naher Osten**

Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6

P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina

T +972-2-2961121 **F** +972-2-2961122**E** info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org**Region Mittlerer Osten**

Heinrich-Böll-Stiftung, 266, Rue Gouraud,

P.O. Box 175510, Gemmayzeh, Beirut, Libanon

T +961-1-562926 **F** +961-1-562978**E** boell@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org**Tunis (Tunesien)** im Aufbau**Rabat (Marokko)** im Aufbau

Fördern und spenden

Viele Menschen unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referentinnen und Referenten, als Vertrauensdozentinnen und -dozenten oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie mit, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Für dieses Engagement und Ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.

Mit einer Zustiftung in den Kapitalstock unserer Förderstiftung

Auf Initiative der Freundinnen und Freunde sind wir der Gründung einer Förderstiftung näher gekommen. Die «Tu Was! Stiftung für Gemeinnützigkeit» wird unsere Arbeit langfristig sichern und von engen zuwendungsrechtlichen Vorgaben und politischer Konjunktur unabhängiger machen. Mit den Mitteln aus dieser Stiftung sollen Projekte gefördert werden, bei denen uns zuwendungsrechtlich bisher die Hände gebunden waren. Gern schicken wir Ihnen weitere Informationen und eine Zustiftererklärung (www.boell.de/tuwas).

Mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autorinnen und Autoren im Heinrich-Böll-Haus

Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort können sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten. Den Spendenaufruf für das Stipendienprogramm unterstützen die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész.

Werden Sie Pate oder Patin!



Günter Grass und Imre Kertész

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

* Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8
10117 Berlin

Freundinnen und Freunde



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises

Foto: Stephan Röhl



Elisabeth Kiderlen und Julius Heinicke, neues Koordinationsgremium seit September 2011



Begegnungsreise nach Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien im Herbst 2011

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung tragen dazu bei, die Selbständigkeit der Stiftung und die Qualität ihrer Arbeit langfristig zu sichern. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen unterstützen sie Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen sowie kleinere Kunst- und Kulturprojekte. Im Jahr 2011 gehörten 537 Personen dem Freundeskreis an, vom Studenten bis zur Ruheständlerin, vom Freiberufler bis zur Professorin.

Neben exklusiven Einladungen zu unseren Veranstaltungen, wie z.B. Preisverleihungen, erhalten die Mitglieder regelmäßige Informationen über aktuelle Entwicklungen der Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen.

Bei den After-Work-Treffen 2011 z.B. standen mit dem Umbruch in der arabischen Welt und dem Frauenfußball in Afrika zwei sehr unterschiedliche aktuelle Themen auf dem Programm. Unsere Büroleiterinnen und -leiter aus dem arabischen Nahen Osten, Südafrika und Nigeria berichteten aus den jeweiligen Ländern und über ihre Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen in Sachen Demokratieförderung, Klima- und Menschenrechtspolitik.

Die Reise der Freundinnen und Freunde im Herbst führte nach Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien. Besonders beeindruckend, bedrückend und herausfordernd war der Besuch der Gedenkstätte in Srebrenica und das Treffen mit einer der «Mütter von Srebrenica».

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 F -5112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

Bankeinzug

Bitte buchen Sie den angekreuzten Betrag von € bei Fälligkeit bis auf Widerruf von meinem Konto ab.

Konto-Nr:

BLZ:

Geldinstitut:

Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist die Bank nicht verpflichtet, den Betrag abzubuchen.

Überweisung

Den Betrag von € habe ich auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

Datum/

Unterschrift:

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von

Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln das Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung

49 Mitglieder

Aufsichtsrat

9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Ralf Fücks Michael Walther Anke Bremer	Barbara Unmüßig Claudia Rolf Kathrin Klaua	Dr. Birgit Laubach Beate Fröhlich Jülide Arik Paulina Berndt Leonie Tilman-Mihm	Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgaben		Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon	
Geschlechterdemokratie Henning von Bargen Birgitta Hentschel Susanne Diehr	Interkulturelles Management/ Diversity Mekonnen Mesghena	Interne Revision Günther Öchsner, Christa Drießen	

Internationale Zusammenarbeit

Politische Bildung Inland

Steffen Heizmann
Halina Bogusz
Stephanie Mendes Candido

Dr. Andreas Poltermann (bis 6/12)
Peter Siller (ab 8/12)
Petra Stegemann

Internationale Politik
Dr. Heike Löschmann
Joanna Barelkowska, Simone Zühr

Internationale Ökologiepolitik
Lilia Fuhr (Programmteam Globalisierung und Nachhaltigkeit)
Björn Ecklundt, Norberto Toruño, Annette Kraus

Ecofair Trade Dialogue
Ute Straub, Dr. Christine Chemnitz
Sonja Kundler

Außen- und Sicherheitspolitik
Gregor Enste
Barbara Assheuer

Friedenspolitische Entwicklungszusammenarbeit
Jana Mittag
Martina Hennies

Regionalreferat Afrika
Kirsten Maas-Albert, Sven Hilbig
Beate Adolf, Samuel Dansette, Nicola Egelhof

Büro Kapstadt:
Layla Al-Zubaidi
Büro Nairobi:
Katrin Seidel
Büro Abujia:
Christine K
Büro Addis Abeba:
Patrick Berg

Regionalreferat Nahost
Bernd Asbach
Birgit Arnhold, Renate Eisape, Marlies Rüster

Büro Tel Aviv:
Marc Berthold
Büro Ramallah:
Dr. René Wildangel
Büro Tunis (im Aufbau):
Joachim Paul
Büro Rabat (im Aufbau):
N.N.
Büro Beirut:
Bente Scheller

Regionalreferat Asien
Katrin Altmeyer
Thorsten Volberg, Petra Zimmermann, Caroline Bertram, Ella Daschkey

Büro Bangkok:
Jost Pachaly
Büro Lahore:
Britta Petersen
Büro Neu Delhi:
Dr. Axel Harneit-Sievers
Büro Phnom Peng:
Manfred Hornung
Büro Kabul:
Marion Müller
Büro Peking:
Michael Büsgen

**Regionalreferat Südosteuropa/
Osteuropa/Kaukasus**
Walter Kaufmann
Gudrun Fischer
Robert Sperfeld
Kerstin Nickig
Lisa Eichhorn
Nina Happe

Büro Belgrad:
Wolfgang Klotz
Dr. Andreas Poltermann (ab 7/12)
Büro Moskau:
Jens Siegert
Büro Tbilisi:
Nino Lejava
Büro Sarajevo:
Mirela Grünther-Decevic
Büro Zagreb:
Vedran Horvat

Regionalreferat Lateinamerika
Annette von Schönfeld
Ingrid Spiller (ab 6/12)
Petra Tapia, Evelyn Hartig, Iciar Oquinena, Daniel Backhouse

Büro Mexiko-Stadt:
Ingrid Spiller
Annette von Schönfeld (ab 6/12)
Büro Rio de Janeiro:
Dr. David Bartelt
Büro Santiago de Chile
Michael Alvarez Kalverkamp

Regionalreferat EU/Nordamerika
Dr. Sergey Lagodinsky
Dr. Christine Pütz
Ewa Peteja, Sandra Nenninger, Sigrid Lukoschus, Christian Schwöbel

Büro Brüssel:
Claude Weinber
Bastian Hermisson (ab 8/12)
Büro Istanbul:
Dr. Ulrike Dufner
Büro Kiew:
Dr. Kyryl Savin
Büro Prag:
Eva van de Rakt
Büro Thessaloniki (im Aufbau):
Olga Drossou
Büro Warschau:
Wolfgang Templin
Büro Washington:
Klaus Linsenmeier

Steuerung und Evaluierung
Julia Scherf
Kirsten Dagane, Enilce Feikes, Sabine Hämmerling, Murat Pekün, Angelika Rössler, Jenny Vogel, Susanne Raukamp

Qualitätsmanagement und Evaluierung
Christiane Dilger

Programm Szenarien für die ökologische Wende
Dorothee Landgrebe (Ökologie)
Ute Brümmer (Wirtschaft/Finanzen)
Sabine Drewes (Kommunalpolitik/Stadtentwicklung)
Eike Botta
Stefanie Groll
Rita Hoppe
Andrea Meinecke

Programm Teilhabe und faire Aufstiegschancen
Dr. Viola B. Georgi (Bildung und Wissenschaft)
Mekonnen Mesghena (Migrationspolitik)
Peter Sellin (Sozialpolitik und demographischer Wandel)
N.N. (Redaktion Migration-Integration-Diversity)
David Handwerker
Lisa-Mareike Beier
Filiz Keküllüoglu

Programm Demokratie und Öffentlichkeit
Christian Römer (Kultur & Neue Medien)
Dr. Anne Ulrich (Grüne Akademie)
Michael Stognienko (Gesellschaftspolitik)
Monika Steins
Karin Lenski
Andrea Mesch

Heinrich Böll – Leben und Werk
Dr. Jochen Schubert
Markus Schäfer

Haus Langenbroich
Sigrun Reckhaus

Archiv «Grünes Gedächtnis»
Dr. Christoph Becker-Schaum
Robert Camp, Anne Vechtel, Eva Sander, Steffi Rönnefarth, Julia Bresgott

	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation und Medien	Haushalt und Finanzen
Institute	Dr. Ulla Siebert Kathrin Hohmann-Mehring Bärbel Karger	Annette Maennel Morena Keckel	Christian Fronda Katrin Suwart
Weiterbildungsakademie GreenCampus Christian Neuner-Duttenhofer Anita Roggen (interne Fortbildung) Wolfgang Pohl (Kommunale Weiterbildung) Maria Pajonk Evrin Kaynak	Studienförderung Dr. Janina Bach Gabriele Tellenbach Elsbeth Zylla Anja Schleich Birgit Kahlau Angelika Steinborn Malgorzata Lewandowska Sabrina Anastasio	Presse Karoline Richter Vera Lorenz Online-Redaktion/Internet Markus Reuter Peggy Marquardt Hanno Stecher Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich Layout/Marketing Elke Paul N.N. Konferenzzentrum Gundula Fienbork Eva Klakl Julia Reiter Stefany Lau Sabine König Soumicha El Homri Mamadou Lamine Hane	Auslandsbuchhaltung und Bilanzierung Karla Sieck Miljka Müller Valerian Rautenberg Xiao-Yun Zhu Katharina Kubis Inlandsbuchhaltung Michaela Krethe Jutta Rickmann Marianne Brade Hans-Jörg Wilhelm Munkhzul Togmid Controlling Alexander Baasner Uta Kehr Ellen Deuse Silke Richter Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm
Gunda-Werner-Institut Henning von Bargaen Birgitta Hentschel Susanne Diehr Christiane Bornstedt Christine Weiß Francesca Schmidt	Promotionsförderung Dr. Justus Lentsch Wilma Weber Projekte <i>Chancengerechtigkeit</i> Nursemin Sönmez Christoph Heilmeier <i>FIONA</i> Dr. Kristina Heße Jan Schmidt Auswahlverfahren Bettina Hermann Finanzen Liette Thill		
Grüne Akademie Dr. Anne Ulrich			
		IT/Technische Dienste	Personal
		Bert Bloss	Petra Nibbe
		Server- und Netzbetriebe Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Philipp Heise Christopher Golze Technische Dienste Martina Kulla Dawina Gaebler	Personalbetreuung Marzena Matuschak Sabine Popielski Sylvia Spöhr Karin Schmidt Nadine Arendt

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen

Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2011 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 207 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Birgit Laubach inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Brüssel, in Polen, Tschechien, der Türkei, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Weitere Büros in Griechenland, Tunesien und Marokko sind im Aufbau. Im Jahr 2011 standen der Stiftung rund 44,6 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.



Mit Acrobat / Reader kommentieren

Wenn umfangreiche Publikationen als PDF am Bildschirm gelesen und der Austausch über das Internet erfolgen soll, kann das Kommentarwerkzeug von Adobe Acrobat/Reader eine wertvolle Hilfe sein.

Mit dem **Kommentarwerkzeug** kann in PDF-Dateien ähnlich wie auf einer gedruckten Papiervorlage markiert, redigiert und kommentiert werden. Bei umfangreichen Dokumenten entsteht nebenbei im Kommentare-Fenster eine **persönliche Navigation im Kommentare-Fenster**



Das **Notizwerkzeug** ist am gebräuchlichsten. Geöffnet besteht es aus einem Fenster in das Text geschrieben oder über die Zwischenablage einkopiert werden kann. Solche Notizfenster gehören auch zu fast allen anderen Kommentar-Werkzeugen hinzu.



PDF-Kommentare können mit dem Button „**Kommentar senden**“ vom Dokument getrennt, per E-Mail verschickt und vom Empfänger in die eigene Fassung der Datei **importiert werden**

Wenn Sie einen solchen **Kommentar beantworten** wollen, benutzen Sie die Antwortfunktion: Mit der rechten Maustaste auf den Kommentar klicken, *Antworten* wählen.

Nebenstehend ein Ausschnitt des Werkzeugfenster, mit dem man im Menü *>Werkzeuge >Werkzeugleiste anpassen* die Kommentartypen für den eigenen Bedarf auswählt. Die Haken zeigen eine Werkzeug - Auswahl.



Das **Hervorhebe-Werkzeug** eignet sich **wie auf dem Papier** für das Hervorheben kurzer Textstellen.



Mit dem **Rechteck-Werkzeug** kann man größere Abschnitte zum Austausch markieren. Bei Acrobat (nicht im Reader) kann man in den Grundeinstellungen festlegen (Strg+K, K), dass umrandete oder markierte Texte in das zugehörige Kommentarfeld kopiert werden. Mit Acrobat kann man so Textauszüge herstellen. (Im Kommentare-Fenster bei *> Optionen* mit der Funktion *Kommentare zusammenfassen*.)



Datei als Kommentar anhängen, ermöglicht das Einfügen einer extra Datei, z.B. eines gescannten Zeitungsausschnittes zum Thema.



Mit dem **Stempelwerkzeug** und der Auswahl **Bild aus der Zwischenablage als Stempel einfügen** können Bildinhalte eingefügt und anschließend mit einem zugehörigen Kommentar versehen werden.



Kommentieren und markieren-Werkzeugleiste

- Notiz
- Textbearbeitung
- Stempel-Werkzeug
- Hervorheben-Werkzeug
- Unterstreichen-Werkzeug
- Durchstreichen-Werkzeug
- Datei als Kommentar anhängen
- Audiokommentar aufzeichnen
- Legenden-Werkzeug
- Textfeld-Werkzeug
- Kommentarwolken-Werkzeug
- Pfeil-Werkzeug
- Linien-Werkzeug
- Rechteck-Werkzeug
- Kreis-Werkzeug
- Polygonlinien-Werkzeug
- Polygon-Werkzeug
- Bleistift-Werkzeug
- Radiergummi-Werkzeug
- Einblenden
- Kommentare senden
- Online-Verbindung wiederherstellen